

Wollmershäuser, Timo et al.

Article

ifo Konjunkturprognose Sommer 2025: Erholung rückt näher - wirtschaftspolitische Unsicherheiten weiter hoch

ifo Schnelldienst Digital

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wollmershäuser, Timo et al. (2025) : ifo Konjunkturprognose Sommer 2025: Erholung rückt näher - wirtschaftspolitische Unsicherheiten weiter hoch, ifo Schnelldienst Digital, ISSN 2700-8371, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 6, Iss. 7, pp. 1-57

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/320446>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



ifo Konjunkturprognose Sommer 2025

Erholung rückt näher – wirtschaftspolitische Unsicherheiten weiter hoch

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann,
Sebastian Link, Moritz Schasching, Tiphaine Wibault, Gerome Wolf und Lara Zarges

Impressum
ifo Schnelldienst digital
ISSN 2700-8371

Herausgeber: ifo Institut
Poschingerstraße 5
81679 München

Telefon: (089) 92 24-0
E-Mail: ifo@ifo.de
Internet: www.ifo.de

Redaktion: Annette Marquardt
Dr. Cornelia Geißler

Titelbild: © Adobe Stock | PhotoSG

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest
Prof. Dr. Oliver Falck
Prof. Dr. Lisandra Flach
Prof. Dr. Sarah Necker
Prof. Dr. Karen Pittel
Prof. Dr. Niklas Potrafke
Prof. Panu Poutvaara, Ph.D.
Prof. Dr. Andreas Peichl
Prof. Helmut Rainer, Ph.D.
Prof. Dr. Marcel Thum
Prof. Dr. Ludger Wößmann

Vertrieb: ifo Institut

Erscheinungsweise: unregelmäßig

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.
Kommerzielle Verwertung der Daten, auch über elektronische Medien,
nur mit Genehmigung des ifo Instituts.

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Juni 2025

ifo Schnelldienst digital
Konjunkturprognose Sommer 2025

2–8 →

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1 Überblick

1.2 Ausblick

Box: Zu den weltwirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Ergebnisse bei den Zollverhandlungen mit den USA

9–45 →

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

2.1 Überblick

2.2 Ausblick

Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2025

2.3 Prognoseunsicherheit und Risiken

2.4 Fiskalmaßnahmen sorgen für spürbar expansiven Impuls

2.5 Geldpolitik wird leicht expansiv

2.6 Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.7 Produktionsseitige Kapazitätsengpässe verhindern kräftigere Wirkungen der Fiskalmaßnahmen

Box: Zu den Wirkungen der Fiskalmaßnahmen

2.8 Vorzieheffekte statt Trendwende: Außenhandel weiterhin angeschlagen

2.9 Forschungs- und Entwicklungsausgaben treiben Unternehmensinvestitionen

Box: Zu den Investitionserwartungen der Unternehmen für das Jahr 2025

2.10 Wohnbauinvestitionen zeigen Erholungstendenzen

2.11 Starke Ausweitung öffentlicher Investitionen trifft auf knappe Kapazitäten

2.12 Privater Konsum setzt allmähliche Erholung fort

2.13 Staatskonsum weiterhin dynamisch

2.14 Anzeichen für Stabilisierung am Arbeitsmarkt mehren sich

2.15 Lohnentwicklung merklich gedämpft

2.16 Energiepreise dämpfen, Kerninflation verharrt

Box: Zu den Auswirkungen der Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie

2.17 Fiskalmaßnahmen vergrößern Haushaltsdefizite

47–49 →

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

50 →

4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

51 →

5. Referenzen

52–57 →

6. Tabellenanhang

Erholung rückt näher - wirtschaftspolitische Unsicherheiten weiter hoch

Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Moritz Schasching, Tiphaine Wibault, Gerome Wolf und Lara Zarges

In Kürze

Zu Beginn des Jahres 2025 legte die Wirtschaftsleistung in Deutschland kräftig zu. Neben vorgezogenen Verkäufen deutscher Exporteure an US-amerikanische Kunden trugen dazu auch inländische Kräfte bei. Insgesamt deutet eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass die Krise der deutschen Wirtschaft im zurückliegenden Winterhalbjahr ihren Tiefpunkt erreicht haben dürfte. Zum einen ist der private Konsum seit nunmehr vier Quartalen aufwärtsgerichtet und beschleunigt sich in der Tendenz. Zum anderen stabilisiert sich seit Jahresbeginn die Auftragslage und Stimmungsindikatoren hellen sich auf. Der zunehmende Optimismus speist sich vermutlich auch aus der Hoffnung, dass mit der neuen Bundesregierung der wirtschaftspolitische Stillstand endet und es im Handelsstreit mit den USA zu einer Einigung kommen wird. Gleichwohl sind die Unsicherheiten in Deutschland aber weiterhin groß und insbesondere höher als in anderen Ländern, so dass eine allzu schnelle Erholung zunächst noch auf sich warten lässt.

In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass es bis zum Ende des Prognosezeitraums zu keinen weiteren Änderungen in der Handelspolitik der USA kommt. Die bereits in Kraft getretenen Anhebungen der US-Importzölle belasten jedoch die deutsche Exportwirtschaft. Außerdem wird unterstellt, dass die neue Bundesregierung ihre Vorhaben, die sich aus der neuen Finanzverfassung für Infrastruktur und Verteidigung ergeben und die in den Koalitionsverhandlungen angekündigt wurden, umsetzt. Die fiskalischen Impulse dürften ihre Wirkung vor allem im nächsten Jahr entfalten und insbesondere die staatlichen Konsum- und Investitionsausgaben sowie die Unternehmensinvestitionen stimulieren. Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,3% und im Jahr 2026 um 1,5% zunehmen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2025 wurden die Wachstumsraten für die beiden Jahre somit um 0,1 bzw. 0,7 Prozentpunkte angehoben. Während die US-Importzölle die deutsche Konjunktur insbesondere im kommenden Jahr etwas stärker dämpfen als im Frühjahr erwartet, verleihen ihr die Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung einen Schub.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

1.1 Überblick

Die Handelspolitik der USA hat seit der Frühjahrsprognose einige Kapriolen geschlagen. Am sogenannten „Liberation Day“ am 2. April wurde ein einheitlicher Basiszoll für US-Importe aus allen Ländern in Höhe von 10% eingesetzt, und gegenüber einer Vielzahl von Ländern „reziproke Zölle“ von bis zu 50% angekündigt, unmittelbar darauf aber für 90 Tage ausgesetzt. Der Handelskonflikt mit China eskalierte im April regelrecht: Die USA hoben ihren Zollsatz in mehreren Schritten auf 145% an, und die chinesische Regierung reagierte darauf mit Zöllen von 140%. In den darauffolgenden Wochen wurden Halbleiter und andere Elektronikprodukte von diesen Zöllen wieder ausgenommen, wodurch der effektive Zollsatz auf US-Importe aus China auf etwa 90% sank. Anfang Mai einigten sich die beiden Regierungen auf eine vorübergehende Reduktion der Zollsätze auf 30% (USA) bzw. 10% (China) für die Dauer von 90 Tagen. Ende Mai erhöhte der US-Präsident den Druck auf die Europäische Union (EU), indem er mit der Einführung von Zöllen in Höhe von 50% drohte. Die vorläufig letzte Wendung erlebte die US-Zollpolitik Ende Mai mit der sofortigen Aufhebung der meisten bisher verhängten Zölle durch das Gericht für internationalen Handel in New York, die jedoch tags darauf von einem Berufungsgericht wieder rückgängig gemacht wurde.

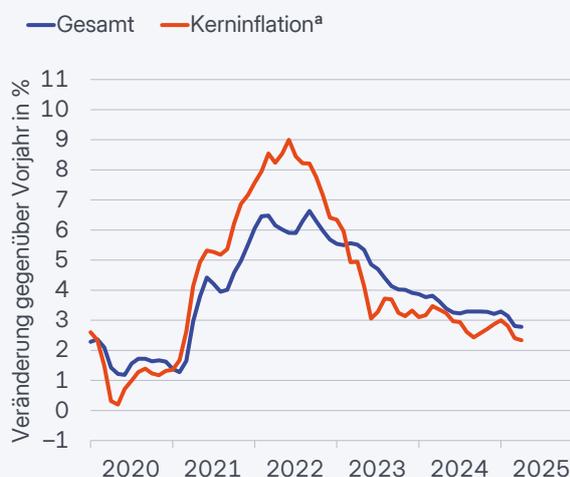
Die neue Handelspolitik trifft auf eine bis zum Ende des Vorjahres robuste US-Konjunktur, die von der starken Dynamik der privaten Konsumausgaben getragen war. Diese verlangsamte sich allerdings im ersten Quartal 2025 merklich. Zwar stiegen die Realeinkommen weiterhin kräftig, die Sparquote nahm zu Jahresbeginn aber deutlich zu. Die Ausgangsbedingungen für den privaten Konsum sind indes weiterhin günstig: Die Inflation verlangsamte sich zuletzt (vgl. Abb. 1.1) und die Arbeitslosenquote ist bislang nur wenig gestiegen (vgl. Abb. 1.2). Insgesamt sank die gesamtwirtschaftliche Produktion in den ersten drei Monaten des Jahres im Vergleich zum Vorquartal leicht, was aber vor allem einem kräftigen Anstieg der Importe geschuldet war. Insbesondere im März, als sich eine Anhebung der Zölle abzeichnete, legte die Einfuhr deutlich zu. Diese Vorzieheffekte schlugen sich zudem in einem kräftigen Anstieg der Lagerinvestitionen nieder.

Im Euroraum war die Konjunktur zu Jahresbeginn leicht aufwärtsgerichtet. Die Wirtschaftsleistung legte im ersten Quartal merklich zu. Maßgeblich dazu trugen jedoch die Exporte von Pharmaprodukten aus Irland in die USA bei, die offenbar in großem Ausmaß vorgezogen wurden. Die Konsumnachfrage dürfte hingegen weiterhin verhalten gewesen sein, obwohl die Ausgangsbedingungen für die

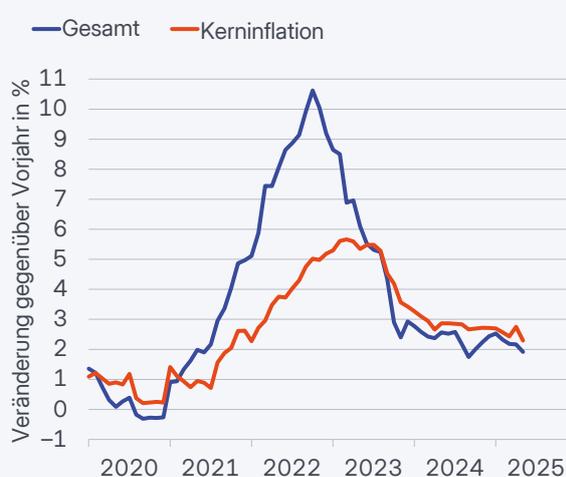
Abb. 1.1

Inflation

A. USA



B. Euroraum



^a Gesamt ohne Energie und Lebensmittel. ^b Gesamt ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.
Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); Eurostat.

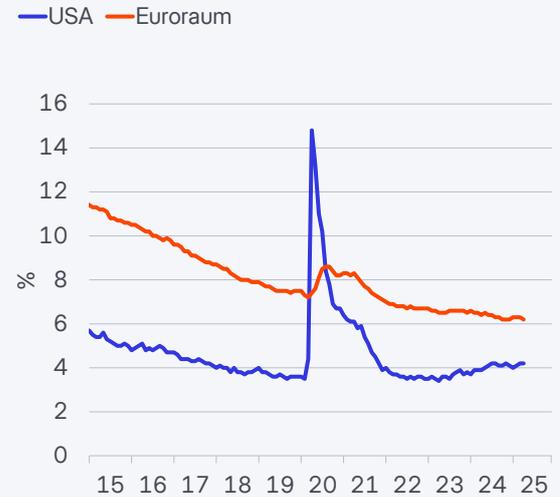
privaten Haushalte weiterhin günstig sind. Die Inflation lag zuletzt nur mehr knapp über 2%, die Realeinkommen stiegen und die Arbeitslosigkeit war im Frühjahr unverändert niedrig. Zudem hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Leitzinsen in den vergangenen Monaten deutlich gesenkt.

1.2 Ausblick

Die zukünftige Ausgestaltung der US-Zollpolitik ist ungewiss. Die Bandbreite möglicher Entwicklungen liegt zwischen der Rückkehr zum Status quo vor Anhebung der Zölle auf der einen Seite und einer neuerlichen Eskalation des Handelskriegs, etwa mit China oder der Europäischen Union auf der anderen. Um dieser Unsicherheit gerecht zu werden, wurde ein optimistisches und ein pessimistisches Zollszenario formuliert und die Auswirkungen der jeweiligen Zollsätze auf die Wirtschaftsleistung und die Inflation mit Hilfe des Global Economic Model von Oxford Economics simuliert (vgl. Box „Zu den weltwirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Ergebnisse bei den Zollverhandlungen mit den USA“). Das Basisszenario der vorliegenden Prognose geht davon aus, dass der Status quo der Zollsätze von Ende Mai bis Jahresende 2026 aufrecht bleibt (vgl. Tab. 1.1). Der effektive Zollsatz der USA dürfte dadurch – ohne Berücksichtigung etwaiger Umlenkungseffekte – auf etwa 15% gestiegen sein.

Abb. 1.2

Arbeitsmarkt^a



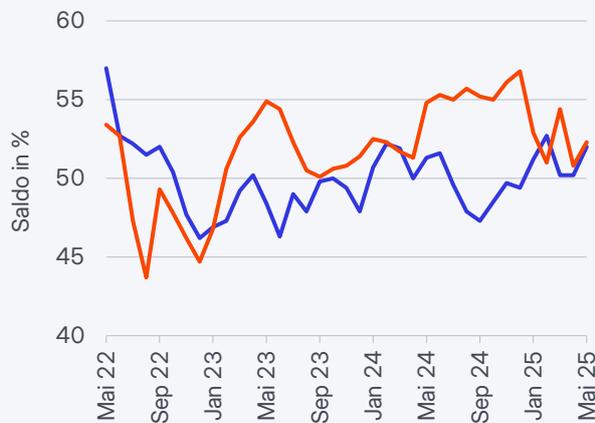
^a Arbeitslosenquote in % der Erwerbsspersonen, saisonbereinigt. Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); Eurostat. © ifo Institut

Abb. 1.3

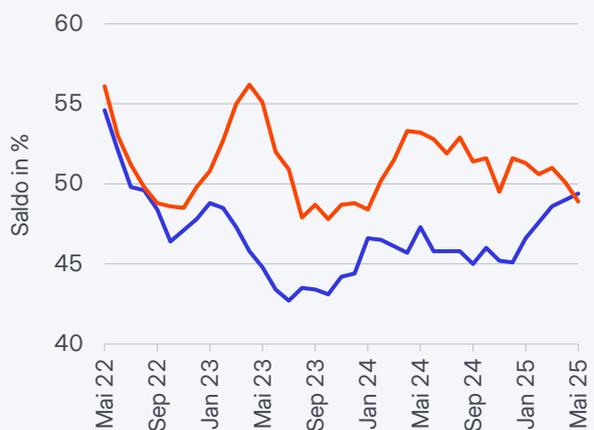
Unternehmensstimmung^a

— Sachgütererzeugung — Dienstleistungen

A. USA



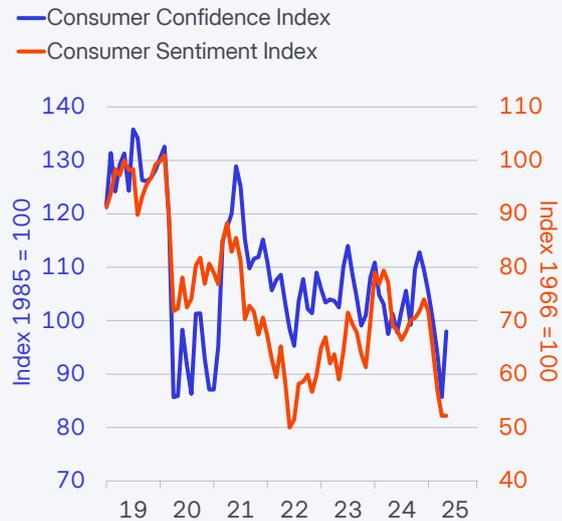
B. Euroraum



^a Einkaufsmanagerindex (PMI), saisonbereinigt. Quelle: S&P Global.

Abb. 1.4

Konsumentenstimmung in den USA



Quelle: The Conference Board; University of Michigan.

© ifo Institut

Das Hin und Her bei den Zollsätzen dürfte die Konjunktur in den USA im Frühjahr bereits gebremst haben. Zwar haben sich die Aktienkurse von ihrem Einbruch im April rasch erholt und die Unternehmensstimmung in der Industrie hat sich bis Mai aufgehellt (vgl. Abb. 1.3). Das Konsumentenvertrauen ging aber im April stark zurück (vgl. Abb. 1.4). Insbesondere erwarteten die privaten Haushalte wegen der Zölle eine deutlich höhere Inflation. Es ist daher damit zu rechnen, dass die Dynamik der Konsumausgaben im Frühjahr verhalten bleibt. Allerdings hellte sich die Konsumentenstimmung laut Conference Board im Mai wieder auf, wohingegen sie laut der – etwas früher veröffentlichten – Umfrage der Universität

von Michigan unverändert war. Dies zeigt, dass Neuigkeiten betreffend der Zollpolitik die Stimmung jederzeit in beide Richtungen drehen können. Deutlich gestiegen ist im April die wirtschaftspolitische Unsicherheit, so dass sich die Unternehmen mit ihren Investitionen in den nächsten Monaten weiter zurückhalten dürften, bis sich die Nebel über der US-Zollpolitik gelichtet haben. In der Folge ist zu erwarten, dass die Zölle allmählich auf die Inflation durchschlagen, wenn sich die Lager leeren und neue Importe mit höheren Kosten verbunden sind. Entlastung für die Inflation kommt aber von den Rohölpreisen, die bereits im Frühjahr deutlich nachgegeben haben. Hier schlägt neben der schwächeren Nachfrage auch eine Erhöhung der Fördermengen der OPEC-Länder durch. Der Inflationsschub infolge der Zölle dürfte daher nur temporär sein und im kommenden Jahr aufgrund einer schwächeren Konjunktur wieder nachlassen. Dementsprechend dürfte die US-Notenbank ihre Zinsen ab dem Jahresende 2025 weiter senken. Alles in allem dürfte sich die Konjunktur in den USA im Prognosezeitraum merklich abschwächen, die Wirtschaft aber nicht in eine Rezession fallen (vgl. Tab. 1.2).

Im Euroraum hat die neue Handelspolitik der USA bislang wenig Spuren hinterlassen. Die Unternehmens- und Konsumentenstimmung hat sich im Frühjahr sogar wieder etwas verbessert. Das Risiko für die europäische Konjunktur ist aber zuletzt durch die Androhung von Zöllen in Höhe von 50% deutlich gestiegen und dürfte die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wohl dämpfen, bis sich die Lage weitgehend geklärt hat. Die niedrige Inflation und die deutlich gesunkenen Zinsen unterstützen die Konjunktur im Prognosezeitraum. Auch wenn das Hin und Her bei den Zöllen die privaten Haushalte gegenwärtig zur Vorsicht gemahnen lässt, so dürfte die – im langjährigen Mittelwert überdurchschnittlich hohe – Sparquote im weiteren Prognosezeitraum zurückgehen und der Konsum dann wieder etwas dynamischer laufen (vgl. Tab. 1.3).

Tab. 1.1

US-Importzölle

| Land | Zollsatz |
|---|---|
| Kanada | 25%, ausgenommen Autos, USMCA-Waren; 10% Energie; effektiv ca. 10–15% |
| Mexiko | 25%, ausgenommen USMCA-Waren; effektiv ca. 10–15% |
| China | 30%, Gegenzölle von 10% |
| EU | 10% |
| Andere Länder | 10% |
| Sektorspezifische Zollsätze (Stahl, Alu, Autos) | 25% |

Quelle: Oxford Economics; Stand: Ende Mai 2025.

© ifo Institut Juni 2025

Tab. 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

| | Gewicht in % ^a | Bruttoinlandsprodukt | | | | Verbraucherpreise | | | |
|--|------------------------------|------------------------------------|------------|------------|------------|-------------------|------------|------------|------------|
| | | Veränderung gegenüber Vorjahr in % | | | | | | | |
| | | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Fortgeschrittene Volkswirtschaften | 65,8 | 1,8 | 1,8 | 1,2 | 1,3 | 4,6 | 2,7 | 2,6 | 2,3 |
| USA | 31,5 | 2,9 | 2,8 | 1,4 | 1,7 | 4,1 | 2,9 | 2,9 | 2,7 |
| Euroraum | 18,0 | 0,6 | 0,8 | 1,0 | 1,0 | 5,4 | 2,4 | 2,0 | 1,9 |
| Japan | 4,8 | 1,4 | 0,2 | 0,8 | 0,3 | 3,2 | 2,7 | 2,8 | 1,6 |
| Vereinigtes Königreich | 3,8 | 0,4 | 1,1 | 1,2 | 0,9 | 7,3 | 2,5 | 3,0 | 2,4 |
| Kanada | 2,5 | 2,0 | 1,7 | 1,0 | 0,3 | 3,9 | 2,4 | 2,2 | 2,6 |
| Südkorea | 2,1 | 1,4 | 2,0 | 0,7 | 1,8 | 3,6 | 2,3 | 2,1 | 1,8 |
| Schweiz | 1,0 | 0,7 | 1,3 | 0,8 | 1,0 | 2,1 | 1,1 | 0,2 | 0,4 |
| Schweden | 0,7 | -0,1 | 1,0 | 1,6 | 2,1 | 5,9 | 2,0 | 2,0 | 1,7 |
| Norwegen | 0,5 | 0,1 | 2,1 | -0,8 | 0,5 | 5,5 | 3,1 | 2,6 | 2,1 |
| Dänemark | 0,5 | 2,5 | 3,7 | 1,9 | 1,6 | 3,4 | 1,3 | 1,5 | 1,8 |
| Tschechien | 0,4 | -0,1 | 1,1 | 2,4 | 2,1 | 12,0 | 2,7 | 2,2 | 1,9 |
| Schwellenländer | 34,2 | 5,1 | 4,7 | 3,6 | 3,6 | 4,3 | 4,2 | 3,2 | 2,8 |
| China | 20,8 | 5,2 | 5,0 | 4,2 | 3,9 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,8 |
| Indien | 4,1 | 8,8 | 6,7 | 6,1 | 6,5 | 5,7 | 4,9 | 3,8 | 4,4 |
| Brasilien | 2,5 | 3,2 | 3,4 | 1,8 | 1,3 | 4,6 | 4,4 | 5,5 | 3,9 |
| Russland | 2,3 | 4,1 | 4,3 | 0,4 | 0,9 | 5,9 | 8,5 | 9,4 | 5,3 |
| Mexiko | 2,0 | 3,4 | 1,4 | 0,0 | 1,9 | 5,5 | 4,7 | 3,8 | 3,6 |
| Türkei | 1,3 | 5,1 | 3,2 | 2,8 | 2,2 | 53,9 | 58,5 | 34,8 | 20,5 |
| Polen | 0,9 | 0,2 | 2,9 | 3,3 | 3,1 | 10,9 | 3,7 | 3,8 | 3,2 |
| Ungarn | 0,2 | -0,8 | 0,5 | 0,9 | 2,5 | 17,0 | 3,7 | 4,9 | 4,0 |
| Welt | 100,0 | 3,0 | 2,8 | 2,0 | 2,1 | 4,5 | 3,2 | 2,8 | 2,4 |
| <i>nachrichtlich:</i> Welthandel, real ^b | | -0,8 | 2,5 | 1,6 | -0,3 | | | | |
| Annahmen Rohöl \$/Barrel (Brent) | | 82,0 | 79,7 | 66,8 | 64,0 | | | | |
| Wechselkurs \$/€ | | 1,08 | 1,08 | 1,11 | 1,13 | | | | |

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. ^b Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2025 bis 2026; Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2025

Tab. 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum

| | Gewicht in % ^a | Bruttoinlandsprodukt ^b | | | | Verbraucherpreise ^c | | | |
|-----------------|------------------------------|------------------------------------|------------|------------|------------|--------------------------------|------------|------------|------------|
| | | Veränderung gegenüber Vorjahr in % | | | | | | | |
| | | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Deutschland | 28,7 | -0,1 | -0,2 | 0,4 | 1,2 | 6,0 | 2,5 | 2,2 | 2,1 |
| Frankreich | 19,4 | 1,6 | 1,1 | 0,5 | 0,7 | 5,7 | 2,3 | 1,0 | 1,8 |
| Italien | 14,6 | 0,8 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 5,9 | 1,1 | 1,8 | 1,7 |
| Spanien | 10,3 | 2,7 | 3,2 | 2,5 | 1,7 | 3,4 | 2,9 | 2,5 | 1,7 |
| Euroraum | 100,0 | 0,6 | 0,8 | 1,0 | 1,0 | 5,4 | 2,4 | 2,0 | 1,9 |

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in Euro. ^b Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)..

Quelle: Eurostat; 2025 bis 2026; Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2025

Zu den weltwirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Ergebnisse bei den Zollverhandlungen mit den USA

Um der ungewissen Ausgestaltung der US-Zollpolitik gerecht werden zu können, wird – zusätzlich zu dem in der Prognose zugrunde gelegten Basisszenario – die Bandbreite möglicher Entwicklungen geschätzt. Dazu wird sowohl ein optimistisches als auch ein pessimistisches Zollszenario formuliert und die makroökonomischen Effekte mit Hilfe des Global Economic Model (GEM) von Oxford Economics simuliert.

Im optimistischen Fall wird unterstellt, dass die Zollsätze ab dem Sommer wieder auf ihr Niveau vom Jahresende 2024 – vor Beginn der ersten Runde der Zollanhebungen – gesenkt werden. Im pessimistischen Szenario wird angenommen, dass die nächsten Wochen und Monate keine Ergebnisse bei den Verhandlungen bringen und die Zölle im Sommer wieder auf den Stand von April 2025 angehoben werden. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Zölle auf US-Importe aus der Europäischen Union auf die angedrohten 50% steigen. Die beiden Szenarien bilden die Bandbreite möglicher Entwicklungen ab und erlauben so eine Abschätzung der Prognoseunsicherheit in Abhängigkeit von der weiteren Ausgestaltung der US-Zollpolitik.

Das GEM ist ein Weltmodell, in dem sowohl die internationalen Handelsverflechtungen als auch makro-

ökonomische Zusammenhänge innerhalb von Ländern mittels struktureller Gleichungen abgebildet sind. Eine Anhebung der Zollsätze erhöht zunächst die Inflation im Inland und lässt die realen Einkommen zurückgehen, so dass die Konsumnachfrage sinkt. Dies zieht eine schwächere gesamtwirtschaftliche Entwicklung nach sich, die in der Folge die anderen Nachfrageaggregate, insbesondere auch die Importe aus anderen Ländern, dämpft. Dies hat wiederum Auswirkungen auf den Welthandel, die Geldpolitik der unterschiedlichen Währungsräume und die Wechselkurse. Nicht abgebildet sind in den Simulationen die Effekte einer höheren oder niedrigeren Unsicherheit infolge der Zollpolitik. Die unterstellten Zollsätze gelten in beiden Szenarien ab dem dritten Quartal 2025 bis zum Ende des Prognosezeitraums (vgl. Abb. 1.5).

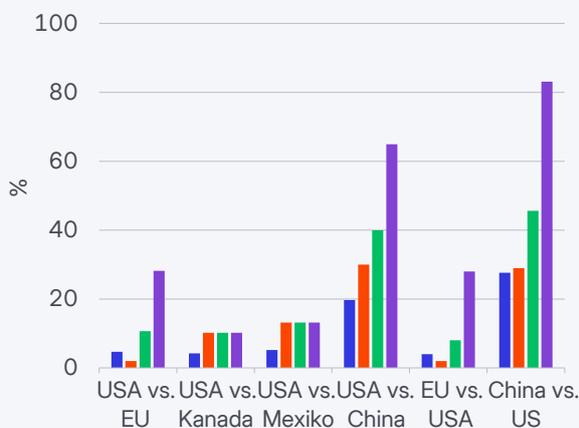
Die Bandbreiten des Wirtschaftswachstums und der Inflation in Abhängigkeit der Zollpolitik sind erheblich (vgl. Abb. 1.6). Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA im kommenden Jahr variiert zwischen optimistischem und pessimistischem Szenario um fast 3 Prozentpunkte. Im pessimistischen Fall würde sogar eine Rezession drohen. Die anderen Länder der Weltwirtschaft sind je nach Handelsverflechtung mit den USA und Höhe der Zollsätze höchst unterschiedlich betroffen. Die stärksten Unterschiede

Abb. 1.5

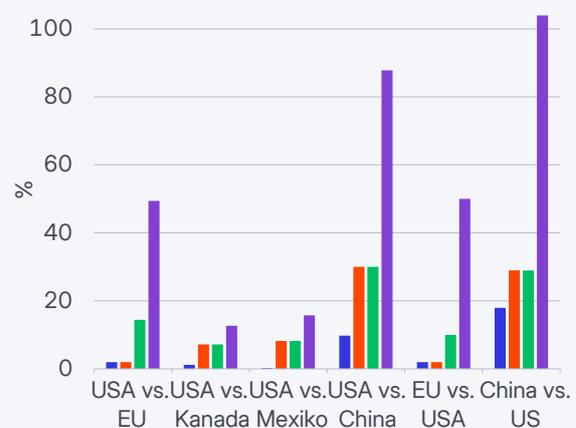
Zollszenarien

■ Optimistisches Szenario ■ Frühjahrsprognose 2025 ■ Sommerprognose 2025 ■ Pessimistisches Szenario

A. Effektive Zollsätze 2025



B. Effektive Zollsätze 2026



Quelle: Oxford Economics; WIFO-Berechnungen.

zwischen optimistischem und pessimistischem Szenario zeigen sich für Kanada und Mexiko. In der Europäischen Union überwiegen die Abwärtsrisiken durch die im pessimistischen Fall unterstellten Zollsätze in Höhe von 50%.

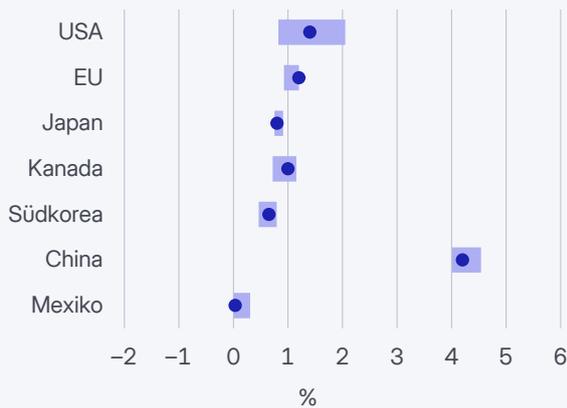
Die Bandbreite der Inflation der Simulationen ist weniger stark ausgeprägt als jene der Wirtschaftsleistung. Dies liegt daran, dass die Inflationseffekte von Zöllen in den beiden Prognosejahren in unterschiedliche Richtungen laufen. Während höhere Zölle die Verbraucherpreise unmittelbar über höhere Importpreise

anheben, überwiegen in der Folge die dämpfenden Effekte aufgrund einer schwächeren Konjunktur. Das pessimistische Szenario, das einen starken Anstieg der Zölle gegenüber der Basisversion annimmt, stellt also für das Jahr 2025 den oberen Rand der Inflationsbandbreite dar, wohingegen es im Jahr 2026 die Untergrenze für die Inflation bildet. Die Bandbreite der Inflation beträgt im Jahr 2025 in den USA etwa 1 Prozentpunkt und in der Europäischen Union etwa ¼ Prozentpunkte. Im Jahr 2026 verringert sich die Bandbreite in den USA auf knapp ¼ Prozentpunkte, wohingegen jene in der EU auf ¾ Prozentpunkte steigt.

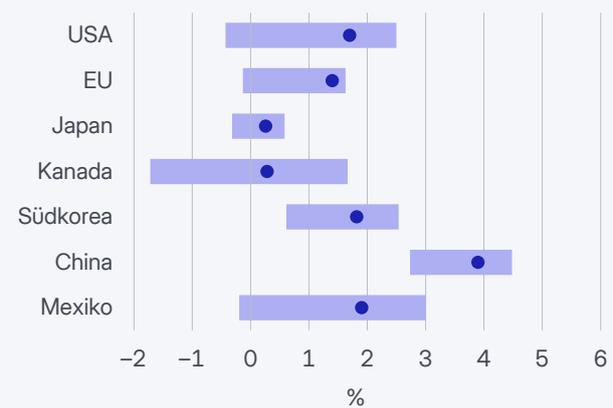
Abb. 1.6

Bandbreite der Prognose verschiedener Zollszenarien^a

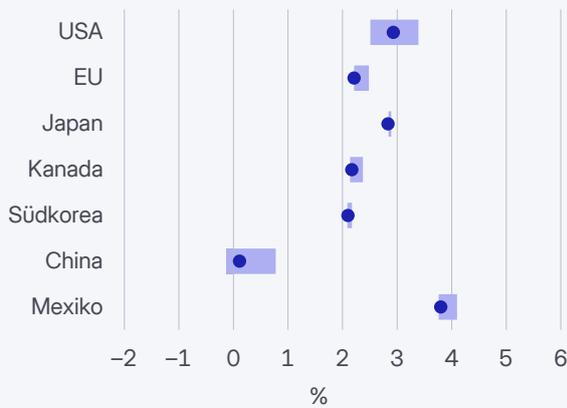
A. Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts 2025



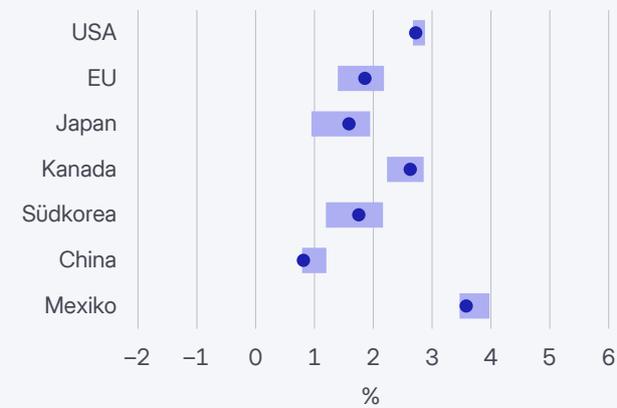
B. Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts 2026



C. Inflation 2025



D. Inflation 2026



^a Die Balken stellen die Bandbreite zwischen dem optimistischem und dem pessimistischem Szenario dar. Das Basisszenario wird durch den Punkt markiert. Quelle: Oxford Economics; WIFO-Berechnungen.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

2.1 Überblick

Zu Beginn des Jahres 2025 legte die Wirtschaftsleistung in Deutschland kräftig um 0,4% im Vergleich zum Vorquartal zu. Zwar war schätzungsweise die Hälfte dieses Anstiegs auf vorgezogene Verkäufe deutscher Exporteure an US-amerikanische Kunden zurückzuführen, die auf die erwartete Anhebung der US-Importzölle im April reagierten. Allerdings trugen auch inländische Kräfte wie der private Konsum und die Investitionstätigkeit zum Anstieg bei.

Insgesamt deutet eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass die Krise der deutschen Wirtschaft im zurückliegenden Winterhalbjahr ihren Tiefpunkt erreicht haben dürfte. Zum einen ist der private Konsum seit nunmehr vier Quartalen aufwärtsgerichtet und beschleunigt sich in der Tendenz. Damit werden die Kaufkraftgewinne, die der kräftige Anstieg der realen Einkommen im vergangenen Jahr mit sich brachte, zunehmend verausgabt und nicht mehr gespart.

Zum anderen gibt es auch in der Bauwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe erste Anzeichen für eine allmähliche Erholung. Zwar ist die im Rahmen der ifo Konjunkturumfragen gemessene Stimmung unter den Unternehmen immer noch schlecht und die Auslastung der Produktionskapazitäten liegt noch weit unterhalb ihres langjährigen Durchschnitts (vgl. Abb. 2.1 A. und B.). Aber in den zurückliegenden Monaten zeichnete sich in beiden Bereichen eine langsame Verbesserung der Auftragslage ab. Entsprechend nahm seit Ende vergangenen Jahres der Anteil der Unternehmen ab, die in den ifo Konjunkturumfragen über mangelnde Nachfrage klagten (vgl. Abb. 2.1 C.). Gleichzeitig hellten sich die Erwartungen im Hinblick auf die zukünftige Geschäftslage zusehends auf (vgl. Abb. 2.1 D.).

2.2 Ausblick

Die hohe konjunkturelle Dynamik des ersten Quartals wird im weiteren Verlauf des Jahres nicht gehalten werden können. Im April 2025 kam es insbesondere als Folge US-amerikanischer Vorziehkäufe im Vorquartal zu einem Rücksetzer bei der Industrieproduktion und den Warenexporten. Die verbesserte Auftragslage und die Aufhellung der Stimmungsindikatoren in den vergangenen Monaten legen aber nahe, dass unterm Strich nicht mit einem erneuten Rückgang der Wirtschaftsleistung sondern eher mit einer Stagnation im zweiten Quartal zu rechnen ist (vgl. Tab. 2.1). Der zunehmende Optimismus speist sich vermutlich auch

aus der Hoffnung, dass mit der neuen Bundesregierung der wirtschaftspolitische Stillstand endet und es im Handelsstreit mit den USA zu einer Einigung kommen wird. Gleichwohl sind die Unsicherheiten in Deutschland aber weiterhin groß und insbesondere höher als in anderen Ländern, so dass eine allzu schnelle Erholung zunächst noch auf sich warten lässt (vgl. Abb. 2.1 E. und F.).

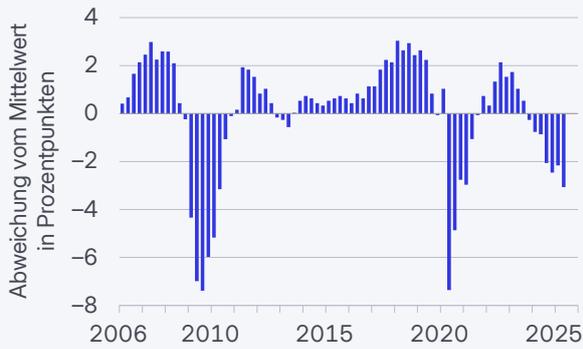
In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass es bis zum Ende des Prognosezeitraums zu keinen weiteren Änderungen in der Handelspolitik der USA kommt. Allerdings belasten die bereits in Kraft getretenen Anhebungen der US-Importzölle die Weltwirtschaft und damit auch die deutsche Exportwirtschaft. Modellsimulationen zufolge reduzieren sie den Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem Jahr um 0,1 und im kommenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte. Der Effekt für das kommende Jahr ist um 0,2 Prozentpunkte höher als noch in der ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2025 unterstellt, da seit dem 5. April 2025 die Zölle auf Importe aus der EU pauschal um 10 Prozentpunkte angehoben wurden.

Außerdem wird in der vorliegenden Prognose – anders als noch im Frühjahr – davon ausgegangen, dass die neue Bundesregierung ihre Vorhaben, die sich aus der neuen Finanzverfassung für Infrastruktur und Verteidigung ergeben und die in den Koalitionsverhandlungen angekündigt wurden, umsetzt. Zu den Maßnahmen des Koalitionsvertrags zählen unter anderem die Einführung beschleunigter Abschreibungsmöglichkeiten, die Senkungen der Umsatzsteuer in der Gastronomie, der Stromsteuer und der Netzentgelte sowie die Erhöhung der Pendlerpauschale. Da für die Implementierung der Maßnahmen Zeit benötigt wird, dürften die damit einhergehenden Impulse im laufenden Jahr nur bei 10 Mrd. Euro liegen. Im kommenden Jahr ist dann mit einer spürbaren Ausweitung auf 57 Mrd. Euro zu rechnen. Daher dürften die fiskalischen Impulse der neuen Bundesregierung ihre Wirkung vor allem im nächsten Jahr entfalten und insbesondere die staatlichen Konsum- und Investitionsausgaben sowie die Unternehmensinvestitionen stimulieren. Für sich genommen dürften sie den Anstieg der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um 0,1 und im kommenden Jahr um 0,7 Prozentpunkte anheben. Die vierteljährlichen Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts werden im kommenden Jahr auf durchschnittlich 0,4% steigen (vgl. Abb. 2.2), so dass sich die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten allmählich verringert und die deutsche Wirtschaft in eine Erholungsphase eintritt.

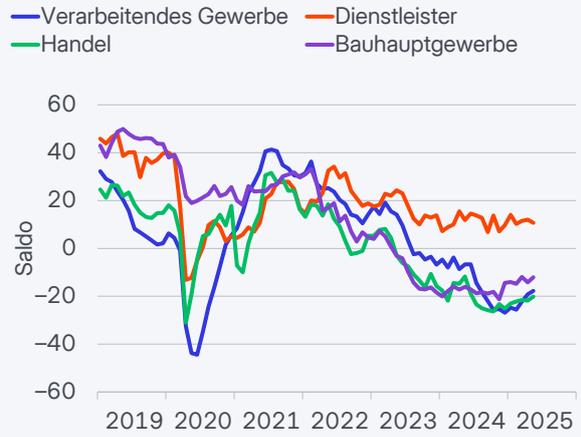
Abb. 2.1

Indikatoren zur Konjunkturlage
Saisonbereinigter Verlauf

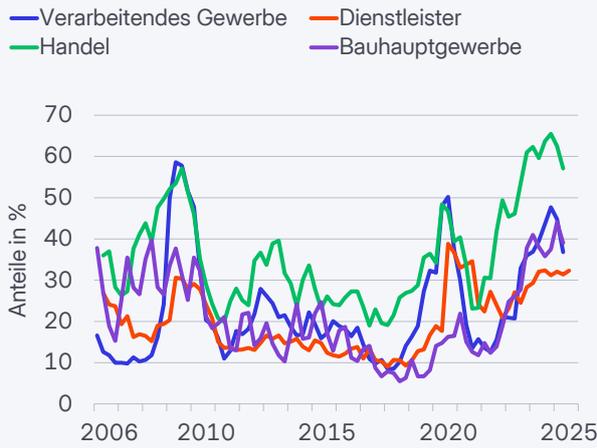
A. Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



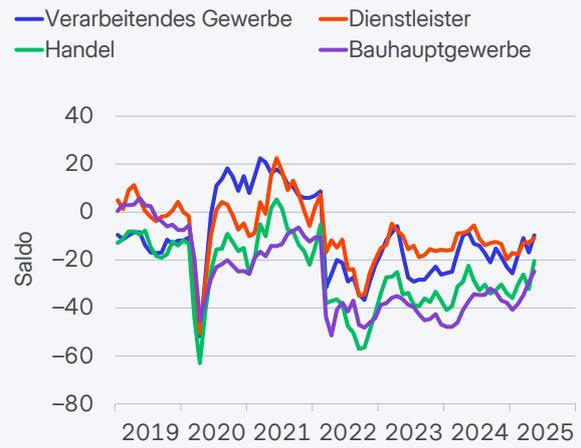
B. Geschäftslage



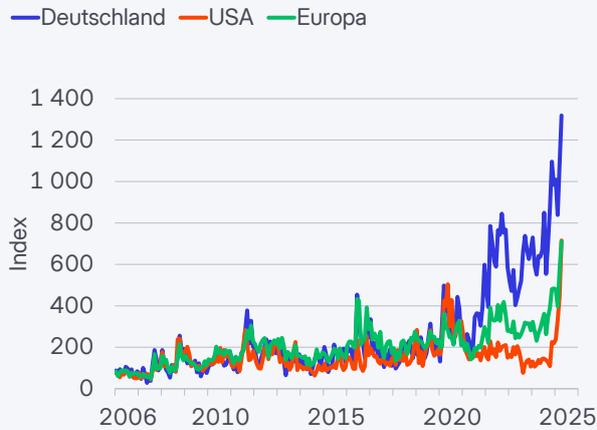
C. Nachfrageseitige Produktionsbehinderungen



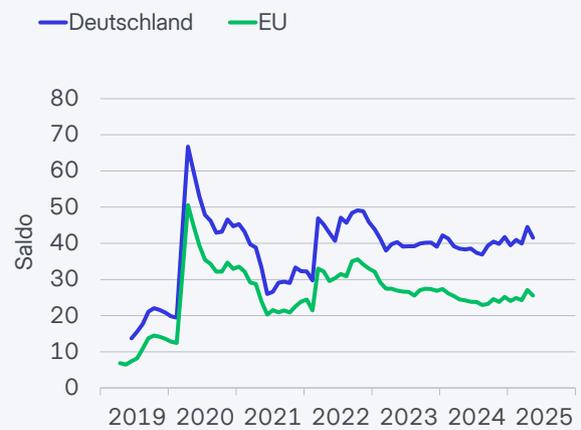
D. Geschäftserwartungen



E. Wirtschaftspolitische Unsicherheit



F. Geschäftsunsicherheit



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Europäische Kommission; www.PolicyUncertainty.com; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.2

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 um 0,3% und im Jahr 2026 um 1,5% zunehmen (vgl. Tab. 2.2). Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr 2025 wurden die Wachstumsraten für die beiden Jahre somit um 0,1 bzw. 0,7 Prozentpunkte angehoben. Während die US-Importzölle die deutsche Konjunktur insbesondere im kommenden Jahr etwas stärker dämpfen als im Frühjahr erwartet, verleihen ihr die Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung einen Schub. Der Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts wurde im Vergleich zum Frühjahr noch deutlicher um 0,4 Prozentpunkte auf 3,2% in diesem Jahr und um 1,2 Prozentpunkte auf 3,7% im kommenden Jahr angehoben. Hier schlagen sich die Preissteigerungen bei der inländischen Verwendung und dort vor allem bei den Bauinvestitionen und den privaten Konsumausgaben nieder, die durch die Fiskalmaßnahmen ausgelöst werden.

Vor diesem Hintergrund wurde auch die Prognose für die Kerninflationsrate (Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 für dieses Jahr um 0,1 Prozentpunkte auf 2,6% und für das kommende Jahr um 0,2 Prozentpunkte auf 2,3% angehoben. Da allerdings die Energiepreise im Vergleich zum Frühjahr deutlich gesunken sind, wurde die Prognose für den Anstieg der Verbraucherpreise insgesamt in diesem Jahr um 0,2 Prozentpunkte auf 2,1% gesenkt. Für das kommende Jahr wurde die Inflationsprognose im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 unverändert bei 2,0% gelassen. Neben niedrigeren Rohölpreisen trägt hierzu

Tab. 2.1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts^a
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

| | 2024 | | | | 2025 | | | | 2026 | | | |
|-----------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-----|-----|-----|
| | I | II | III | IV | I | II | III | IV | I | II | III | IV |
| Bruttoinlandsprodukt | 0,2 | -0,3 | 0,1 | -0,2 | 0,4 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| Private Konsumausgaben | -0,1 | 0,1 | 0,3 | 0,2 | 0,5 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 |
| Konsumausgaben des Staates | 0,5 | 1,5 | 1,2 | 0,4 | -0,3 | 0,5 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,7 | 0,6 | 0,5 |
| Bauten | 0,5 | -1,8 | -0,3 | 0,8 | 0,5 | 0,0 | 0,2 | 0,3 | 0,5 | 0,5 | 0,7 | 0,7 |
| Ausrüstungen | -0,9 | -3,2 | -1,1 | 0,2 | 0,7 | -0,3 | -0,5 | 0,4 | 0,8 | 1,0 | 1,3 | 1,4 |
| Sonstige Anlagen | 1,0 | 0,5 | 0,7 | 0,2 | 2,0 | 0,5 | 0,7 | 0,7 | 0,9 | 1,0 | 1,0 | 1,0 |
| Vorratsinvestitionen ^b | 0,0 | 0,0 | 0,9 | 0,5 | -0,9 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Inländische Verwendung | 0,2 | 0,0 | 1,3 | 0,9 | -0,5 | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| Außenbeitrag ^b | 0,1 | -0,3 | -1,1 | -1,1 | 0,9 | -0,1 | -0,1 | -0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Exporte | 0,1 | 1,8 | -2,6 | -3,1 | 3,2 | -0,3 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,1 | 0,2 | 0,2 |
| Importe | -0,3 | 2,8 | -0,1 | -0,7 | 1,1 | 0,0 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |

^a Saison- und kalenderbereinigte Werte. ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

Tab. 2.2

Eckdaten der Prognose für Deutschland

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|---|--|--------|--------|--------|---|------|-------|-------|
| | Veränderung ggü. Vorjahr in % ^a | | | | Differenz zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | -0,3 | -0,2 | 0,3 | 1,5 | 0,0 | 0,0 | +0,1 | +0,7 |
| Private Konsumausgaben | -0,4 | 0,2 | 0,9 | 0,8 | 0,0 | -0,1 | +0,5 | +0,1 |
| Konsumausgaben des Staates | -0,1 | 3,2 | 1,6 | 1,9 | 0,0 | -0,3 | 0,0 | +1,2 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -1,2 | -2,7 | 0,6 | 2,9 | 0,0 | 0,0 | +1,0 | +1,0 |
| Bauten | -3,4 | -3,2 | 0,5 | 2,4 | 0,0 | 0,0 | +0,8 | +1,1 |
| Ausrüstungen | -0,8 | -5,4 | -1,1 | 3,6 | 0,0 | +0,1 | +0,8 | +0,9 |
| Sonstige Anlagen | 4,7 | 3,9 | 3,6 | 3,5 | 0,0 | 0,0 | +1,8 | +0,6 |
| Inländische Verwendung | -0,4 | 0,3 | 1,0 | 1,6 | 0,0 | -0,1 | -1,1 | +0,6 |
| Exporte | -0,3 | -1,8 | -0,5 | 0,8 | 0,0 | -0,7 | +3,1 | +0,7 |
| Importe | -0,6 | -0,7 | 1,3 | 1,0 | 0,0 | -0,9 | +0,4 | +0,4 |
| Erwerbstätige ^b (1 000 Personen) | 46 011 | 46 081 | 46 055 | 46 176 | 0 | -1 | -5 | +1 |
| Arbeitslose (1 000 Personen) | 2 609 | 2 787 | 2 948 | 2 885 | 0 | 0 | +59 | +94 |
| Arbeitslosenquote BA ^c (in %) | 5,7 | 6,0 | 6,3 | 6,1 | 0,0 | 0,0 | +0,1 | +0,1 |
| Verbraucherpreise ^d (Veränderung ggü. Vorjahr in %) | | | | | | | | |
| – Gesamtinflationsrate | 5,9 | 2,2 | 2,1 | 2,0 | 0,0 | 0,0 | -0,2 | 0,0 |
| – Kerninflationsrate ^e | 6,0 | 2,9 | 2,6 | 2,3 | 0,0 | 0,0 | +0,1 | +0,2 |
| Finanzierungssaldo des Staates ^f | | | | | | | | |
| – in Mrd. EUR | -103,8 | -115,6 | -101,5 | -156,9 | 0,0 | +3,2 | -8,6 | -49,1 |
| – in % des Bruttoinlandsprodukts | -2,5 | -2,7 | -2,3 | -3,4 | 0,0 | +0,1 | -0,2 | -1,0 |
| Leistungsbilanzsaldo | | | | | | | | |
| – in Mrd. EUR | 232,8 | 246,7 | 236,3 | 226,7 | -10,3 | -2,0 | +48,5 | +61,0 |
| – in % des Bruttoinlandsprodukts | 5,6 | 5,7 | 5,3 | 4,9 | -0,2 | 0,0 | +1,1 | +1,3 |

^a Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. ^b Inlandskonzept. ^c Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). ^d Verbraucherpreisindex (2020 = 100). ^e Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe). ^f In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

auch die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte bei, die für sich genommen die Inflationsrate in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 0,15 Prozentpunkte verringert.

Im Jahr 2025 ist die Finanzpolitik trotz der Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung leicht restriktiv ausgerichtet, was vor allem auf das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien sowie der kräftigen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen ist. Daher wird das Finanzierungsdefizit von 2,7% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 2,3% im laufenden Jahr zurückgehen. Im Jahr 2026 ist dann mit einem deutlich expansiven Impuls zu rechnen, der für einen Anstieg des Defizits auf 3,4% des Bruttoinlandsprodukts sorgt. Der Bruttoschuldenstand erhöht sich entsprechend von 62,5% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 64% im kommenden Jahr.

Auch am Arbeitsmarkt mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Talsohle erreicht ist. Bereits in den kommenden Monaten dürfte sich die Beschäftigungsentwicklung langsam wieder etwas beleben und der Aufbau der Arbeitslosigkeit gestoppt werden, ehe der Arbeitsmarkt im Zuge der unterstellten wirtschaftlichen Erholung allmählich an Fahrt gewinnen dürfte. Einer starken Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus steht allerdings im weiteren Prognoseverlauf die demografische Entwicklung im Wege, denn ab dem Jahr 2025 wird die erwerbsfähige Bevölkerung in Deutschland sinken. Insgesamt dürfte nach einem Rückgang um 26 000 im laufenden Jahr die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2026 wieder um 121 000 steigen. Auf Jahressicht dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 2025 um 161 000 steigen und im Jahr 2026 um nur 63 000 sinken. Folglich wird die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2025 und 2026 bei 6,3% bzw. 6,1% liegen.

Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2025

Nach fünfjähriger Stagnation der deutschen Wirtschaft ging das ifo Institut in der Winterprognose 2024 in einem Basisszenario von einer sich fortsetzenden schwachen Entwicklung für das Jahr 2025 aus (Wollmershäuser et al. 2024). Strukturelle Anpassungen der Wirtschaft, die aufgrund der Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie und Deglobalisierung erforderlich wurden, sollten auch in den kommenden Jahren das Wachstum dämpfen. Daher rechnete das ifo Institut im Basisszenario mit einer jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2025 von +0,4%. Insbesondere aus dem Verarbeitenden Gewerbe wurden keine positiven Wachstumsimpulse erwartet. Zudem sollten sich auch der Außenhandel und die Unternehmensinvestitionen wenig dynamisch entwickeln. Trotz der weiteren Zunahme der Kaufkraft nahm das ifo Institut keine schnelle Erholung der privaten Konsumausgaben an. Vor dem Hintergrund der anhaltend großen Unsicherheit wurde davon ausgegangen, dass die Konsumenten ihre realen Einkommensgewinne nicht verausgaben, sondern sparen werden. Die Baukonjunktur sollte die Talsohle durchschritten haben und im Jahr 2025 positiv zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Doch um der Unsicherheit, ob die derzeitige Schwäche der deutschen Wirtschaft nur von einem Strukturwandel oder doch auch von einer konjunkturellen Schwankung betroffen ist, Rechnung zu tragen, erstellte das ifo Institut zusätzlich ein optimistischeres Alternativszenario. In diesem unterstellte das ifo Institut, dass die vorhandenen Produktionskapazitäten höher und lediglich weniger ausgelastet sind als im Basisszenario. Doch auch im Alternativszenario wurde eine strukturelle Anpassung der deutschen Wirtschaft angenommen, nur wird diese zum Teil durch neue Produktionstechnologien ersetzt. Gleichzeitig wird unterstellt, dass zeitnah verlässliche wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung des Standorts einhergehen, die ebenso die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit zurückgehen lässt. Dies wiederum soll Investitionen und dem Konsum Impulse verleihen. Auch bei den Exporten erwartete das ifo Institut eine kräftigere Erholung als im Basisszenario. Im Alternativszenario ging das ifo Institut daher von einer deutlich kräftigeren Jahreswachstumsrate (+1,1%) des BIP für 2025 aus.

Die weiter lahmende Wirtschaft veranlasste das ifo Institut in seiner Frühjahrsprognose 2025 eine Abwärtsrevision an der jahresdurchschnittlichen

Wachstumsrate für 2025 um 0,2 Prozentpunkte zum Basisszenario auf +0,2% vorzunehmen (Wollmershäuser et al. 2025). Die hohe Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland und den geopolitischen Rahmenbedingungen blieb weiter hoch. Trotz des Kaufkraftgewinns und der gesunkenen Zinsen blieb die inländische Nachfrage gedämpft. Da der Großteil der kräftig steigenden real verfügbaren Haushaltseinkommen in die Ersparnisse gesteckt wurde, ließ eine durchgreifende Erholung der privaten Konsumausgaben weiter auf sich warten. Auch hielten die Unternehmen ihre Anschaffungen weiter zurück und konnten – vor allem im Verarbeitenden Gewerbe – nicht von der konjunkturellen Erholung auf dem Weltmarkt profitieren. Obschon das Welt-BIP um 2,8% im Jahr 2024 zulegen, gaben die deutschen Warenexporte um 1,7% nach. Der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Zollpolitik in den Vereinigten Staaten veranlasste das ifo Institut zu einer kräftigen Korrektur der Exporte in der Märzprognose 2025. Anstelle einer leichten Erholung im laufenden Jahr ging das ifo Institut nun von einem kräftigen Rückgang der Ausfuhren aus. Da deshalb weniger Vorleistungsgüter benötigt wurden und auch die privaten Konsumausgaben etwas schwächer als in der Winterprognose 2024 expandieren sollten, korrigierte das ifo Institut auch die Importe nach unten. Allerdings zeichneten sich in der Frühjahrsprognose aufgrund des neuen Bundestags spürbare fiskalische Mehrausgaben insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Verteidigung ab. Da zu diesem Zeitpunkt unklar blieb, welche Vorhaben tatsächlich umgesetzt werden, nahm das ifo Institut nur die noch von der abgewählten Regierung beschlossenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in die Frühjahrsprognose auf, die im laufenden Jahr spürbar restriktiv ausgerichtet war. Dennoch zeigte eine Reihe von Frühindikatoren – wie die Auftragslage im Bauhauptgewerbe und in der Industrie – eine leichte Besserung zumindest zu Jahresbeginn an. Daher prognostizierte das ifo Institut in der Frühjahrsprognose eine stärkere Zunahme in der ersten und eine leichte in der zweiten Jahreshälfte 2025.

Mit Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das erste Quartal 2025 zeigte sich, dass die vom ifo Institut angenommene Zunahme des BIP um 0,2% unterschätzt worden war. Das Statistische Bundesamt wies im Mai 2025 für das erste Quartal einen Anstieg von 0,4% im preis-, sai-

son- und kalenderbereinigten Vorquartalsvergleich aus. Der Prognosefehler geht dabei hauptsächlich auf den spürbar stärker laufenden Außenbeitrag zurück, während der Anstieg der inländischen Verwendung deutlich geringer ausfiel als vom ifo Institut in der Frühjahrsprognose angenommen wurde. Da das ifo Institut von Vorzieheffekten im ersten Quartal aufgrund der Zollpolitik des US-Präsidenten ausgeht und Rückpralleffekte für das zweite Quartal erwartet, wird das zweite Quartal um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert (vgl. Tab. 2.3). Für die zweite Jahreshälfte sieht das ifo Institut hingegen keinen Anpassungsbedarf. Keinen Einfluss auf das BIP hat die Revision der einzelnen Verwendungskomponenten durch das Statistische Bundesamt. Daher beträgt der statistische Unterhang wie auch im Frühjahr 0,2 Prozentpunkte auf die Jahreswachstumsrate des BIP. In Summe ergibt sich eine Anpassung der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des BIP um 0,1 Prozentpunkte auf 0,3% für das Jahr 2025 (vgl. Tab. 2.4).

Mit Blick auf die einzelnen Verwendungskomponenten ergeben sich zum Teil größere Aufwärts- als auch Abwärtskorrekturen durch die Revisionen des Statistischen Bundesamts sowie durch Prognosefehler und Prognoseanpassungen. Für den privaten Konsum erwartete das ifo Institut in der Frühjahrsprognose aufgrund des Rückgangs der Kaufkraft nur einen leichten Anstieg von 0,4% im Jahr 2025

– in der vorliegenden Prognose hebt das ifo Institut das jahresdurchschnittliche Wachstum auf 0,9% an. Hierzu trägt vor allem der Prognosefehler von 0,4 Prozentpunkten im ersten Quartal bei. Die privaten Konsumausgaben stiegen mit 0,5% zum Vorquartal deutlich stärker als das ifo Institut dies im März erwartet hatte. Da die real verfügbaren Einkommen zu Jahresbeginn zurückgingen, finanzierten die Haushalte den Konsum maßgeblich aus ihren Ersparnissen. Die Sparquote sank im selben Zeitraum um 0,9 Prozentpunkte und erreichte mit 10,4% den niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Am weiteren Verlauf der privaten Konsumausgaben hält das ifo Institut weitestgehend fest.

Bei der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des staatlichen Konsums sieht das ifo Institut insgesamt keinen Anpassungsbedarf. Der Prognosefehler und der durch die Revision entstandene kleinere statistische Überhang wird vollends von den Prognoseanpassungen in den kommenden Quartalen aufgefangen. Anstelle der erwarteten Stagnation im ersten Quartal realisierte sich laut Statistischem Bundesamt ein Rückgang, was auf die vorläufige Haushaltsführung des Bundes zurückgeführt werden kann. Durch die neue Bundesregierung und die unterstellten Fiskalmaßnahmen erwartet das ifo Institut in der vorliegenden Prognose eine dynamische Entwicklung des Staatskonsums im laufenden Jahr.

Tab. 2.3

Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2025

| | Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V) | Prognoseanpassung ^c | | | | |
|-----------------------------------|---|-----------------------------------|----------------------------------|------------------|-----------------|----------------|
| | | Revision ^a der VGR (I) | Prognosefehler ^b (II) | 2. Quartal (III) | 3. Quartal (IV) | 4. Quartal (V) |
| Inlandsnachfrage | -1,1 | -0,1 | -1,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Privater Konsum | 0,5 | 0,2 | 0,4 | 0,0 | -0,1 | 0,0 |
| Staatlicher Konsum | 0,0 | -0,3 | -0,3 | 0,4 | 0,2 | 0,1 |
| Bauten | 0,8 | 0,0 | 0,8 | 0,0 | 0,0 | 0,1 |
| Ausrüstungen | 0,8 | 0,3 | 0,8 | -0,1 | -0,3 | 0,1 |
| Sonstige Anlageinvestitionen | 1,8 | 0,3 | 1,5 | 0,0 | 0,1 | 0,0 |
| Vorratsveränderungen ^d | -1,5 | -0,2 | -1,3 | -0,1 | 0,0 | 0,0 |
| Außenbeitrag ^d | 1,1 | 0,1 | 1,2 | -0,1 | 0,0 | 0,0 |
| Ausfuhr | 3,1 | -0,6 | 3,8 | -0,2 | 0,1 | 0,0 |
| Einfuhr | 0,4 | -0,9 | 1,1 | 0,1 | 0,1 | 0,0 |
| Bruttoinlandsprodukt | 0,1 | 0,0 | 0,2 | -0,1 | 0,0 | 0,0 |

^a Beitrag der Revision des Überhangs durch das Statistische Bundesamt. ^b Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2025 aus der ifo Frühjahrsprognose 2025 und den aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. ^c Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das zweite bis vierte Quartal des Jahres 2025. ^d Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Tab. 2.4

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2025

| | Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts | | | | | |
|------------------------------|---|--|---|--|---|--|
| | ifo Frühjahrsprognose | | ifo Sommerprognose | | Prognosekorrektur für 2025 | |
| | Prognosewerte für 2025 | | Prognosewerte für 2025 | | Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge | |
| | Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1) | Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ^a (2) | Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3) | Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ^a (4) | Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5) | Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6) |
| Inlandsnachfrage | 2,1 | 2,0 | 1,0 | 0,9 | -1,1 | -1,1 |
| Privater Konsum | 0,4 | 0,2 | 0,9 | 0,5 | 0,5 | 0,3 |
| Staatlicher Konsum | 1,6 | 0,4 | 1,6 | 0,4 | 0,0 | 0,0 |
| Bauten | -0,3 | 0,0 | 0,5 | 0,1 | 0,8 | 0,1 |
| Ausrüstungen | -1,9 | -0,1 | -1,1 | -0,1 | 0,8 | 0,1 |
| Sonstige Anlageinvestitionen | 1,8 | 0,1 | 3,6 | 0,1 | 1,8 | 0,1 |
| Vorratsveränderungen | - | 1,5 | - | 0,0 | - | -1,5 |
| Außenbeitrag | - | -1,8 | - | -0,7 | - | 1,1 |
| Ausfuhr | -3,6 | -1,5 | -0,5 | -0,2 | 3,1 | 1,3 |
| Einfuhr | 0,8 | -0,3 | 1,3 | -0,5 | 0,4 | -0,2 |
| Bruttoinlandsprodukt | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,3 | 0,1 | 0,1 |

^a Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

Bei den Investitionen wurde die Entwicklung im ersten Quartal in allen Bereichen merklich unterschätzt. Während das ifo Institut sowohl bei den Bau- als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen von einer leichten Abschwächung zu Jahresbeginn ausging, realisierte sich ein Anstieg. Obschon das Vorzeichen bei den sonstigen Anlagen richtig getroffen wurde, stiegen diese um 1,5 Prozentpunkte stärker als erwartet. Gepaart mit dem – durch die Revision des Statistischen Bundesamts – höheren statistischen Überhang, der die Jahresveränderungsrate um weitere 0,3 Prozentpunkte erhöht, korrigierte das ifo Institut seine Jahreswachstumsprognose der sonstigen Anlageinvestitionen um 1,8 Prozentpunkte nach oben. Auch die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate der Ausrüstungsinvestitionen wurde vom ifo Institut im Vergleich zur Frühjahrsprognose um 0,8 Prozentpunkte auf -1,1% nach oben revidiert. Dies ist vor allem auf den Prognosefehler im ersten Quartal und einem niedrigeren statistischen Unterhang durch die Revision der amtlichen Statistik zurückzuführen. Jedoch wird die Dynamik in den kommenden beiden Quartalen deutlich nach unten angepasst, was dämpfend auf die Jahresrate wirkt. Bei den Bauinvestitionen

erwartet das ifo Institut im Gegensatz zur Frühjahrsprognose nun keinen Rückgang mehr für das Jahr 2025. Maßgeblich dafür ist der Prognosefehler aus dem ersten Quartal 2025.

Auch bei der inländischen Verwendung geht die Prognosekorrektur größtenteils auf den Prognosefehler aus dem ersten Quartal zurück. Anstelle eines vom ifo Institut angenommenen Anstiegs der inländischen Verwendung kam es zu einem kräftigen Rückgang. Zurückzuführen war dieser unter anderem auf einen stark negativen Lagerbeitrag, der – aufgrund eines prognostizierten Lageraufbaus – zu einem großen Prognosefehler im ersten Quartal geführt hat.

Ein erheblicher Prognosefehler für das erste Quartal wurde zudem für die Exporte realisiert – die erwartete Abschwächung von 0,7% ist nicht eingetreten. Die angekündigten US-Importzölle, die ab April gelten sollen, führten zu vorgezogenen Verkäufen deutscher Exporteure an US-Kunden. Dieser Vorzieheffekt bescherte den Exporten einen erheblichen Auftrieb, was sich in einem Anstieg von +3,2% im ersten Quartal widerspiegelt. Das ifo Institut prog-

nostiziert daher für das laufende Quartal einen leichten Rückpralleffekt, der zu einer Prognoseanpassung von 0,2 Prozentpunkten nach unten führt. Auch der – infolge der Revisionen des Statistischen Bundesamts – höhere statistische Unterhang verminderte eine kräftigere Aufwärtsrevision um 0,6 Prozentpunkte. In Summe korrigiert damit das ifo Institut in der vorliegenden Prognose die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate der Exporte von –3,6% auf –0,5% nach oben. Auch bei den Importen kam es zu einer Aufwärtskorrektur der Jahreswachstumsrate von 0,4 Prozentpunkte auf +1,3% für das Jahr 2025. Diese kommt aus dem Prognosefehler des ersten

Quartals und einer leichten Aufwärtsrevisionen im zweiten und dritten Quartal. Hingegen dämpft der revisionsbedingte erheblich niedrigere statistische Überhang die Korrektur nach oben ab.

Alles in allem überwiegt die Aufwärtskorrektur des Außenbeitrags die Abwärtsrevision der inländischen Verwendung, so dass das ifo Institut in seiner Sommerprognose mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Jahresdurchschnittsbetrachtung von 0,3% für das Jahr 2025 rechnet.

2.3 Prognoseunsicherheit und Risiken

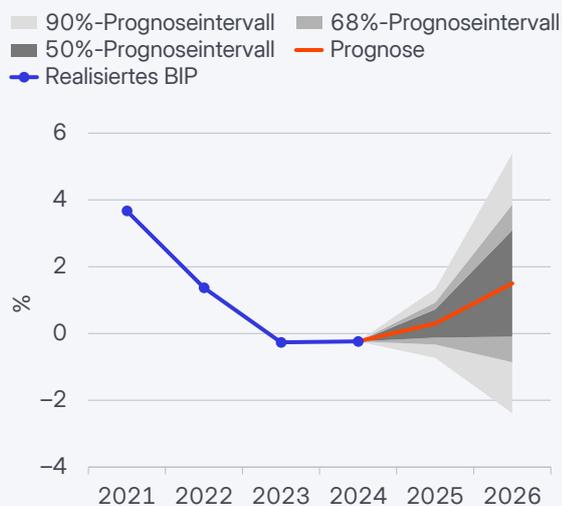
Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, in denen die prognostizierte Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit bestimmten Wahrscheinlichkeiten anzutreffen ist. Zur Berechnung der Intervalle für die Jahre 2025 und 2026 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2024 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z.B. für ein Prognoseintervall, in dem die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa

zwei Dritteln (68%) anzutreffen ist, $\pm 0,6$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 0,3% reicht das Intervall also von –0,3% bis 0,9% (vgl. Abb. 2.3). Die Punktprognose von 0,3% stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.3). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall auf $\pm 2,4$ Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von +1,5% im Basisszenario reicht das 68%-Prognoseintervall dann von –0,9% bis +3,9% (vgl. Abb. 2.3).

Die hohe Unsicherheit, mit der Unternehmen und Haushalte derzeit in Deutschland konfrontiert sind, dämpft nicht nur ihre Bereitschaft zu Investitions- und Konsumausgaben. Sie erschwert auch die Festlegung eines möglichst wahrscheinlichen wirtschaftspolitischen Kurses, der bei der Erstellung der Prognose berücksichtigt wird. Ein hohes Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf ergibt sich aus der Handels- und Wirtschaftspolitik der amtierenden US-Regierung. Um die Bandbreite möglicher Entwicklungen abzuschätzen, wurden neben dem der Prognose zugrundeliegenden Basisszenario ein optimistisches und ein pessimistisches Zollszenario formuliert und die Auswirkungen der jeweiligen Zollsätze auf die Wirtschaftsleistung und die Inflation in den wichtigsten Wirtschaftsräumen mit Hilfe des Global Economic Model von Oxford Economics simuliert (vgl. Box „Zu den weltwirtschaftlichen Auswirkungen unterschiedlicher Ergebnisse bei den Zollverhandlungen mit den USA“). Das Basisszenario der vorliegenden Prognose geht davon aus, dass der Status quo der Zollsätze von Ende Mai bis Jahresende 2026 aufrecht erhalten bleibt. Dabei schlagen im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 insbesondere die seit dem 5. April 2025 wirksame Anhebung der pauschalen Zölle auf Importe aus der EU um 10 Prozentpunkte zu Buche, die für sich genommen die deutsche Konjunktur im kommenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte stärker belasten als noch im Frühjahr unterstellt. Im optimistischen

Abb. 2.3

Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Szenario werden die Zollsätze ab dem Sommer wieder auf ihr Niveau vom Jahresende 2024 – vor Beginn der ersten Runde der Zollanhebungen – gesenkt. Dadurch dürfte der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in diesem Jahr um 0,1 Prozentpunkte und im kommenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen. Im pessimistischen Szenario wird angenommen, dass die nächsten Wochen und Monate keine Ergebnisse bei den Verhandlungen bringen, und die Zölle im Sommer wieder auf den Stand von April 2025 angehoben werden. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Zölle auf US-Importe aus der Europäischen Union auf die angedrohten 50% steigen. In diesem Szenario dürfte der Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in diesem Jahr um 0,1 Prozentpunkte und im kommenden Jahr um 1,8 Prozentpunkte niedriger ausfallen. Somit würde sich die Stagnation um weitere zwei Jahre fortsetzen.

Aber auch im Hinblick auf die Ausrichtung der deutschen Finanzpolitik bestehen eine Reihe von Unsicherheiten. Zum einen ist zum Zeitpunkt des Erstellens der Prognose unklar, wie sich die neue Finanzverfassung in konkreten Maßnahmen im Prognosezeitraum niederschlagen wird und wie schnell und in welchem Umfang die zur Verfügung stehenden Mittel abfließen werden. In der vorliegenden Prognose wurde daher berücksichtigt, dass gerade in den ersten Jahren nach dem Beschluss eines Sondervermögens der Mittelabfluss erfahrungsgemäß langsam anläuft. Insbesondere für die Ausweitung der staatlichen Bruttoinvestitionen wurde sich hierbei an früheren Phasen hoher öffentlicher Investitionen orientiert, die im wiedervereinigten Deutschland preisbereinigt nur selten um mehr als 5 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Diese Umstände können sowohl ein Abwärtsrisiko darstellen, wenn die Mittel aus dem Sondervermögen langsamer abfließen als angenommen, als auch ein Aufwärtsrisiko, wenn beispielsweise aufgrund einer effizienteren Bürokratie öffentliche Investitionen schneller getätigt werden. Im Gegensatz dazu stellt der Finanzierungsvorbehalt im Bundeshaushalt, unter dem viele der in dieser Prognose eingestellten Maßnahmen stehen, ein Abwärtsrisiko dar. Da die meisten Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag über den regulären Kernhaushalt finanziert werden müssen, fallen sie weiterhin unter die Schuldenbremse. Findet sich keine Einigung zur Finanzierung der entsprechenden Maßnahmen, so würde sich auch der finanzpolitische Impuls verringern.

2.4 Fiskalmaßnahmen sorgen für spürbar expansiven Impuls

Noch bevor sich der neue Bundestag konstituierte, verabschiedeten die neuen Regierungsparteien, CDU/CSU und SPD, zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen Mitte März Än-

derungen des Grundgesetzes, die die Rahmenbedingungen für die Fiskal- und Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren prägen werden. Zunächst wurde ein Sondervermögen Infrastruktur verabschiedet, das zusätzliche Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, vor allem im Bereich Verkehr und Digitales, ermöglichen soll. Zweitens wurde eine Ausnahmeregelung für bestimmte Ausgaben im Bereich der Verteidigung und Sicherheit verabschiedet. Schließlich ist es in Zukunft auch den Ländern möglich, eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zu tätigen.

Zwar ist noch nicht bekannt, welche konkreten Maßnahmen oder Programme durch die neue Finanzverfassung umgesetzt werden. In dieser Prognose wird dennoch ein Ausgabenpfad unterstellt, der sich in verschiedenen Positionen der staatlichen Ausgaben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen niederschlägt. Im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur werden annahmegemäß vor allem die öffentlichen Bauinvestitionen ausgeweitet. Über den Klima- und Transformationsfonds (KTF), dem 100 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen zugewiesen werden, ist zudem mit einem vermehrten Abfluss von Investitionszuschüssen (Vermögenstransfers) zu rechnen. Durch die Ausnahmeregelung im Verteidigungsbereich ist sowohl mit investiven (vor allem für militärische Waffensysteme) als auch mit konsumtiven Mehrausgaben (Personal, Vorleistungen) zu rechnen. Fällt der Impuls durch die neue Finanzverfassung im Jahr 2025 noch relativ gering aus, werden für das Jahr 2026 zusätzliche Ausgaben zwischen 30 und 35 Mrd. Euro unterstellt. Dabei wird angenommen, dass insbesondere im Bereich der Bau- und Ausrüstungsinvestitionen die langwierigen Beschaffungs- und Genehmigungsprozesse erst im kommenden Jahr einen substanziellen Impuls zulassen.

Zusätzlich zur neuen Finanzverfassung finden sich im Koalitionsvertrag der neuen Regierung konkretere Maßnahmen wieder, die zu zusätzlichen Mehrausgaben und Mindereinnahmen führen werden. Die fiskalisch relevantesten Maßnahmen sind dabei die Fortführung und Weiterentwicklung der degressiven Abschreibungen, die Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte sowie die Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie. Darüber hinaus finden sich im Koalitionsvertrag auch steuerliche Maßnahmen wieder, die Anreize zur Ausweitung des Arbeitsangebots bieten sollen. Insgesamt wird durch die Maßnahmen im Koalitionsvertrag ein Impuls von gut 7 Mrd. Euro im laufenden Jahr und knapp 24 Mrd. Euro im nächsten Jahr unterstellt.

Im Jahr 2025 ist die Finanzpolitik trotz der neuen Maßnahmen leicht restriktiv ausgerichtet, was vor allem auf das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien sowie der kräftigen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge, insbesondere

Tab. 2.5

Finanzpolitische Maßnahmen^a
Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

| | 2025 | 2026 |
|---|-------------|--------------|
| Einnahmen der Gebietskörperschaften^b | | |
| Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge 2023 | -2,4 | -1,0 |
| Umsatzsteuersenkung auf Gas vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024 | 1,0 | 0,0 |
| Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie | 0,5 | -4,0 |
| Inflationsausgleichsprämie | 7,5 | 0,0 |
| Anhebung der Tabaksteuer | 0,9 | 0,8 |
| Degressive AfA (2. und 4. Corona-Steuerhilfegesetz) | 5,0 | 3,8 |
| Degressive AfA (Koalitionsvertrag) | -2,0 | -5,0 |
| Jahressteuergesetz 2022 ^c | 1,0 | -1,1 |
| Wachstumschancengesetz | -2,4 | -0,7 |
| Zukunftsfinanzierungsgesetz | -0,2 | -0,1 |
| Senkung Stromsteuer (alt und Koalitionsvertrag) | -4,0 | -3,5 |
| Anhebung Grund- und Kinderfreibeträge 2024 | -3,3 | 1,3 |
| Steuerfortentwicklungsgesetz | -6,1 | -5,7 |
| Erhöhung Luftverkehrabgabe | 0,2 | 0,0 |
| Agrardiesel | 0,1 | -0,4 |
| Jahressteuergesetz 2024 | -0,8 | 0,3 |
| Globale Mindestbesteuerung Säule 2 | 0,0 | 1,0 |
| Einnahmen Emissionshandel (BEHG) | 3,3 | 3,0 |
| Plastikabgabe | 0,0 | 1,4 |
| Anhebung Lkw-Maut | 0,9 | 0,2 |
| Gewinnabschöpfung bei Stromproduzenten | -0,5 | 0,0 |
| Erhöhung Rundfunkbeitrag | 0,4 | 0,0 |
| Einkommensteuer Koalitionsvertrag (Pendlerpauschale, Überstunden, Aktivrente) | 0,0 | -4,5 |
| Sonstige steuerliche Maßnahmen ^d | -2,1 | 0,0 |
| Einnahmen der Sozialversicherungen | | |
| Erhöhung des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung | 14,5 | 4,0 |
| Erhöhung des Beitrags in der gesetzlichen Pflegeversicherung | 2,8 | 0,0 |
| Erhöhung der Insolvenzgeldumlage | 1,1 | 0,0 |
| Inflationsausgleichsprämie | 10,0 | 0,0 |
| Ausgaben der Gebietskörperschaften | | |
| Strom- und Gaspreisbremsen | 1,3 | 0,0 |
| Hilfen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen (Energiekrise) | 1,0 | 0,0 |
| Wohngeldreform | -0,4 | 0,4 |
| Deutschland-Ticket | -0,4 | 0,0 |
| Kürzungen Bürgergeld und Elterngeld | 0,4 | 0,1 |
| Sondervermögen KTF | -2,0 | -5,0 |
| Erhöhung Ausgaben für Verteidigung | -4,0 | -12,0 |
| Sozialer Wohnungsbau | -0,4 | -0,2 |
| Startchancenprogramm für Schulen | -0,5 | -0,5 |
| Digitalpakt Schule | 0,2 | 0,6 |
| Änderungen beim Bafög | -0,2 | 0,0 |
| Strukturstärkungsgesetz und Fluthilfe | -1,2 | 0,0 |
| Anhebung Kindergeld | -0,6 | -0,8 |
| Mehrausgaben Sondervermögen Infrastruktur | -1,0 | -14,0 |
| Senkung Netzentgelte | -2,0 | -2,0 |
| Förderung E-Autos | 0,0 | -2,0 |
| Ausgaben der Sozialversicherungen | | |
| Mütterrente | 0,0 | -2,0 |
| Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz | -3,0 | 0,0 |
| Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform | -0,8 | 0,0 |
| Grundrente | -0,1 | 0,0 |
| Krankenhausreform | -0,5 | 0,0 |
| Erwerbsminderungsrenten | -0,1 | 0,0 |
| Gesundheitsversorgungsstärkengesetz | -0,3 | 0,0 |
| Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitsgeld | -0,2 | 0,0 |
| Insgesamt | 10,5 | -47,6 |
| In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in % | 0,2 | -1,0 |

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen. ^b Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassensjahr. ^c u. a. Entfristung Home-Office-Pauschale, vollständiger steuerlicher Abzug Altersvorsorgeaufwendungen, Sparerpauschbetrag, EU-Energiekrisenbeitrag. ^d u. a. Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, Kreditmarktförderungsgesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts.

Quelle: Bundesregierung; Finanzministerien der Länder; Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

des Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenversicherung, zurückzuführen ist (vgl. Tab. 2.5). Im Jahr 2026 ist dann aufgrund der zuvor erwähnten Rahmenbedingungen mit einem deutlichen expansiven Impuls zu rechnen, der ungefähr 1% des BIP umfassen wird. Ohne die Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag und den unterstellten Mehrausgaben aufgrund der neuen Finanzverfassung wäre die Finanzpolitik nahezu neutral ausgerichtet.

2.5 Geldpolitik wird leicht expansiv

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Anfang Juni den Leitzins zum vierten Mal in diesem Jahr um weitere 0,25 Basispunkte gesenkt, so dass der Einlagezinssatz jetzt bei 2,0% und damit im neutralen Bereich liegt. Gleichzeitig setzt sich der Rückgang der Wertpapierbestände des APP (*Asset Purchase Programme* – das reguläre Ankaufprogramm der EZB) und des PEPP (*Pandemic Emergency Programme* – das Pandemie-Notfallankaufprogramm) fort. Das Eurosystem hatte im Herbst des vergangenen Jahres angekündigt, die Tilgungsbeträge von Wertpapieren bei Fälligkeit nicht wieder anzulegen, was einer Reduktion des Bestands von durchschnittlich 15 Mrd. Euro pro Monat entspricht. Bis April sanken die Bestände des APP (PEPP) auf 2 531 (1 593) Mrd. Euro, was für sich genommen restriktiv auf die monetären Rahmenbedingungen wirken dürfte.

Das Finanzierungsumfeld bleibt derzeit angesichts der anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten angespannt. Allerdings zeigen sich erste Anzeichen einer leichten Erholung. Seit Anfang des Jahres 2025 bewegen sich die Renditen der 10-jährigen Bundesanleihen seitwärts (vgl. Abb. 2.4). Zwar stiegen sie Anfang März nach der Ankündigung einer neuen deutschen Finanzverfassung im Rahmen der Koalitionsverhandlungen deutlich von 2,5% auf 2,9% Mitte März; seitdem fielen sie jedoch wieder und liegen aktuell bei 2,6%. Dazu trug bei, dass sich die erratische US-Zollpolitik zunehmend zugunsten deutscher Bundesanleihen auswirkte, die sich gegenüber US-Staatsanleihen als bevorzugter sicherer Hafen etablierten. Die durchschnittliche Rendite von Unternehmensanleihen folgte den Bundesanleihen und lag im Mai bei 3,6%.

Die Kreditzinsen weisen seit Mitte des vergangenen Jahres einen leicht rückläufigen Trend auf. Vor allem die Kreditzinsen der Unternehmen und Konsumenten sind am aktuellen Rand deutlich gefallen und liegen nun bei 3,7% bzw. 8,0%. Für sich genommen dürfte dies die Kreditnachfrage stützen. Zwar sind die Bestände von Unternehmens- und Konsumentenkrediten zuletzt leicht zurückgegangen, nachdem sie sich in den vergangenen zwei Jahren seitwärts entwickelt haben. Jedoch scheint das Neugeschäft von Immobilienkrediten seit Anfang des Jahres wieder in Schwung gekommen

zu sein und stieg im März auf 22,1 Mrd. Euro – ein Niveau, das zuletzt Mitte 2022 verzeichnet wurde. Die an der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) teilnehmenden Banken berichteten beim Wohnungsbau ebenfalls eine erhöhte Kreditnachfrage, hauptsächlich getrieben durch die gesunkenen Zinsen und eine verbesserte Aussicht in Hinblick auf die Entwicklung des Wohnimmobilienmarkts. Auch die Kreditrichtlinien wurden von den Banken sowohl für die privaten Wohnungsbaukredite als auch für die Unternehmenskredite am aktuellen Rand gelockert. Hier scheint vor allem eine erhöhte Risikotoleranz eine Rolle gespielt zu haben. Allerdings stagnierte im April laut Bank Lending Survey die Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Hier wirkte dem gesunkenen Zins eine zurückhaltende Investitionsneigung, die auf das unsichere wirtschaftspolitische Umfeld zurückzuführen sein dürfte, entgegen.

In Anbetracht der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der hohen Unsicherheit sowie der Tatsache, dass die Inflation in den vergangenen Monaten langsam zurückgegangen ist, dürfte die EZB im weiteren Verlauf des Jahr 2025 den Leitzins noch einmal um 0,25 Basispunkte senken. Entsprechend wird der Einlagezinssatz ab Herbst bei 1,75% und der Hauptrefinanzierungssatz (bzw. Spitzenrefinanzierungssatz) bei 1,8% (bzw. 1,9%) liegen. Damit dürfte die Geldpolitik ab der zweiten Jahreshälfte 2025 leicht expansiv ausgerichtet sein. Die kurzfristigen Kredit- und Kapitalmarktzinsen werden wohl im Verlauf dieses Jahres noch etwas sinken. Die langfristigen Zinsen dürften hingegen unverändert auf dem jetzigen Niveau bleiben, da die erwarteten Leitzinssenkungen schon eingepreist sein sollten.

2.6 Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

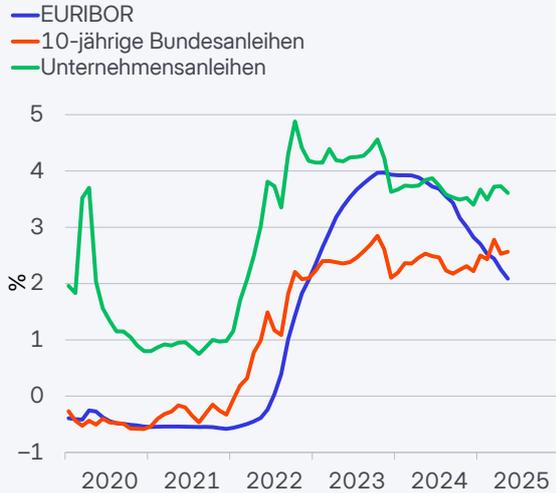
In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass sich die Energiepreise im Prognosezeitraum gemäß den Erwartungen auf den Terminmärkten entwickeln. Entsprechend wird der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent von durchschnittlich 66,8 US-Dollar in diesem Jahr auf 64,0 US-Dollar im Jahr 2026 sinken (vgl. Tab. 2.6). Die Preise für Erdgas und Strom werden im laufenden Jahr zunächst wieder etwas auf 38,6 Euro/MWh bzw. 89,2 Euro/MWh steigen und im kommenden Jahr wird Erdgas durchschnittlich etwas günstiger und Strom um gut 9% teurer sein als im Jahr 2024. Außerdem wird angenommen, dass der Euro im laufenden Jahr durchschnittlich 1,11 US-Dollar und im kommenden Jahr 1,13 US-Dollar kostet und damit im Vergleich zum Jahr 2024 etwas teurer wird.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure, die auf Basis der projizierten Verbraucherpreisindizes 24 ausgewählter Handelspartner berechnet wird, wird sich im

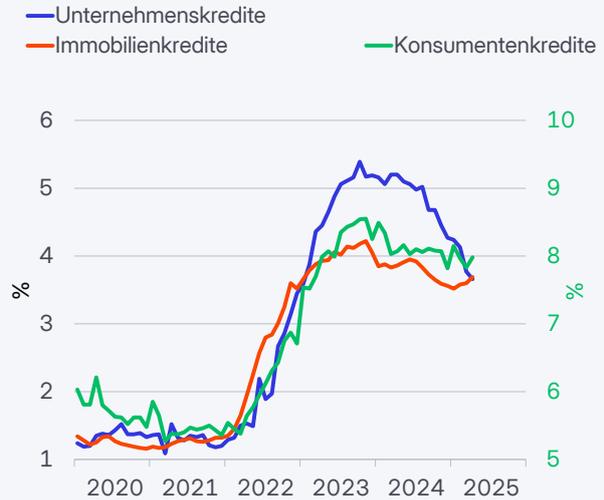
Abb. 2.4

Zur monetären Lage in Deutschland

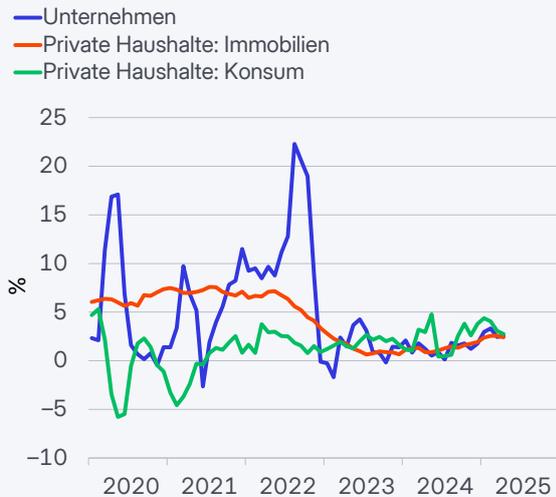
A. Kapitalmarktzinsen



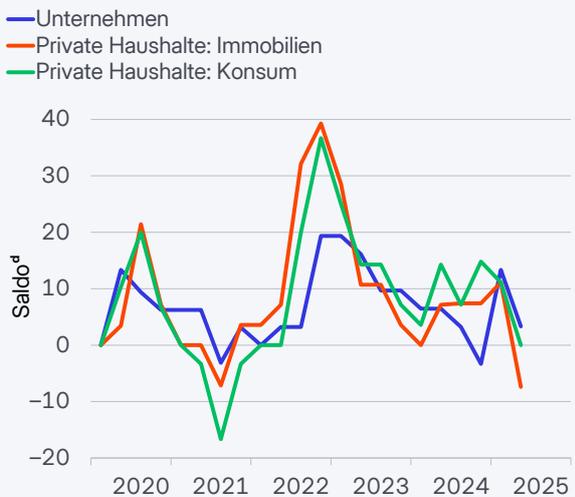
B. Kreditzinsen^a



C. Kreditbestände^b



D. Kreditvergabebedingungen^c



^a Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.
^b Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in % (annualisiert), saisonbereinigt).
^c Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).
^d Saldo der Einschätzungen „verschärft“ minus „gelockert“ in %.
 Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

laufenden Jahr etwas verschlechtern und im Jahr 2026 in etwa stagnieren (vgl. Abb. 2.5 A.). Im Schlussquartal des vergangenen Jahres wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar, dem Renminbi sowie dem britischen Pfund um jeweils 2,9%, 2,5% und 1,5% im Vergleich zum Vorquartal ab. Seit Jahresbeginn stieg die Nachfrage nach Euro allerdings im

Zusammenhang mit den konjunkturellen Sorgen aufgrund des Zollschocks und der Staatsverschuldung in den USA rapide an. So wertete der Euro im März des laufenden Jahres gegenüber dem US-Dollar um 3,8%, gegenüber dem Renminbi um 3,4% und gegenüber dem britischen Pfund um 0,8% im Vergleich zum Vormonat auf. Im April setzte

Abb. 2.5

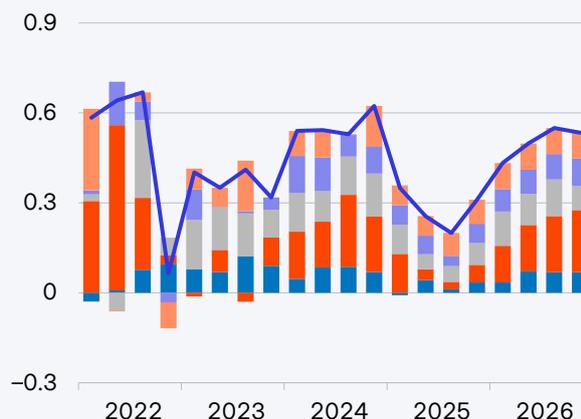
Exportindikatoren
Prozentpunkte bzw. %

- USA und Vereinigtes Königreich
- Ausgewählte Euroraumländer^b
- Andere fortgeschrittene Volkswirtschaften^d
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr
- Euroraumländer ohne Deutschland
- BRIC^c
- Andere Schwellenländer^e
- Veränderung gegenüber dem Vorquartal

A. Preisliche Wettbewerbsfähigkeit ^a



B. Expansionsbeiträge des Weltnachfrageindicators



^a Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

^b Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.

^c Brasilien, Russland, Indien und China.

^d Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.

^e Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD; Berechnungen des ifo Instituts; 2024 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

Tab. 2.6

Annahmen der Prognose
Jahresdurchschnitte

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|---|------|------|------|------|
| Rohöl USD/Barrel (Brent) | 82,0 | 79,7 | 66,8 | 64,0 |
| Erdgas EUR/MWh (ICE Natural Gas Germany) | 42,1 | 34,5 | 38,6 | 33,5 |
| Strom EUR/MWh (European Energy Exchange) | 95,2 | 79,6 | 89,2 | 87,0 |
| Wechselkurs USD/EUR | 1,08 | 1,08 | 1,11 | 1,13 |
| Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB in % ^a | 3,6 | 3,6 | 2,0 | 1,8 |
| EURIBOR Dreimonatsgeld in % | 3,4 | 3,6 | 2,0 | 1,8 |
| Kapitalmarktzins (10-jährige Bundesanleihe) in % | 2,6 | 2,4 | 2,6 | 2,6 |
| Welthandel ^b | -0,8 | 2,5 | 1,6 | -0,3 |

^a Jahresdurchschnitt der Quartalsendstände. ^b Preisbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

sich die Aufwertung des Euro ähnlich stark fort, so dass im laufenden Quartal ein Rückgang der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure erwartet wird, die auf das Jahr gesehen zu einer moderaten Verschlechterung um 1,0% im Vergleich zum Vorjahr führen dürfte. Besonders bemerkbar dürfte sie sich gegenüber Drittstaaten wie China machen, deren Inflationsraten niedriger als in Deutschland ausfallen dürften. Gegenüber den Vereinigten Staaten sowie den Ländern des Euroraums dürfte sie weitgehend unverändert bleiben, da die Verbraucherpreise in Deutschland mit ähnlichen Raten steigen. Gegenüber anderen Schwellenländern wie Mexiko, der Türkei, Polen und Ungarn dürfte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im weiteren Prognoseverlauf hingegen leicht zunehmen.

Der neuen Handelspolitik der USA geschuldet, dürfte der Welthandel im laufenden Jahr noch mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 1,6% expandieren und im kommenden Jahr um 0,3% schrumpfen. Der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, weist

insbesondere für das kommende Jahr eine zunehmende Dynamik auf (vgl. Abb. 2.5 B.). Die größten Beiträge gehen hierbei vom Euroraum, anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften sowie weiteren Schwellenländern (ohne die BRIC) aus. Im Gegensatz dazu fallen die Wachstumsbeiträge aus den USA sowie den BRIC-Staaten geringer aus. Alles in allem verbessert sich der ifo Weltnachfrageindikator im laufenden und im kommenden Jahr um jeweils 1,6%.

2.7 Produktionsseitige Kapazitätsengpässe verhindern kräftigere Wirkungen der Fiskalmaßnahmen

Die deutsche Wirtschaft ist kräftig ins Jahr 2025 gestartet. Das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Quartal des laufenden Jahres preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,4% gestiegen (vgl. Tab. 2.7). Damit fiel der Zuwachs nochmals deutlich kräftiger aus, als es die Schnellschätzung („Flash“,

Tab. 2.7

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen
Veränderung in %

| | 2024 | | | | 2025 | | | | 2026 | | | | 2024 2025 2026 | | |
|---|--|------|------|------|------|------|------|------|------|-----|-----|-----|---------------------------------------|------|------|
| | I | II | III | IV | I | II | III | IV | I | II | III | IV | Veränderung ggü. Vorjahr ^b | | |
| | Veränderung ggü. Vorquartal ^a | | | | | | | | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt | 0,2 | -0,3 | 0,1 | -0,2 | 0,4 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | -0,2 | 0,3 | 1,5 |
| Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche | -0,5 | -0,3 | -0,4 | -0,3 | 0,6 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | -0,3 | 0,1 | 1,5 |
| Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe | -3,8 | -0,4 | -1,7 | -0,8 | 1,5 | 0,1 | -0,2 | -0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,1 | -2,8 | -0,5 | 0,5 |
| Verarbeitendes Gewerbe | -0,7 | -0,6 | -1,3 | -0,3 | 1,0 | 0,1 | -0,2 | -0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,1 | -2,9 | -0,4 | 0,6 |
| Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä. | -20,7 | 0,4 | -3,7 | -3,2 | 4,7 | -0,5 | -0,2 | -0,1 | -0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | -2,5 | -0,5 | -0,3 |
| Baugewerbe | 0,6 | -2,8 | -1,0 | -0,1 | 0,9 | 0,2 | 0,3 | 0,6 | 0,9 | 1,1 | 1,2 | 1,3 | -3,8 | -0,1 | 4,1 |
| Handel, Verkehr, Gastgewerbe | 0,4 | -0,7 | -0,1 | 0,6 | 1,1 | 0,1 | 0,2 | 0,2 | 0,4 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,2 | 1,2 | 1,7 |
| Information und Kommunikation | 2,1 | -0,2 | -0,6 | -0,3 | 1,7 | -0,2 | 0,2 | 0,6 | 0,7 | 0,9 | 0,9 | 0,9 | 2,1 | 1,2 | 2,7 |
| Finanz- und Versicherungsdienstleister | 1,1 | -0,5 | -1,0 | -1,6 | -0,8 | -0,3 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,3 | -0,5 | -2,8 | 0,6 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | 0,6 | 0,1 | -0,5 | -0,4 | 0,2 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,5 | 0,6 | 0,7 | 0,7 | 0,9 | 0,1 | 1,9 |
| Unternehmensdienstleister | -0,2 | 0,2 | -0,7 | -0,3 | 0,0 | 0,2 | 0,3 | 0,4 | 0,4 | 0,3 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | -0,2 | 1,3 |
| Öffentliche Dienstleister | 0,7 | 0,3 | 1,5 | 0,0 | -0,2 | -0,1 | 0,1 | 0,3 | 0,5 | 0,6 | 0,6 | 0,6 | 2,0 | 0,6 | 1,7 |
| Sonstige Dienstleister | 0,8 | 0,0 | 0,5 | -0,3 | -0,3 | 0,2 | 0,3 | 0,3 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 1,1 | 0,1 | 0,9 |

^a Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt; ^b Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

t+30) von 0,2% nahegelegt hatte.¹ Das Statistische Bundesamt begründet die Revision mit einer besseren als zunächst angenommenen Entwicklung von Produktion und Exporten im März 2025, was auf Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten Zölle der amtierenden US-Regierung zurückzuführen sein dürfte. Daher trug vor allem das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) mit einem Anstieg von 1,5% zum kräftigen Jahresauftakt bei. So zeigt sich im Verarbeitenden Gewerbe erstmalig seit Jahresbeginn 2023 ein Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung (1,0%). Neben der Industrie trug auch der Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe zum Zuwachs im ersten Quartal 2025 bei, was wohl maßgeblich auf die gesteigerte Konsumlaune in Deutschland zurückzuführen ist. Analog dazu stieg auch die Bruttowertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation kräftig um 1,7%. Bremsend wirkten die Finanz- und Versicherungsdienstleister (-0,8%), die Öffentlichen (-0,2%) und die Sonstigen Dienstleister (-0,3%).

Im zweiten Quartal 2025 dürfte die Wirtschaftsleistung nur stagnieren. Zu diesem Ergebnis kommt aktuell auch das Prognosemodell des ifo Instituts (ifoCAST; Stand: 6. Juni 2025). Zwar deutet die anhaltende Verbesserung wichtiger Konjunkturindikatoren auf eine kräftigere Expansion hin. So ist das ifo Geschäftsklima im Mai 2025 das fünfte Mal in Folge gestiegen. Jedoch stehen dieser Verbesserung im zweiten Quartal 2025 Rückpralleffekte entgegen – also wegfallende Exporte im zweiten Quartal als Folge der vorgezogenen Warenverkäufe in die USA aus dem ersten Quartal (vgl. Abschnitt „Vorzieheffekte statt Trendwende: Außenhandel weiterhin angeschlagen“). So dürfte das Verarbeitende Gewerbe wohl nur stagnieren, da die Produktion im April nachgegeben hat und aktuell um 0,1% unter dem Wert des ersten Quartals 2025 liegt. Die sich weiter stabilisierende Auftragslage deutet jedoch auf eine verhaltene Expansion in den Monaten Mai und Juni hin, so dass sich die Bruttowertschöpfung im Quartalsdurchschnitt nur seitwärts bewegen dürfte. Auch im Baugewerbe dürfte die Bruttowertschöpfung kaum zulegen, da sich insbesondere der Wohnungsbau noch in einer schwierigen konjunkturellen Lage befindet. Auch die Dienstleister dürften die Dynamik des teilweise kräftigen Jahresstarts nicht halten können.

Der weitere Prognoseverlauf ist maßgeblich von der Umsetzung der angekündigten Maßnahmen der neuen Bundesregierung im Rahmen der neuen Finanzverfassung und des Koalitionsvertrags geprägt, wenngleich der reale Effekt

für die deutsche Wirtschaft aufgrund von Kapazitätsbeschränkungen in einigen Schlüsselbranchen wohl deutlich geringer ausfallen dürfte, als es der fiskalische Impuls nahelegen würde. So wird ein Gutteil der verausgabten Mittel wohl preissteigernd wirken (vgl. Box „Zu den Wirkungen der Fiskalmaßnahmen“). Dennoch entfalten die Maßnahmen vor allem ab dem Jahr 2026 allmählich ihre Wirkungen.

Das Verarbeitende Gewerbe profitiert dabei von Rüstungsausgaben und Vermögenstransfers, die für sich genommen das Produktionsniveau erhöhen. Zudem dürften die Industriefirmen von veränderten Abschreibungsregeln, der Förderung von E-Autos sowie der Absenkung der Netzentgelte und der Stromsteuer profitieren. Für sich genommen, ändert dies zunächst aber nur wenig an den strukturellen Problemen und damit der Schwäche des Verarbeitenden Gewerbes. Im Vergleich zur Frühjahrsprognose unterstellt das ifo Institut nunmehr eine Stagnation im Verlauf des kommenden Jahres. Im Baugewerbe dürften sich im kommenden Jahr recht kräftige Zuwächse einstellen, die jedoch aufgrund von Kapazitätsbeschränkungen insbesondere im Tiefbau deutlich niedriger als die Impulse der Fiskalmaßnahmen ausfallen. Die konsumnahen Dienstleister dürften von den Einkommenssteigerungen aus dem Koalitionsvertrag (Steuerfreistellung von Überstunden, Einführung der Aktiv- und Mütterrente) profitieren und das Gastgewerbe geringfügig durch die Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen (vgl. Box „Zu den Auswirkungen der Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie“). Bei den Öffentlichen Dienstleistern dürften sich der erhöhte Staatskonsum niederschlagen. Mit der Bereitstellung der Mittel dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr deutlich beschleunigen und durchschnittlich 0,4% pro Quartal betragen.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2025 wohl um 0,3% expandieren. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 wird die Prognose für das laufende Jahr um 0,1 Prozentpunkte angehoben, was insbesondere dem kräftigeren Jahresauftakt geschuldet ist. Als Folge der Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung wird die Prognose für das Jahr 2026 von 0,8% auf 1,5% angehoben. Da im kommenden Jahr ein kräftiger Kalendereffekt zu Buche schlägt, entfallen 0,3 Prozentpunkte des Anstiegs der Wirtschaftsleistung auf die im Vergleich zum laufenden Jahr höhere Anzahl an Arbeitstagen (vgl. Tab. 2.8).²

Die Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung, deren expansiver Impuls in den Jahren 2025 und 2026 auf ins-

¹ Die Revision der Verlaufsrate i.H.v. 0,2 Prozentpunkten fällt dabei zwar überdurchschnittlich aus, liegt aber im Schwankungsbereich der vergangenen Revisionen. Seit der Einführung der Schnellschätzung des Bruttoinlandsprodukts 30 Tage nach Ende des Berichtsquartals im zweiten Quartal 2020 beträgt die mittlere, absolute Revision der Verlaufsrate zwischen Schnellschätzung und ausführlichen Ergebnissen (t+55) 0,1 Prozentpunkte. Die Standardabweichung dieser Revisionen beträgt ebenfalls 0,1 Prozentpunkte.

² Aufgrund der Lage der datumsgebundenen Feiertage gibt es im kommenden Jahr im Schnitt über alle Bundesländer 2,4 Arbeitstage mehr als in diesem Jahr.

Tab. 2.8

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|--|------|------|------|------|
| Statistischer Überhang ^a | -0,1 | -0,2 | -0,2 | 0,2 |
| Jahresverlaufsrate ^b | -0,2 | -0,2 | 0,8 | 1,7 |
| Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt | -0,1 | -0,2 | 0,4 | 1,2 |
| Kalendereffekt ^c | -0,2 | 0,0 | -0,1 | 0,3 |
| Jahresdurchschnittliche Veränderung | -0,3 | -0,2 | 0,3 | 1,5 |

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. ^b Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. ^c In % des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

Zu den Wirkungen der Fiskalmaßnahmen

Die neue Bundesregierung hat erhebliche Fiskalmaßnahmen angekündigt, die in den Jahren 2025 und 2026 rund 1,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (67 Mrd. Euro) entsprechen. Dieser fiskalische Impuls dürfte sowohl Mengen- als auch erhebliche Preiseffekte auslösen, da einige Wirtschaftsbereiche derzeit bereits recht stark ausgelastet sind und Kapazitätsausweitungen zumindest kurzfristig wohl nicht ohne Weiteres möglich sein werden. In der vorliegenden ifo Konjunkturprognose werden sowohl zusätzliche Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung im Rahmen der neuen Finanzverfassung als auch Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag berücksichtigt.

Da noch keine konkreten Maßnahmen im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und der Ausnahmeregelung für bestimmte Verteidigungsausgaben vorliegen, wurde ein Pfad für den Mittelabfluss unterstellt, der die öffentlichen Bruttoinvestitionen in Bauten, Ausrüstungen und sonstige Anlagen, die geleisteten staatlichen Vermögenstransfers sowie Teile des Staatskonsums erhöht. Im Jahr 2025 werden nur geringe Impulse in Höhe von insgesamt 3 Mrd. Euro angenommen, wovon der größte Teil auf die Vermögenstransfers entfällt. Im Jahr 2026 werden Mehrausgaben von insgesamt 33 Mrd. Euro angenommen, wovon 13 Mrd. Euro auf konsumtive Ausgaben, 11,5 Mrd. Euro auf Bruttoinvestitionen und 8,5 Mrd. Euro auf Vermögenstransfers entfallen.

Zusätzlich zur neuen Finanzverfassung finden sich im Koalitionsvertrag der neuen Regierung konkretere Maßnahmen wieder, die zu zusätzlichen Mehr-

ausgaben und Mindereinnahmen führen werden. Die fiskalisch relevantesten Maßnahmen sind dabei die Fortführung und Weiterentwicklung der degressiven Abschreibungen, die Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte sowie die Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie. Darüber hinaus finden sich im Koalitionsvertrag auch steuerliche Maßnahmen wieder, die Anreize zur Ausweitung des Arbeitsangebots bieten sollen. Insgesamt wird durch die Maßnahmen im Koalitionsvertrag ein Impuls von gut 7 Mrd. Euro im laufenden Jahr und knapp 24 Mrd. Euro im nächsten Jahr unterstellt.

Nach der Festlegung des fiskalischen Impulses wird seine Wirkung auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts abgeschätzt. So dürften bspw. von den Mitteln, die unmittelbar den Staatskonsum erhöhen, größtenteils die Öffentlichen Dienstleister profitieren. Investitionen der öffentlichen Hand in Infrastruktur erhöhen die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe; Rüstungsausgaben schlagen im Verarbeitenden Gewerbe zu Buche. Andere Mittel aus dem Koalitionsvertrag wie bspw. die Steuerfreiheit für Überstunden und die Aktivrente erhöhen das verfügbare Einkommen, was sich voraussichtlich wertschöpfungssteigernd bei den konsumnahen Dienstleistern und im Handel auswirken wird.

Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von Fiskalmaßnahmen werden anhand sogenannter Fiskalmultiplikatoren gemessen. Ein Fiskalmultiplikator größer (kleiner) als eins impliziert, dass ein fiskalischer Impuls in Form einer Erhöhung der Staatsausgaben

oder Senkung der Abgabenbelastung um einen Euro zu einem realwirtschaftlichen Anstieg von mehr (weniger) als einem Euro führt. Ochsner und Zuber (2025) haben für eine Reihe an Ausgaben- und Abgabekategorien Fiskalmultiplikatoren im zeitlichen Verlauf simuliert, die als Orientierung für die ifo Sommerprognose 2025 dienen. Insbesondere die Multiplikatoren im ersten Jahr nach der Verabschiedung der Fiskalmaßnahmen – in unserem Falle das Jahr 2026 – sind für unsere Ableitung relevant.

Insgesamt wurden eher konservative Multiplikatoren unterstellt, wie es auch das vom ifo Institut verwendete DSGE-Modell nahelegt. Eine Auflistung der zeitlichen Fiskalmultiplikatoren des ifo DSGE-Modells findet sich in Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020, S. 86). Einerseits soll damit wirtschaftsbereichsspezifischen Charakteristika Rechnung getragen werden (z.B. hohe Importquoten). Andererseits sind die Kapazitäten in einigen Bereichen recht stark ausgelastet, was eher für steigende Preise als steigende Produktionsmengen spricht. Darüber hinaus unterliegen die Ausgabenkategorien – nach Ochsner und Zuber (2025) – an sich bereits unterschiedlichen Fiskalmultiplikatoren.

Die reale Bruttowertschöpfung der Öffentlichen Dienstleister, Erziehung und Gesundheit wird im Vergleich zur ifo Frühjahrsprognose 2025 (Wollmershäuser et al. 2025) um rund 4 Mrd. Euro angehoben, was ausgehend von einem Fiskalimpuls in Höhe von 13 Mrd. Euro einem Multiplikator von 0,3 entspricht; der Medianmultiplikator von Ochsner und Zuber (2025) liegt bei 0,4. Gegeben der kräftigen Preisentwicklung in diesem Bereich seit Ende 2022 (kumuliert etwas mehr als 8% und damit so stark wie der Deflator des Bruttoinlandsprodukts) scheint diese Annahme durchaus gerechtfertigt zu sein.

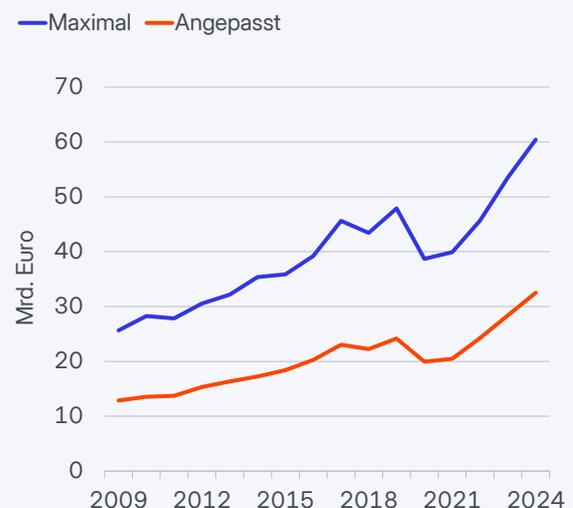
Für das Verarbeitende Gewerbe wird ein Anstieg der realen Bruttowertschöpfung um knapp 7,5 Mrd. Euro unterstellt. Davon ergeben sich in etwa 4 Mrd. Euro aus den Ausgaben für militärische Rüstungsgüter, für die ein fiskalischer Impuls von 6 Mrd. Euro unterstellt wird. Der damit einhergehende Multiplikator in Höhe von 0,7 legt nahe, dass die Ausweitung der staatlichen Rüstungsausgaben kurzfristig mit Preisanstiegen und einer Zunahme der Importe von Rüstungsgütern einhergeht. Dies scheint auch plausibel, besonders wenn man sich die bestehenden Kapazitäten in der Rüstungsindustrie ansieht. Da offizielle Angaben zu den Umsätzen in der Rüstungsindustrie (auch aufgrund der statistischen Geheimhaltung)

nicht vorliegen, werden im Folgenden Schätzungen auf Basis der Kostenstrukturhebung durchgeführt. Ein Teil der gesamten Rüstungsindustrie entfällt auf den Bereich „Herstellung von Waffen und Munition“ (WZ08-254), andere Teile werden im Bereich „Sons-tiger Fahrzeugbau“ (WZ08-30) zusammengefasst. Innerhalb des Fahrzeugbaus werden die folgenden fünf Gruppen unterschieden: Schiff- und Bootsbau (WZ08-301), Schienenfahrzeugbau (WZ08-302), Luft- und Raumfahrzeugbau (WZ08-303), Herstellung von militärischen Kampffahrzeugen (WZ08-304) und Herstellung von Fahrzeugen a.n.g. (WZ08-309). Die maximale Größe der Rüstungsindustrie ergibt sich aus der Summe der Bereiche WZ08-254, WZ08-301, WZ08-303 und WZ08-304 und damit unter der Annahme, dass die Bereiche innerhalb des Fahrzeugbaus ausschließlich Güter für die Rüstungsindustrie fertigen. Dies scheint vor allem im Schiff- und Luftfahrzeugbau nicht realistisch, soll aber die maximale Spannweite verdeutlichen. Wird daher angenommen, dass nur 20% der Umsätze aus dem Schiff- und Bootsbau sowie 50% der Umsätze aus dem Luft- und Raumfahrzeugbau aus militärischer Nutzung stammen und dass die beiden anderen Bereiche vollumfänglich der Rüstungsindustrie zugeordnet werden können, ergibt sich eine realistischere Abschätzung. Im Jahr 2022 betragen die Umsätze des Maximalaggregats 45,7 Mrd. Euro und die Um-

Abb. 2.6

Umsätze der Rüstungsindustrie^a

Unterschiedliche Anrechnung auf militärische Bereiche



^a Fortschreibung für die Jahre 2023 und 2024 mittels der Umsätze der Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Fortschreibung des ifo Instituts.

© ifo Institut

sätze für das angepasste Aggregat 24,3 Mrd. Euro (vgl. Abb. 2.6). Eine Fortschreibung dieser Umsätze mittels der Angaben aus dem Monatsbericht für Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe zeigt einen Jahresumsatz 2024 für das Maximalaggregat von 60,4 Mrd. Euro bzw. 32,5 Mrd. Euro für das angepasste Aggregat. Der reale Impuls von 4 Mrd. Euro in Relation zu diesen Umsätzen beträgt knapp 7% (maximal) oder mehr als 12% (angepasst) und dürfte noch größer ausfallen, wenn die Umsätze preisbereinigt dargestellt werden könnten. Daher scheint eine konservative Setzung dieses Impulses vertretbar. Darüber hinaus tragen die Vermögenstransfers des Staates zum realen Anstieg der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe um etwa 2 Mrd. Euro bei, die private Investitionen initiieren, aber auch zu einem gewissen Grad zu *Crowding Out* führen. Eine weitere Milliarde dürfte durch die veränderten Abschreibungsregeln anfallen; der Rest entfällt auf die E-Auto-Prämie. Unter Maßgabe dieser realen Impulse dürfte das Verarbeitende Gewerbe seinen rückläufigen Trend nicht weiter fortsetzen und sich im kommenden Jahr zögerlich erholen.

Für das Baugewerbe wird ein realer Anstieg von 2,8 Mrd. Euro angenommen. Bei einem fiskalischen Impuls von etwa 7 Mrd. Euro (staatliche Bauinvestitionen und Vermögenstransfers) entspricht dies in etwa einem Multiplikator von 0,4, was jedoch deutlich von der Schätzung von Ochsner und Zuber (2025) in Höhe von 1,5 abweicht. Der Hauptgrund hierfür sind die Kapazitätsbeschränkungen insbesondere im Tiefbau, so dass sich kurzfristig ein Gutteil des fiskalischen Impulses in steigenden Preisen niederschlagen dürfte. Ausweislich des Statistischen Bundesamts ist der preisbereinigte Auftragsbestand im Tiefbau vom vierten Quartal 2022 bis zum ersten Quartal 2025 um mehr als 44% gestiegen (vgl. Abb. 2.7), was wohl auch die kräftigen Preisanstiege der vergangenen Jahre infolge der hohen Auslastung erklären dürfte. Gemessen an der vom ifo Institut erhobenen Geräteauslastung im Tiefbau lag diese im ersten Quartal 2025 weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt. Eine schnelle Ausweitung der Kapazitäten dürfte mit erheblichen Schwierigkeiten einhergehen. Der Tiefbau ist, gemessen am Verhältnis von Erwerbstätigkeit zu preisbereinigtem Kapitalstock, überdurchschnittlich beschäftigungsintensiv, jedoch sind Arbeitskräfte aktuell der limitierende Faktor für kräftigere Ausweitungen der Produktion. So zählen ausweislich der Engpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit insbesondere die Berufe im Tiefbau zu denjenigen, in denen der Fachkräfteengpass bereits heute besonders gravie-

rend ist. Unter Maßgabe der demografischen Entwicklung ist es höchst unwahrscheinlich, dass sich dieser Engpass recht schnell auflösen dürfte.

Die übrigen Dienstleister sowie der Handel und das Gastgewerbe profitieren in unterschiedlichem Ausmaß von den fiskalischen Maßnahmen. So dürfte die reale Bruttowertschöpfung im Bereich Information und Kommunikation um mehr als 1,6 Mrd. Euro über der Prognose vom Frühjahr liegen, was maßgeblich an der Ausweitung der Sonstigen Anlagen des Staates liegen dürfte. Die Steigerung der verfügbaren Einkommen, die sich aus der Steuerfreistellung von Überstunden, der Erhöhung der Pendlerpauschale und der Einführung der Aktiv- und Mütterrente ergeben, dürfte in Summe den Handel und andere konsumnahe Dienstleister stimulieren.

Alles in allem wird in der vorliegenden Prognose davon ausgegangen, dass die Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung von zusammengekommen 67 Mrd. Euro in diesem und im kommenden Jahr das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2026 um rund 25 Mrd. Euro anheben. Das entspricht einem gesamtwirtschaftlichen Multiplikator von knapp 0,4. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 fällt damit die kumulierte Zuwachsrates des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,8 Prozentpunkte höher aus, wobei mehr als 0,7 Prozent-

Abb. 2.7

Auftragsbestand im Tiefbau

Preis- und saisonbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt;
Saisonbereinigung durch das ifo Institut.

© ifo Institut

punkte dieses Effekts im kommenden Jahr zu Buche schlagen.

In nominaler Rechnung ist die Aufwärtsrevision des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2026 im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 mit rund

67 Mrd. Euro entsprechend größer. Hierin schlagen sich die Preissteigerungen bei der Inländischen Verwendung und hier vor allem bei den Bauinvestitionen und den privaten Konsumausgaben nieder, die durch die Fiskalmaßnahmen ausgelöst werden.

gesamt 67 Mrd. Euro geschätzt wird, erhöhen das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2026 um rund 25 Mrd. Euro. In nominaler Rechnung fällt die Aufwärtsrevision des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2026 im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 mit rund 83 Mrd. Euro deutlich höher aus. Hierin schlagen sich die Preissteigerungen bei der inländischen Verwendung und hier vor allem bei den Bauinvestitionen und den privaten Konsumausgaben nieder, die durch die Fiskalmaßnahmen ausgelöst werden.

2.8 Vorzieheffekte statt Trendwende: Außenhandel weiterhin angeschlagen

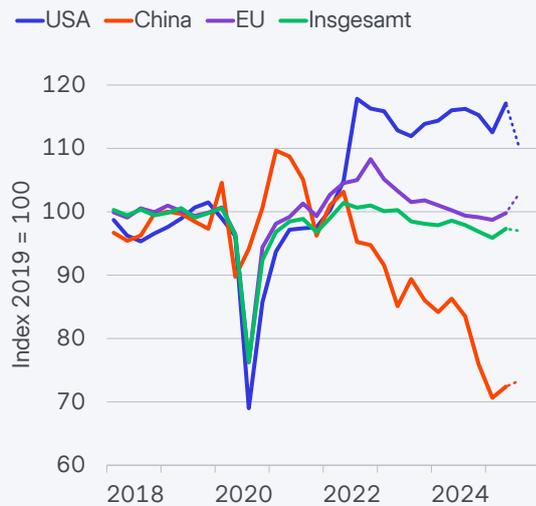
Der deutsche Außenhandel erlebte zu Jahresbeginn 2025 einen kräftigen Aufschwung. Im ersten Quartal 2025 stiegen die preis-, saison- und kalenderbereinigten Exporte

um 3,2% gegenüber dem Vorquartal. Der Zuwachs entfiel nahezu vollständig auf die Warenexporte (+3,9%), wobei langlebige Konsumgüter (vor allem Kraftfahrzeuge und -teile) um 4,0% und Investitionsgüter (Maschinen) um 2,4% zunahm. Die Dienstleistungsexporte erhöhten sich um 1,3%; hier lieferten insbesondere Transportdienstleistungen, die rund ein Viertel der gesamten Dienstleistungsausfuhren ausmachen, mit +1,6% einen wesentlichen Beitrag. Der kräftige Anstieg der Warenausfuhren war vor allem auf vorgezogene Verkäufe deutscher Exporteure an US-amerikanische Kunden zurückzuführen, die auf die erwartete Anhebung der US-Importzölle im April reagierten. Aber auch die überraschende Belebung der Industriekonjunktur im übrigen Euroraum leistete ihren Beitrag.

Die Höhe des Vorzieheffekts lässt sich mit Hilfe eines kontrafaktischen Szenarios quantifizieren, in dem unterstellt wird,

Abb. 2.8

Warenexporte^a nach Regionen
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Nominale Exporte deflationiert mit den Erzeugerpreisen des Verarbeitenden Gewerbes nach Regionen; gepunktete Linien zeigen nur unvollständige Quartale.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Eurostat. © ifo Institut

Abb. 2.9

Frühindikatoren für den Export
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.10

Exporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

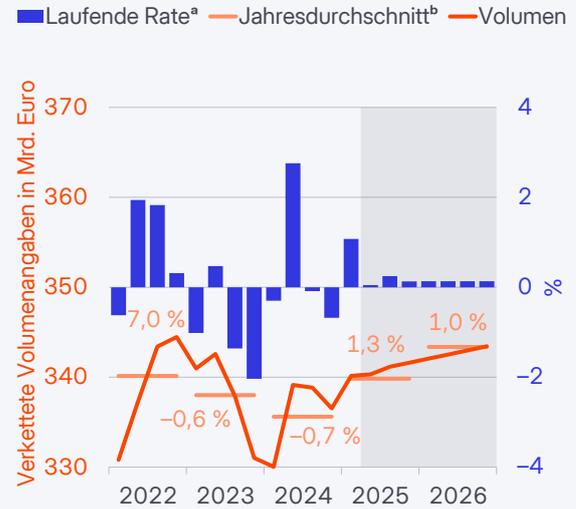


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.11

Importe

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

dass die Wareneinfuhren in die USA ohne antizipierte Zoll-erhöhungen ihrem Vorjahrestrend gefolgt wären. Während die realisierten Wareneinfuhren in die USA im ersten Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 4,1% zulegten (vgl. Abb. 2.8), wäre unter dem kontrafaktischen Verlauf ein Rückgang um 0,4% zu erwarten gewesen. Der daraus resultierende Vorzieheffekt beläuft sich auf 4,5%. Bei einem US-Anteil von rund 10% an den deutschen Warenexporten entsprach dies einem Beitrag von gut 0,45 Prozentpunkten zum Anstieg der gesamten Warenexporte von 3,9% im ersten Quartal.

Für das laufende Quartal wird ein Rückgang der Warenexporte um 0,5% gegenüber dem Vorquartal erwartet. Die ifo Exporterwartungen für das Verarbeitende Gewerbe sowie die Auslandsaufträge der Industrieunternehmen deuten zwar auf eine Stabilisierung hin (vgl. Abb. 2.9). Allerdings dürften die vorgezogenen Exporte in die USA mangels Anschlussbestellungen im zweiten Quartal wegfallen. Dies legen bereits die monatlichen Wareneinfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels in die Vereinigten Staaten für April nahe, die preis-, saison- und kalenderbereinigt um mehr als 10% eingebrochen sind (vgl. Abb. 2.8). Insgesamt schrumpften die Warenexporte im April um 1,3%. Die bis Anfang Juli ausgesetzte

Einführung zusätzlicher US-Zölle von 50% auf Importe aus der EU wirkt zwar stützend, wird den Rückgang aber voraussichtlich nur dämpfen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich das Exportgeschäft nur verhalten entwickeln. Der anhaltende Strukturwandel in der deutschen Industrie, der Verlust an technologischer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber chinesischen Anbietern – insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie in den energieintensiven Branchen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024, Kasten 2.2) – und eine unberechenbare US-Handelspolitik belasten das Warenexportwachstum. Demgegenüber sollte von den Dienstleistungsexporten – insbesondere in den Segmenten Transport, Digitalisierung und Reiseverkehr – etwas mehr Dynamik ausgehen. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Ausfuhr in diesem Jahr um 0,5% zurückgehen und im kommenden Jahr wieder um 0,8% steigen (vgl. Abb. 2.10).

Die Importe nahmen im ersten Quartal 2025 um 1,1% im Vergleich zum Vorquartal zu. Getragen wurde das Plus allein von den Warenimporten (+1,6%). Kurz- und langlebige Konsumgüter (jeweils +7%) sowie Vorleistungs- und Investitionsgüter (jeweils +6%) wurden deutlich stärker nachgefragt. Demgegenüber stagnierten die Dienstleistungsimporte; nominal verzeichneten Fertigungs- und

Tab. 2.9

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
in Prozentpunkten

| | Wachstumsbeiträge | | | | Importbereinigte Wachstumsbeiträge ^a | | | |
|---|-------------------|-------------|-------------|-------------|---|-------------|------------|------------|
| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
| Konsumausgaben | -0,2 | 0,8 | 0,8 | 0,8 | -0,1 | 0,7 | 0,6 | 0,7 |
| Private Konsumausgaben | -0,2 | 0,1 | 0,5 | 0,4 | -0,1 | 0,1 | 0,3 | 0,3 |
| Konsumausgaben des Staates | 0,0 | 0,7 | 0,4 | 0,4 | 0,0 | 0,6 | 0,3 | 0,4 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -0,3 | -0,6 | 0,1 | 0,6 | -0,2 | -0,4 | 0,0 | 0,4 |
| Bauten | -0,4 | -0,4 | 0,1 | 0,3 | | | | |
| Ausrüstungen | -0,1 | -0,4 | -0,1 | 0,2 | | | | |
| Sonstige Anlagen | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | | | | |
| Vorratsveränderungen | 0,1 | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,1 | 0,0 | -0,1 | 0,1 |
| Letzte inländische Verwendung | -0,4 | 0,3 | 0,9 | 1,5 | -0,2 | 0,3 | 0,6 | 1,2 |
| Außenbeitrag | 0,1 | -0,5 | -0,7 | -0,1 | | | | |
| Exporte | -0,1 | -0,8 | -0,2 | 0,3 | 0,0 | -0,5 | -0,3 | 0,3 |
| Importe | 0,3 | 0,3 | -0,5 | -0,4 | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt^b | -0,3 | -0,2 | 0,3 | 1,5 | -0,3 | -0,2 | 0,3 | 1,5 |

^a Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. ^b Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

Reisedienstleistungen Rückgänge von jeweils knapp 8%. Im April legten die preis-, saison- und kalenderbereinigten Wareneinfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels noch einmal kräftig mit 5,0% im Vergleich zum Vormonat zu. Für das zweite Quartal wird angesichts einer wieder etwas schwächeren Industriekonjunktur allerdings mit einer Stagnation der Importe gerechnet. Im weiteren Verlauf werden die Warenimporte einerseits wegen der angeschlagenen inländischen Industriekonjunktur und der neuen Handelspolitik der USA gedämpft. Andererseits werden die Einfuhren durch die allmähliche Erholung der Konsum- und Investitionsgüternachfrage, auch als Folge des Fiskalmaßnahmen, stimuliert. Insgesamt wird die preisbereinigte Einfuhr in diesem Jahr wohl um 1,3% sowie im nächsten Jahr um 1,0% zunehmen (vgl. Abb. 2.11).

Der Außenbeitrag, d. h. der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, dürfte im laufenden Jahr rechnerisch bei -0,7 Prozentpunkten liegen (vgl. Tab. 2.9) und im Jahr 2026 auf -0,1 Prozentpunkte steigen. Die vollständige Saldierung der Exporte mit den Importen ist allerdings ökonomisch wenig aussagekräftig, da dabei angenommen wird, dass alle Importe vollständig auf die Exporte entfallen. Allerdings fließen Importe auch in alle anderen Verwendungskomponenten. Um daher eine realistischere Einschätzung des Einflusses der Exporte auf die

Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu erhalten, werden die Ausfuhren und alle übrigen Verwendungskomponenten separat importbereinigt und im Anschluss die Wachstumsbeiträge berechnet³. Unter Berücksichtigung importbereinigter Wachstumsbeiträge der Exporte wird das Auslandsgeschäft in diesem Jahr voraussichtlich mit -0,3 Prozentpunkten negativ und im kommenden Jahr mit 0,3 Prozentpunkten positiv zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Die Terms of Trade lagen im ersten Quartal 2025 um 0,7% unter dem Vorquartalswert, da insbesondere die Warenimportpreise kräftig anzogen. Auf Basis der Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen dieser Prognose dürften Export- und Importpreise im weiteren Verlauf beider Jahre tendenziell sinken und gegen Ende 2026 ihren langjährigen Durchschnittswert erreichen. Insgesamt ist für dieses Jahr mit einer Verschlechterung der Terms of Trade um 1,0% und für das kommende Jahr um 0,7% zu rechnen.

Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz dürfte von 236 Mrd. Euro im laufenden Jahr auf 227 Mrd. Euro im Jahr

³ Hierfür werden zunächst die jährlichen Importanteile der Verwendungskomponenten mit Hilfe der Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamts berechnet. Im Anschluss wird jede Verwendungskomponente jeweils um ihren eigenen Importanteil bereinigt, bevor Zuwachsraten sowie Wachstumsbeiträge abgeleitet werden (Lehmann und Wollmershäuser 2018).

2026 zurückgehen. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt sinkt der Saldo damit von 5,3% auf 4,9% (vgl. Tab. 2.2).

2.9 Forschungs- und Entwicklungsausgaben treiben Unternehmensinvestitionen

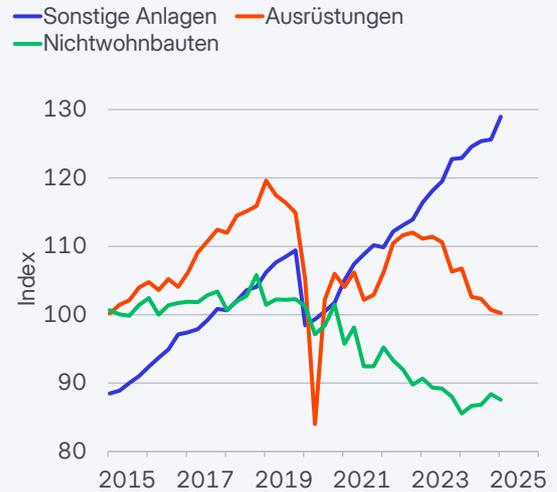
Die Unternehmensinvestitionen bewegten sich im Winterhalbjahr weitgehend seitwärts. Auf einen leichten Rückgang im Schlussquartal des Vorjahres (–0,3%) folgte zum Jahresbeginn ein nur geringfügiger Anstieg um 0,4%. Zur insgesamt verhaltenen Dynamik trugen vor allem die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungen bei, die bereits im Sommerhalbjahr spürbar nachließen und auch über das Winterhalbjahr weiter abnahmen (–1,6% bzw. –0,5%). Das Niveau der privaten Ausrüstungsinvestitionen ist damit (abgesehen vom Einbruch während der Corona-Pandemie im Jahr 2020) so niedrig wie zuletzt im Jahr 2015. Gedämpft wurde die Investitionstätigkeit durch eine anhaltend schwache Nachfrage nach Investitionsgütern sowie eine weiterhin hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit, die sich zuletzt durch handelspolitische Ungewissheiten im Zuge des Regierungswechsels in den USA sowie durch innenpolitische Unsicherheiten rund um die Bundestagswahl nochmals verschärfte. In diesem Umfeld sahen viele Unternehmen von größeren Investitionsvorhaben ab. Hinweise darauf liefern zum einen die Auftragseingänge im Investitionsgüterbereich, die im ersten Quartal um 7,7% unter dem Vorquartalswert lagen – vor allem wegen des Ausbleibens von Großaufträgen. Zum anderen stagnieren die Umsätze der Investitionsgüterhersteller bereits seit zwei Jahren.

Die gewerblichen Bauinvestitionen entwickelten sich im Winterhalbjahr erneut volatil. Auf einen kräftigen Anstieg im vierten Quartal 2024 (+1,7%) folgte zum Jahresbeginn ein Rückgang um 0,9% – trotz insgesamt günstiger Witterungsbedingungen. Dahinter steht eine weiterhin gegenläufige Entwicklung im Hoch- und Tiefbau. Während die Auftragsbestände im Tiefbau im ersten Quartal, wohl vor allem aufgrund von Großprojekten zum Ausbau von Kabeltrassen und Glasfasernetzen, erneut deutlich zunahmen (+25,0%), blieben die Auftragseingänge im Hochbau schwach. Vor dem Hintergrund des eingetrübten Investitionsklimas fehlen weiterhin Anreize für den Aus- und Neubau von Produktionsstätten. Dementsprechend war die Bauproduktion im Hochbau zu Jahresbeginn deutlich rückläufig (–2,6%), während sie im Tiefbau um 0,9% zulegen konnte.

Insgesamt bremsend auf die Sachinvestitionen wirkt der Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe, durch den sich der Investitionsbedarf vieler Unternehmen grundlegend verändert hat (Lehmann et al. 2025). An die Stelle der

Abb. 2.12

Unternehmensinvestitionen nach Anlagegütern Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© ifo Institut

inländischen Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern treten zunehmend deren Entwicklung und digitale Umsetzung. Am deutlichsten zeigt sich diese Verschiebung in den sonstigen Anlageinvestitionen, also den Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie Software und Datenbanken, die seit Jahren ununterbrochen expandieren (vgl. Abb. 2.12). Dieser Trend setzte sich auch zu Jahresbeginn fort: Im ersten Quartal 2025 legten die sonstigen Anlageinvestitionen mit 2,7% deutlich zu.

Trotz der weiterhin hohen wirtschaftspolitischen Unsicherheit in Deutschland (vgl. Abb. 2.1 E.) mehren sich für das laufende Quartal die positiven Signale. So ist die Produktion von Investitionsgütern seit Jahresbeginn aufwärtsgerichtet und stieg im März deutlich um 4,9%. Da die Unternehmen laut ifo Konjunkturumfragen im April ihre Produktion gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert einschätzten (–0,3 Saldenpunkte), ist im laufenden Quartal wohl nicht mit einem kräftigen Rückprall zu rechnen. Dafür spricht auch der positive Saldo der kurzfristigen Produktionserwartungen im Mai (+2,7 Saldenpunkte). Außerdem hat sich die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt leicht erhöht. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen sind die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller im ersten Quartal des Jahres nur marginal zurückgegangen (–0,4%). Im April legten die Großaufträge zu, wodurch die Auftragseingänge insgesamt um 10,2% stiegen. Ohne Großaufträge betrug der Zuwachs 2,2%. Parallel dazu hellte sich die Ge-

schäftslage der Investitionsgüterproduzenten im Mai leicht auf, wenngleich der Pessimismus weiterhin überwiegt. Auch die ifo Geschäftsunsicherheit ist im Mai, möglicherweise im Zusammenhang mit dem Beschluss des Koalitionsvertrages, leicht zurückgegangen. Einen zusätzlichen Impuls deuten die gewerblichen Kfz-Neuzulassungen an, die im Mai 4,9% über dem Durchschnitt des Vorquartals lagen. Im zweiten Quartal dürften die privaten Ausrüstungsinvestitionen daher um 0,5% expandieren.

Auch für die gewerblichen Bauinvestitionen deuten die Konjunkturindikatoren für das laufende Quartal eine leichte Belebung an. Wohl auch aufgrund der starken Auftragseingänge bewerteten die Tiefbauunternehmen ihre Geschäftslage sowohl im April wie auch im Mai positiv (5,5 bzw. 7,0 Saldenpunkte). Im Wirtschaftshochbau bleibt die Geschäftslage aus Sicht der Unternehmen angespannt. Im Mai lag der Saldo zwar weiterhin im negativen Bereich (-19,5 Punkte), erreichte damit jedoch den besten Wert seit August 2023. Somit wird für das laufende Quartal mit einem moderaten Anstieg der gewerblichen Bauinvestitionen um 0,2% gerechnet. Für die Investitionen in sonstige Anlagen liegen keine monatlichen oder vierteljährlichen Indikatoren vor. Aufgrund ihrer bis zuletzt starke Entwicklung und der expandierenden Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal wird allerdings davon ausgegangen, dass sie ihren Aufwärtstrend auch im laufenden Quartal fortsetzen (0,3%). Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen im zweiten Quartal somit um 0,4% ausgeweitet werden.

Für das Jahr 2025 insgesamt bieten sich die ifo Investitionserwartungen für Forschungs- und Entwicklung als In-

dikator für die Entwicklung der sonstigen Anlagen an. Noch im vergangenen Winter legten diese nahe, dass sich das Wachstum dieser Komponente der Unternehmensinvestitionen nicht fortsetzen würde. Im März ist der Anteil an Unternehmen, der im laufenden Jahr weniger in Forschung und Entwicklung investieren möchte, jedoch deutlich zurückgegangen (-8,6 Saldenpunkte nach -16,0 Saldenpunkten im November, vgl. Box „Zur den Investitionserwartungen der Unternehmen für das Jahr 2025“). Auch die Erwartungen für Software- und Datenbankinvestitionen wurden deutlich nach oben revidiert – von 4,3 auf 15,6 Punkte. Da diese Korrekturen im forschungs- und investitionsstarken Verarbeitenden Gewerbe noch deutlicher ausfielen, dürften die unternehmerischen Investitionen in sonstige Anlagen dementsprechend sowohl im laufenden (4,2%) wie auch im kommenden Jahr (3,6%) erneut deutlich ausgeweitet werden (vgl. Tab. 2.10).

Die ifo Investitionserwartungen deuten für das laufende Jahr auf eine leichte Erholung der Unternehmensinvestitionen hin. Insgesamt stieg der Saldo von -6,6 Punkten im November auf +2,4 Punkte im März. Im weiteren Verlauf werden die Unternehmensinvestitionen somit wohl aufwärtsgerichtet bleiben. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften die Entwicklung jedoch nach wie vor bremsen: Weiterhin berichtet jedes dritte Unternehmen von Auftragsmangel, der Anteil ist aber seit nunmehr zwei Quartalen rückläufig und dürfte im Prognoseverlauf, wenn auch langsam, weiter abnehmen. Dafür spricht, dass die Investitionsgüterhersteller ihre Auftragslage seit dem Schlussquartal des vergangenen Jahres immer besser einschätzen. So hat die Auftragsreichweite laut ifo Konjunkturumfragen zum ersten Mal seit einem Jahr wieder zugenommen und liegt im laufenden Quartal bei 5,2 Mona-

Tab. 2.10

Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

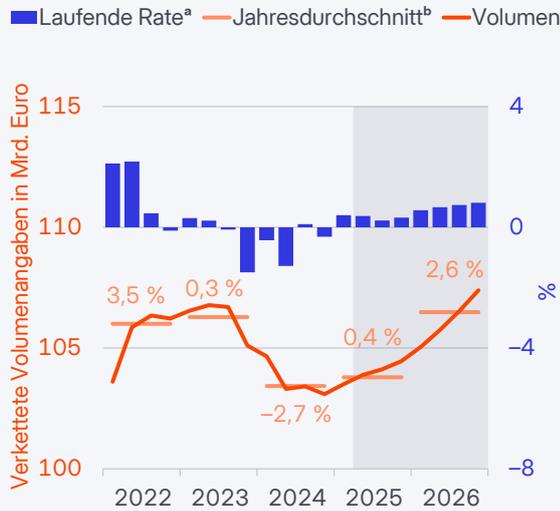
| | Anteile in % ^a | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|----------------------------------|---------------------------|-------------|-------------|------------|------------|
| Unternehmensinvestitionen | 58,2 | 0,3 | -2,7 | 0,4 | 2,6 |
| Ausrüstungen | 28,7 | -0,9 | -6,5 | -2,2 | 2,0 |
| Nichtwohnbauten | 11,1 | -4,1 | -2,9 | 0,9 | 3,3 |
| Sonstige Anlagen | 18,6 | 6,2 | 4,6 | 4,2 | 3,1 |
| Öffentliche Investitionen | 13,5 | 0,2 | 3,4 | 2,0 | 5,8 |
| Ausrüstungen | 3,1 | -0,4 | 6,1 | 9,2 | 16,9 |
| Nichtwohnbauten | 7,4 | 0,8 | 3,9 | 0,1 | 1,4 |
| Sonstige Anlagen | 3,0 | -2,7 | 0,1 | 0,7 | 5,6 |
| Wohnbauinvestitionen | 28,3 | -4,1 | -5,0 | 0,4 | 2,2 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 100 | -1,2 | -2,7 | 0,6 | 2,9 |

^a Bezogen auf das Jahr 2024.

Abb. 2.13

Unternehmensinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

ten. Parallel dazu haben sich die Geschäftserwartungen seit Jahresbeginn deutlich verbessert und verzeichneten nach einem kurzfristigen Rücksetzer -20,4 Saldenpunkte im Mai. Damit liegen sie allerdings weiterhin deutlich im negativen Bereich. Mit Blick auf die Handelspolitik der US-Regierung dürfte außerdem die wirtschaftspolitische Unsicherheit zunächst deutlich erhöht bleiben.

Für den weiteren Jahresverlauf ist daher zunächst mit einer Stagnation der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen, aufgrund des schwachen Jahresauftakts dürften sie im Jahr 2025 um 2,2% zurückgehen. Im Jahr 2026 dürften die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge im Zuge der konjunkturellen Erholung erstmals seit vier Jahren wieder ausgeweitet werden (2,0%, vgl. Tab. 2.10). Unterstützt wird diese Entwicklung durch den Anfang Juni vom Bundeskabinett beschlossenen Wachstumsbooster, der eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, eine erweiterte Sonderabschreibung für E-Fahrzeuge bis in das Jahr 2027, eine schrittweise Absenkung der Körperschaftsteuer ab dem Jahr 2028 sowie eine Ausweitung der Forschungsförderung umfasst. Diese Maßnahmen dürften die Planungssicherheit der Unternehmen erhöhen und somit Investitionsimpulse setzen (Menkhoff und Peichl 2025). Zudem dürften die anhaltend hohen Forschungs- und Ent-

wicklungsausgaben im Verarbeitenden Gewerbe Impulse für Prozessmodernisierung und neue Wertschöpfungsketten setzen – und so zusätzlichen Investitionsbedarf erzeugen. Schließlich dürften, gestützt durch Impulse aus dem Sondervermögen Infrastruktur, auch die Bauinvestitionen der Unternehmen weiter zunehmen. Die Geschäftserwartungen im Wirtschaftsbau verzeichneten im Mai sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau ihren besten Wert seit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 (-18,6 bzw. -33,3 Saldenpunkte). Perspektivisch dürften die Kapazitäten im Tiefbau allerdings zunehmend knapper werden und eine gewisse preisliche Verdrängung vom Wirtschaftsbau hin zum öffentlichen Bau stattfinden. Insgesamt werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2025 somit mit 0,4% leicht ausgeweitet werden, bevor sie im Jahr 2026 mit 2,6% deutlich expandieren (vgl. Abb. 2.13).

2.10 Wohnbauinvestitionen zeigen Erholungstendenzen

Zu Jahresbeginn entwickelte sich die Bauwirtschaft insgesamt positiv. Auch die Wohnbauinvestitionen, die bereits im Schlussquartal des Vorjahres leicht gestiegen waren (+0,5%), erhöhten sich im ersten Quartal um 0,9%. Getragen wurde die positive Entwicklung maßgeblich vom für den Wohnungsbau wichtigen Ausbaugewerbe, dessen Produktion im ersten Quartal um 1,3% zulegte. Obwohl witterungsbedingte Einschränkungen weitgehend ausblieben, ging die Bauproduktion im Hochbau im ersten Quartal dagegen um 2,6% zurück.

Die Geschäftslage im Wohnungsbau bleibt zwar negativ (-33,4 Saldenpunkte im Mai), hat sich aber seit Februar spürbar verbessert und erreichte zuletzt den besten Stand seit Juni 2023 (vgl. Abb. 2.15). Auch wenn weiterhin über Auftragsmangel berichtet wird – im Mai lag der Anteil der betroffenen Unternehmen bei 52,1% – mehrten sich für das laufende Quartal die Anzeichen für eine weitere Ausweitung der Wohnbauinvestitionen. So stieg die Produktion im Ausbaugewerbe im April um 2,9%. Außerdem fiel die Stornierungsquote im Mai auf 8,6% und damit deutlich unter die Höchstwerte von über 20% zum Jahresende 2023. Auch die Auftragseingänge legten im ersten Quartal zum vierten Mal in Folge zu (+5,1%). Die durchschnittliche Auftragsreichweite der Wohnungsbauunternehmen hat sich somit zuletzt auf 3,5 Monaten stabilisiert und entspricht damit dem Niveau des Jahres 2016. Unter anderem diese Anzeichen einer Erholung der Nachfrage dürften zur Verbesserung der Produktionserwartungen beigetragen haben: Ihr Saldo stieg im Mai auf -23,8 Punkte, was dem höchsten Stand seit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 entspricht (vgl. Abb. 2.15). Da die Einschätzung der Produktionsaktivität nach einer deutlichen Verbesserung im April (-16,9 Saldenpunkte) im Mai mit -23,0 Saldenpunkten

Zu den Investitionserwartungen der Unternehmen für das Jahr 2025

Zweimal jährlich – im März und im November – befragt das ifo Institut Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungsbereich und im Handel zu ihren tatsächlichen und geplanten Ausrüstungsinvestitionen. Die Ergebnisse dienen nicht nur als wichtiger Frühindikator für das Investitionsklima, sondern fließen auch systematisch in die ifo Konjunkturprognosen ein. Eine ausführliche Beschreibung der Befragung und ihrer Verwendung im Prognosekontext findet sich in Wollmershäuser et al. (2022).

Die Investitionserwartungen der Unternehmen für das Jahr 2025 haben sich seit der jüngsten Erhebung deutlich verbessert. Abb. 2.14 zeigt die entsprechenden Saldenwerte für die Unternehmensinvestitionen insgesamt sowie getrennt nach ihren drei Komponenten Ausrüstungsinvestitionen, gewerbliche Bauten und sonstige Anlagen. Während im November des vergangenen Jahres der Anteil der Unternehmen überwog, der mit einem Rückgang der Gesamtinvestitionen im Jahr 2025 rechnete (–6,6 Saldenpunkte)

Abb. 2.14

ifo Investitionserwartungen und ifo Prognose für das Jahr 2025



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; ifo Konjunkturprognosen.

liegt in der jüngsten Umfrage der Anteil an Unternehmen, die ihre Investitionen ausweiten wollen, leicht vorne (2,4 Saldenpunkte, vgl. Abb. 2.14 A.) Besonders deutlich war die Verbesserung bei den Erwartungen für sonstige Anlagen, deren Saldo von –16,0 auf –8,6 Punkte zulegen (vgl. Abb. 2.14 D.)¹ Ähnlich stark fiel auch die Korrektur bei den Ausrüstungsinvestitionen aus: Hier wurden die Erwartungen von –8,4 auf –1,4 Punkte nach oben revidiert (vgl. Abb. 2.14 B.) Im Wirtschaftsbau haben sich die Erwartungen hingegen mit –12 Punkten nach –11,2 Punkten im November leicht eingetrübt (vgl. Abb. 2.14 C.)²

Die Revisionen der unternehmerischen Investitionserwartungen führen in der Regel zu Anpassungen der vom ifo Institut prognostizierten Jahresveränderungsraten der Unternehmensinvestitionen (Wollmershäuser et al. 2023). Entsprechend wurden in der vorliegenden Prognose die Raten für die privaten Ausrüstungsinvestitionen und sonstigen Anlagen und sowie für die Unternehmensinvestitionen insgesamt nach oben korrigiert. Die aktuelle Revision der ifo Prognose fällt allerdings vorsichtiger aus, als es allein die Aufwärtsrevisionen der Erwartungen vermuten lassen. Das liegt vor allem an der aktualisierten Datenlage: So haben sich beispielsweise seit der Märzumfrage zentrale Frühindikatoren für die privaten Ausrüstungsinvestitionen – etwa die Umsätze der Investitionsgüterhersteller und die Auftragseingänge – nur verhalten entwickelt.

Zudem basieren die Investitionserwartungen auf Befragungsergebnissen, die bis zum 24. März erhoben

¹ Als Erwartungsindikator für die sonstigen Anlagen werden die Erwartungen für Investitionen in Forschung und Entwicklung herangezogen, die den Großteil der Investitionen in sonstige Anlagen ausmachen.

² Das positive Saldo für die Gesamtinvestitionen ergibt sich aus einer eigenen Frage und ist nicht als Aggregation der einzelnen Investitionsbereiche zu verstehen. Daher kann es, wie nun in der Märzumfrage, dazu kommen, dass die Bereiche einzeln überwiegend negativ eingeschätzt werden, während die Gesamtinvestitionen positiv bewertet werden.

wurden. Zu diesem Zeitpunkt waren zentrale wirtschaftspolitische Entwicklungen noch nicht absehbar. Einerseits waren die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene noch nicht abgeschlossen und viele investitionsrelevante Rahmenbedingungen dementsprechend unklar. Inzwischen sind politische Vorhaben konkreter, was das Investitionsklima eher gestärkt haben dürfte. Andererseits war bis zum Befragungsende weder das Ausmaß der pauschalen US-Zölle auf EU-Exporte noch das Inkrafttreten von US-Strafzölle auf Fahrzeuge und Fahrzeugteile bekannt. Die seither erratische Zollpolitik der US-Regierung und die damit einhergehende Unsicherheit dürfte Investitionen verzögern oder sogar verhindern. Diese gegensätzlichen Einflüsse auf das Investitionsumfeld sind in den Erwartungen vom März noch nicht enthalten.

Vor dem Hintergrund des im Koalitionsvertrag angekündigten Ausbaus der Energie- und Glasfasernetze wird in der vorliegenden Prognose für das Jahr 2025 trotz der gesunkenen Investitionserwartungen mit einer verhaltenen Belebung im Bereich der gewerblichen Bauinvestitionen gerechnet. Getragen werden diese Infrastrukturprojekte in der Regel von privaten Netzbetreibern, die unter regulatorischen Vorgaben und teils mit staatlicher Förderung investieren. Im Zuge der Energiewende entstehen dabei etwa neue Umspannwerke, Netzknoten oder Steuerungszentralen – Vorhaben, die erhebliche Mittel binden. Profitieren können davon allerdings nur wenige große Energieversorgungsunternehmen.

Für die große Mehrheit der Unternehmen, die in der ifo Umfrage erfasst werden, dienen Bauinvestitionen hingegen der Erweiterung oder Modernisierung ihrer Produktionsanlagen. Solche Vorhaben werden in wirtschaftlich unsicheren Zeiten häufig zurückgestellt – was sich im weiterhin negativen Erwartungssaldo für das laufende Jahr widerspiegelt.

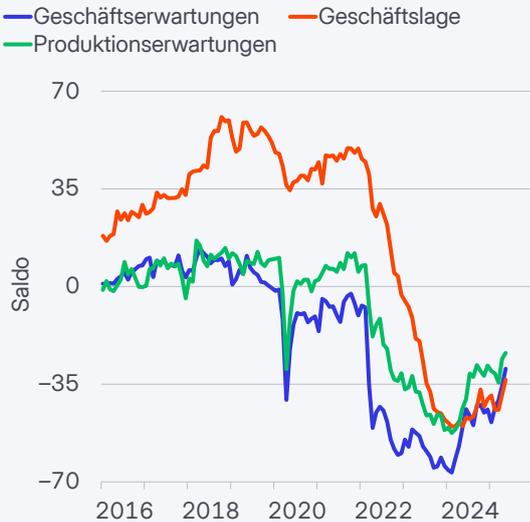
wieder abwärtsgerichtet war, ist für das laufende Quartal mit einer moderaten Ausweitung um 0,3% zu rechnen.

Die Preisdynamik im Wohnungsbau bleibt aufwärtsgerichtet und dürfte einer raschen Ausweitung der realen Wohnbauinvestitionen zunächst noch entgegenstehen. Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden stieg im ersten Quartal um 0,8%, der Deflator für Wohnungsbauinvestitionen legte nach einem Plus von 2,9% im vergangenen Jahr im ersten Quartal um 0,9% zu. Während die Materialpreise erneut

leicht nachgaben, verharrten die Arbeitskosten auf hohem Niveau und nahmen im Schlussquartal des vergangenen Jahres mit 3,9% erneut deutlich zu. Die zunächst nur langsam anziehende Nachfrage und die damit verbundene anhaltende geringe Kapazitätsauslastung sowie die zum Jahresende 2024 stagnierende Materialpreisentwicklung deuten allerdings zunächst auf eine sich weiter verlangsamende Preisdynamik hin. So waren die ifo Preiserwartungen für das Bauhauptgewerbe im Mai mit –1,8 Punkten erneut im negativen Bereich. Gegen Ende des Prognosezeitraums

Abb. 2.15

Stimmungsindikatoren im Wohnbau
Saisonbereinigter Verlauf



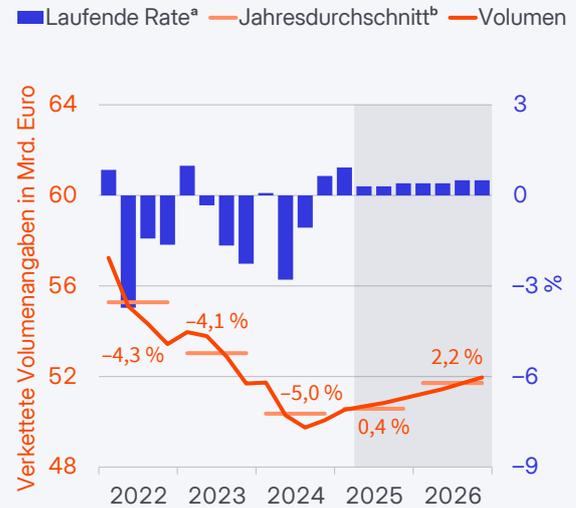
Quelle: ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

dürften sie jedoch wieder deutlicher anziehen. Ursächlich hierfür sind die aufgrund des Fachkräftemangels wohl weiter steigenden Arbeitskosten, die im Wohnungsbau rund 50% der gesamten Herstellungskosten ausmachen. Ebenso ist aufgrund des hohen Wohnungsbedarfs bei anziehender Nachfrage wieder mit höheren Gewinnmargen der Unternehmen zu rechnen. Gemessen am Deflator der Wohnbauinvestitionen wird für das laufende Jahr ein Preisanstieg von 2,7% erwartet, im kommenden Jahr dürften die Preise um 2,4% expandieren.

Neben den anhaltend hohen Baukosten könnte der zaghaften Nachfragebelebung im weiteren Prognoseverlauf das Finanzierungsumfeld entgegenwirken, welches sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden höheren Kreditaufnahme des Staates an den Kapitalmärkten zuletzt wieder verschlechtert hatte. Während der Effektivzinssatz für Wohnungsbaukredite von Juli 2024 (3,8%) bis zum Jahreswechsel (3,2%) kontinuierlich zurückgegangen war, lag er Ende Mai wieder bei 3,6%. Trotz dieses Anstiegs bleibt die Kreditnachfrage bislang robust: Das Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten nahm im ersten Quartal um 43,5% gegenüber dem Vorjahr zu. Auch bei den Baugenehmigungen ist im Vorjahresvergleich erstmals seit dem dritten Quartal 2021 wieder ein Anstieg zu verzeichnen (+3,2%). Dementsprechend verzeichneten die Geschäftserwartungen der Wohnbauunternehmen im Mai den höchsten Saldenwert seit der russischen Invasion in die Ukraine (vgl. Abb. 2.15).

Abb. 2.16

Wohnbauinvestitionen
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt;
Berechnungen des ifo Instituts;
ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Im weiteren Prognoseverlauf dürften sich die Finanzierungsbedingungen schrittweise entspannen. Zusammen mit einer stabileren Preisentwicklung, freien Kapazitäten der Wohnbauunternehmen und der insbesondere in urbanen Zentren anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum wird über den Prognoseverlauf mit einer anhaltenden Erholung der Wohnbauinvestitionen gerechnet. Insgesamt wird für das Jahr 2025 mit einer Ausweitung um 0,4% der erste Anstieg der Wohnbauinvestitionen seit dem Jahr 2020 erwartet. Im Jahr 2026 dürften die Investitionen in Wohnbauten mit 2,2% erneut expandieren (vgl. Abb. 2.16).

2.11 Starke Ausweitung öffentlicher Investitionen trifft auf knappe Kapazitäten

Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen konnten im Gegensatz zur Entwicklung der privaten Ausrüstungen über das Winterhalbjahr kräftig expandieren. Der Zuwachs war mit 17,2% im vierten Quartal 2024 und 9,8% im ersten Quartal 2025 außergewöhnlich stark. Dahinter dürfte vor allem die verstärkte militärische Beschaffung durch das Abrufen von Mitteln aus dem Verteidigungshaushalt sowie dem Sondervermögen Bundeswehr stehen. Im vergangenen Jahr wurde mit 97 vom Bundestag bewilligten Beschaffungs- und Entwicklungsvorhaben eine Rekordanzahl von

25-Millionen-Euro-Vorlagen erreicht.⁴ So wurden allein im Dezember 38 Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, unter anderem für den Bau von U-Booten sowie für Kleidung und persönliche Ausrüstung im Wert von 20 Mrd. Euro vom Bundestag gebilligt und entsprechende Verträge mit Auftragnehmern unterzeichnet. Der Großteil der Finanzierung dieser Projekte erfolgt aus dem Sondervermögen Bundeswehr, das damit nun weitgehend vertraglich gebunden ist (Bundesministerium der Verteidigung 2024a).⁵ Da viele Zahlungen erst mit dem Erreichen bestimmter Projektmeilensteine oder Lieferung ausgelöst werden, ist im laufenden und kommenden Jahr mit einem verstärkten Abfluss der gebundenen Mittel zu rechnen.

Auch die öffentlichen Bauinvestitionen stützten zuletzt die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit. Nach einem leichten Anstieg um 0,2% im vierten Quartal 2024 legten sie im ersten Quartal 2025 weiter um 1,2% zu. Besonders im öffentlichen Tiefbau, etwa im Bereich der Schieneninfrastruktur, sind die Auftragsbücher nach wie vor gut gefüllt. Im weiteren Prognoseverlauf dürfte der Abfluss von Mitteln aus dem Sondervermögen für Infrastrukturprojekte die Investitionen in diesem Bereich weiter ankurbeln. Im zweiten Quartal lag die durchschnittliche Kapazitätsauslastung im Tiefbau bei 72,8%. Im weiteren Prognoseverlauf dürfte das bislang beobachtete Maximum von 78% erreicht werden. Eine deutlichere Erweiterung dieser Kapazitäten ist jedoch nicht zu erwarten, da entsprechende Anpassungsprozesse erfahrungsgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen. Die erhöhte Nachfrage wird folglich vor allem zu einer stärkeren Preisdynamik führen, so dass die nominalen Zusatzinvestitionen des Staates weniger in tatsächliche Bautätigkeit als in steigenden Löhnen und Unternehmensgewinnen münden dürften.

Insgesamt dürften die gesamten Bruttoanlageinvestitionen, die die Unternehmensinvestitionen, die Wohnbauinvestitionen und die öffentlichen Investitionen zusammenfassen, im laufenden Jahr um 0,6% ausgeweitet werden. Für das kommende Jahr wird eine Expansion der Bruttoanlageinvestitionen um 2,9% erwartet (vgl. Tab. 2.10).

2.12 Privater Konsum setzt allmähliche Erholung fort

Der private Konsum ist seit nunmehr vier Quartalen aufwärtsgerichtet und beschleunigt sich in der Tendenz. Zu

Jahresbeginn lag der preisbereinigte Zuwachs bei 0,5% im Vergleich zum Vorquartal. Wesentlicher Treiber waren höhere Ausgaben für langlebige Konsumgüter. Aber auch der übrige Güterkonsum wurde von deutlichen Anstiegen insbesondere der Ausgaben für Verkehr sowie für Information und Kommunikation gestützt. Anhaltend starke Zuwächse verzeichnen zudem die Ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und andere Brennstoffe, während die Ausgaben für alkoholischen Getränke, Tabakwaren und Drogen zurückgingen. Auch die Nachfrage nach Dienstleistungen zog wieder stärker an. Auffallend kräftig entwickelten sich hier die Ausgaben für Gastronomie- und Beherbergungsdienstleistungen, während die Ausgaben für Gesundheit und für Freizeit, Sport und Kultur und Bildungsdienstleistungen stagnierten.

Der Einzelhandel konnte im ersten Quartal 2025 preisbereinigt ein Umsatzplus von 0,5% im Vergleich zum Vorquartal erzielen. Kräftige Zuwächse gab es bei den Verkäufen von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie von Motorenkraftstoffen an Tankstellen. Demgegenüber setzte sich der Abwärtstrend im Einzelhandel mit Informations- und Kommunikationstechnik sowie mit Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf fort. Das Gastgewerbe verbuchte erstmals seit einem Jahr wieder ein leichtes Umsatzplus von 0,2%.

Die Sparquote der privaten Haushalte ging zu Jahresbeginn unerwartet kräftig um 0,9 Prozentpunkte auf 10,4% zurück. Da die real verfügbaren Einkommen zu Jahresbeginn im Vergleich zum Vorquartal sanken (–0,6%), wurde somit die Ausweitung des Konsums über einen Abbau der Ersparnis finanziert. Vermutlich griffen die Arbeitnehmer vermehrt auf nicht verausgabte Einmalzahlungen aus dem Vorjahr zurück.

Die bessere Konsumlaune spiegelte sich in einer allmählichen Aufhellung des Konsumklimas wider. Und auch das Geschäftsklima im Einzelhandel festigte sich seit Jahresbeginn, insbesondere weil sich die Geschäftserwartungen zunehmend aufhellten. Dennoch gingen im April die Einzelhandelsumsätze preisbereinigt um 1,1% gegenüber dem Vormonat zurück und lagen somit um 0,5% niedriger als im Vorquartal. Hingegen nahmen die Kfz-Zulassungen für private Halter zu und lagen im Mai um 0,5% über dem Niveau des ersten Quartals.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Dynamik bei der Lohnentwicklung allmählich abschwächen. Da im laufenden Jahr erstmals keine Inflationsausgleichsprämien mehr gezahlt werden, wird der Anstieg der verfügbaren Einkommen mit lediglich 2,3% im Vergleich zum Vorjahr wohl niedriger ausfallen als im kommenden Jahr, in dem mit einem Anstieg von 3,1% gerechnet wird. Stützend

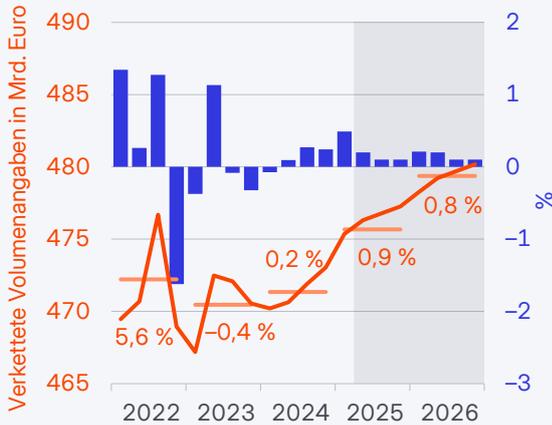
⁴ Alle Verteidigungsinvestitionen, die 25 Mio. Euro übersteigen, müssen vom Haushaltsausschuss des Bundestags genehmigt werden. Der bisherige Höchststand sogenannter 25-Millionen-Euro-Vorhaben lag bei 55 gebilligten Vorlagen im Jahr 2023.

⁵ Im Rüstungsbericht des Bundesministeriums für Verteidigung aus dem Juli 2024 wurde der Bindungsstand des Sondervermögens am Stichtag des 30. April 2024 bereits mit 86,6 Mrd. Euro angegeben (Bundesministerium der Verteidigung 2024b).

Abb. 2.17

Konsumausgaben der privaten Haushalte^a
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

■ Laufende Rate^b — Jahresdurchschnitt^c — Volumen



^a Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
^b Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^c Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.18

Konsumausgaben des Staates
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

■ Laufende Rate^a — Jahresdurchschnitt^b — Volumen



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.
^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
 Quelle: Statistisches Bundesamt;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

wirken in beiden Jahren die Zuwächse bei den monetären Sozialleistungen (2025: +5,8%; 2026: +4,0%). Im kommenden Jahr tragen auch eine Reihe von Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag zur Stützung der Kaufkraft bei. Dazu zählen die Steuerfreistellung von Überstunden, die Einführung der Aktiv- und Mütterrente, die Förderung von E-Autos sowie die Absenkung der Netzentgelte, der Stromsteuer und der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie. Letztere dürfte zwar zu Mehrausgaben im Bereich der Gastronomieleistungen führen; angesichts des kleinen Anteils dieser Ausgaben am Warenkorb wird der Effekt auf die gesamten Konsumausgaben wohl eher gering bleiben (vgl. Box „Zu den Auswirkungen der Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie“).

Da im laufenden Jahr der Deflator des privaten Konsums ähnlich stark zunehmen dürfte wie die verfügbaren Einkommen, ist im Jahr 2025 nur mit einer Stagnation der Realeinkommen zu rechnen. Erst im Jahr 2026 legen die real verfügbaren Einkommen wieder kräftiger um 0,9% zu. Für die Sparquote wird unterstellt, dass sie im weiteren Prognoseverlauf unverändert auf ihrem derzeitigen Wert von 10,4% bleibt.

Alles in allem dürfte sich das Expansionstempo beim privaten Konsum im Verlauf dieses Jahres etwas abschwächen (vgl. Abb. 2.17). Daher ist im laufenden Jahr mit einer Zunahme der preisbereinigten privaten Konsumausgaben um 0,9% zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte der private Konsum mit einer Rate von 0,8% ähnlich stark expandieren. Dabei dürften insbesondere im ersten Halbjahr die konsumfördernden Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag stützend wirken, bevor die Dynamik im zweiten Halbjahr wieder etwas nachlässt.

2.13 Staatskonsum weiterhin dynamisch

Die staatlichen Konsumausgaben wuchsen im Jahr 2024 preisbereinigt mit 3,2% erheblich und erreichten nahezu die Dynamik des Jahres 2021, das von der Corona-Pandemie geprägt war. Hauptgrund dafür waren die sozialen Sachleistungen, die durch Rechtsänderungen im Bereich der Pflege sowie Jugend- und Eingliederungshilfe deutlich ausgeweitet wurden. Zudem dürfte auch ein Teil der Verteidigungsausgaben im Rahmen des Sondervermögens Bundeswehr ihren Weg in die konsumtiven Staatsausgaben gefunden haben. Zu Beginn des laufenden Jahres war der Staatskonsum zum ersten Mal seit zwei Jahren wieder rückläufig, was auf die

vorläufige Haushaltsführung des Bundes zurückzuführen ist. Mit der neuen Bundesregierung wird der Staatskonsum bereits im laufenden Jahr wieder an Fahrt aufnehmen und auch aufgrund der neuen Finanzverfassung um 1,6% zulegen. Insbesondere durch die Ausnahmeregelung im Hinblick auf Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben dürfte der Staatskonsum in den kommenden Jahren zusätzlich zu den demografiebedingten Mehrausgaben weiter an Dynamik gewinnen und bereits im Jahr 2026 um 1,9% steigen (vgl. Abb. 2.18).

2.14 Anzeichen für Stabilisierung am Arbeitsmarkt mehrten sich

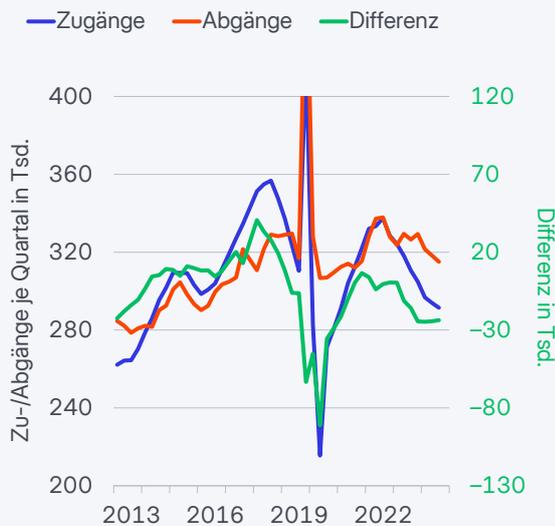
Die andauernde gesamtwirtschaftliche Stagnation schlug sich in den vergangenen Quartalen zwar weiter auf den deutschen Arbeitsmarkt durch, verschärfte sich aber nicht. Im ersten Quartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um 7 000 ab, ging damit jedoch weniger stark zurück als in der Frühjahrsprognose unterstellt. Der verbliebene Rückgang ging hierbei lediglich auf einen relativ kräftigen Beschäftigungsabbau im Januar (-16 000) zurück. Im Februar (9 000) und März (5 000) konnte hingegen ein leichter Beschäftigungsaufbau verzeichnet werden, der sich im April mit einem Plus von 3 000 fortsetzte. Diese Entwicklung folgte vor allem aus einer weiterhin schwachen

Dynamik in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im ersten Quartal saisonbereinigt lediglich um 6 000 Personen zunahm, nach ebenfalls recht schwachen Zuwächsen um 12 000 bzw. 20 000 in den beiden Vorquartalen. Darüber hinaus stabilisierte sich die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im ersten Quartal, nachdem sie in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 recht kräftig gesunken war. Im Gegensatz hierzu setzte sich der rückläufige Trend in der Zahl der Selbständigen im ersten Quartal ungebremst fort.

Die Beschäftigungsentwicklung unterschied sich sehr stark zwischen den Branchen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im öffentlichen Sektor (öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesen) ist dabei weiter deutlich gestiegen. Im Gegensatz hierzu bewegt sich die Beschäftigung in den übrigen Dienstleistungsbranchen seit Mitte des Jahres 2023 insgesamt seitwärts, wobei insbesondere im Handel und der Zeitarbeitsbranche Stellen abgebaut wurden. Im Zuge der schlechten wirtschaftlichen Lage im Verarbeitenden Gewerbe ist die saisonbereinigte Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesen Bereichen weiter rückläufig und lag im März um 127 000 (-1,9%) Personen unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die bis zum dritten Quartal 2024 vorliegenden Daten zu neu aufgenommenen und be-

Abb. 2.19

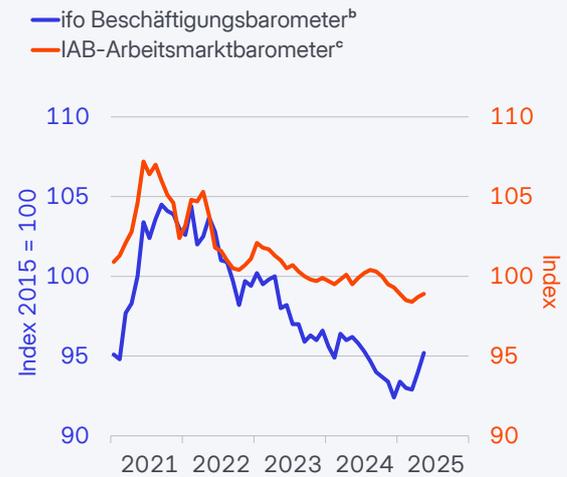
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Saisonbereinigung durch das ifo Institut. © ifo Institut

Abb. 2.20

Arbeitsmarktindikatoren^a



^a Saisonbereinigter Verlauf. ^b Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe. ^c Komponente Beschäftigung; 90: sehr schlechter Ausblick, 110: sehr guter Ausblick. Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

endeten Beschäftigungsverhältnissen deuten darauf hin, dass der Stellenabbau in der Industrie dabei vorwiegend auf einen kräftigen Rückgang der Zahl der Neueinstellungen zurückzuführen ist, während die Zahl der Beendigungen von Beschäftigungsverhältnissen sogar tendenziell rückläufig war (vgl. Abb. 2.19).

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen steigt seit bald drei Jahren fast kontinuierlich an und lag im Mai bei 2,96 Mio. (Quote: 6,3%; vgl. Abb. 2.22). Zuletzt ging der Großteil dieses Anstiegs auf Arbeitslose im konjunktur-reagibleren Rechtskreis des SGB III zurück und lag im Mai um 132 000 Personen höher als im Vorjahresmonat und um saisonbereinigt mehr als 300 000 über dem Niveau im Sommer 2022. Da die Vermittlungshemmnisse in diesem Rechtskreis in der Regel wesentlich geringer sind als bei Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II, dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Falle eines Anziehens der Konjunktur wieder spürbar sinken.

Die Bedeutung der Kurzarbeit hat in den vergangenen Monaten nicht weiter zugenommen. Laut Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der Personen in konjunkturell bedingter Kurzarbeit im März bei 248 000 und damit um 38 000 höher als im Vorjahresmonat, wobei mehr als 80% auf das

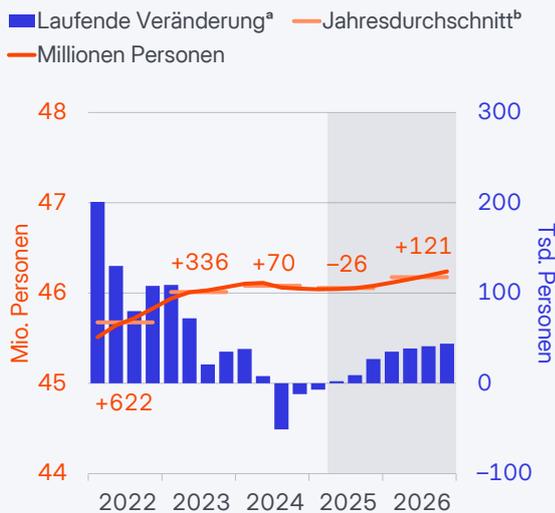
Verarbeitende Gewerbe entfallen. Im langjährigen Vergleich liegt die Kurzarbeit damit auf einem erhöhten Niveau. Dennoch hat sie weiterhin nur einen geringen Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen und ist weit von den Rekordständen während der Pandemie entfernt. Die in den vergangenen Monaten bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen legen nahe, dass das Ausmaß der Kurzarbeit am aktuellen Rand und in den kommenden Monaten zurückgehen dürfte.

Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass die Talsohle am Arbeitsmarkt erreicht ist und es in der Folge zu einer leichten Belebung am Arbeitsmarkt kommen könnte. Die Frühindikatoren für die Entwicklung der Arbeitsnachfrage in den kommenden Monaten haben sich zuletzt etwas aufgehellt (vgl. Abb. 2.20). Zum einen ist das ifo Beschäftigungsbarometer im April und Mai spürbar gestiegen, wenngleich auf weiterhin niedrigem Niveau. So ist das Barometer im Verarbeitenden Gewerbe zum fünften Mal in Folge gestiegen, obschon die Unternehmen weiterhin mehrheitlich Stellen abbauen wollen. Im Dienstleistungssektor planen die Unternehmen tendenziell wieder mit Stellenaufbau, während im Handel weiterhin der Abbau von Stellen überwiegt. Zum anderen zeigte sich das IAB-Arbeitsmarktbarometer zuletzt ebenfalls leicht verbessert. Diese Entwicklung spiegelt sich auch darin

Abb. 2.21

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf

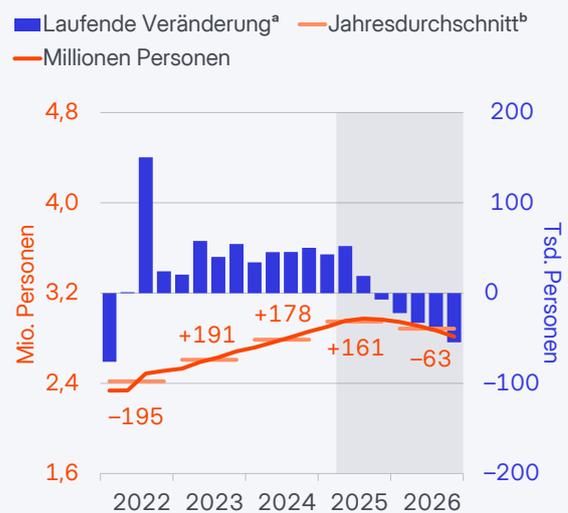


^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Statistisches Bundesamt;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.22

Arbeitslose

Saisonbereinigter Verlauf



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.
^b Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit;
 Berechnungen des ifo Instituts;
 ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

wider, dass sich der Rückgang der Arbeitskräfteknappheit verlangsamt hat. Ausweislich des KfW-ifo-Fachkräftebarometers gaben zuletzt 27,2% der Unternehmen an, durch Fachkräftemangel in ihrer Geschäftstätigkeit behindert zu sein, nach 28,3% im ersten Quartal (KfW Research 2025). Dieser Anteil liegt 21,5 Prozentpunkte unter dem Höchststand aus dem dritten Quartal 2022, wobei der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe am stärksten war (von 45% auf 18%).

Zusammengenommen dürfte sich die Beschäftigungsentwicklung in den kommenden Monaten langsam wieder etwas beleben und der Aufbau der Arbeitslosigkeit gestoppt werden, ehe der Arbeitsmarkt im Zuge der unterstellten wirtschaftlichen Erholung allmählich an Fahrt gewinnen dürfte (vgl. Abb. 2.21). Während hierbei unter anderem auf das gestiegene Arbeitskräftereservoir im Rechtskreis des SGB II zurückgegriffen werden kann, steht die demografische Entwicklung einer noch stärkeren Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus im weiteren Prognoseverlauf im Wege (siehe Abschnitt „Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion“). Des Weiteren dürfte der Beschäftigungseffekt der geplanten Infrastrukturprogramme der Bundesregierung dadurch gedämpft werden, dass diese vor allem auf Wirtschaftsbereiche abzielen, in denen der Arbeitskräftengpass bereits erheblich ist (siehe Box „Zu den Kapazitätsbeschränkungen bei der Ausweitung der öffentlichen Ausgaben für Infrastruktur und Verteidigung“). Nach einem Rückgang um 26 000 im laufenden Jahr, dürfte die Zahl der

Erwerbstätigen im Jahr 2026 wieder um 121 000 steigen. Auf Jahressicht dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 2025 um 161 000 steigen und im Jahr 2026 um nur 63 000 sinken. Folglich wird die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2025 und 2026 bei 6,3% bzw. 6,1% liegen (vgl. Tab. 2.11).

Die in den VGR ausgewiesene durchschnittliche Arbeitszeit liegt seit dem Jahr 2022 insbesondere aufgrund eines historisch betrachtet außerordentlich hohen Krankenstandes deutlich unter ihrem langjährigen Trend. Dies dürfte zum Großteil auf eine vollständigere Erfassung des Krankenstandes im Zuge der Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsmeldung (e-AU) seit 2022 zurückzuführen sein (Ziebarth und Pichler 2024). Daher ist im Prognosezeitraum nicht mit einer substanziellen Zurückführung des Krankenstandes zu rechnen. Stattdessen dürfte die steigende Kapazitätsauslastung zu einer Ausweitung der Arbeitszeit im Prognosezeitraum beitragen, wenngleich dieser Effekt aufgrund des sinkenden Beschäftigungsanteils des Verarbeitenden Gewerbes abgemildert werden dürfte. Sofern zeitnah umgesetzt, dürften die im Koalitionsvertrag vereinbarte Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes sowie die steuerliche Freistellung von Überstundenzuschlägen zu einer weiteren Ausweitung des Arbeitsvolumens führen. Insgesamt dürfte die Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Jahr 2025 um 0,2% und im Jahr 2026 um 0,7% zunehmen, wobei im letzteren knapp 0,4 Prozentpunkte auf einen positiven Kalendereffekt entfallen (vgl. Tab. 2.11).

Tab. 2.11

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

| | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|-----------------------------------|--------|--------|--------|--------|
| Arbeitsvolumen (Mio. Stunden) | 61 437 | 61 355 | 61 379 | 61 902 |
| Erwerbstätige im Inland | 46 011 | 46 081 | 46 055 | 46 176 |
| Arbeitnehmer | 42 163 | 42 307 | 42 342 | 42 486 |
| darunter | | | | |
| SV Beschäftigte | 34 790 | 34 934 | 34 997 | 35 155 |
| Geringfügig Beschäftigte | 4 198 | 4 180 | 4 142 | 4 134 |
| Selbständige | 3 847 | 3 774 | 3 713 | 3 690 |
| Pendlersaldo | -210 | -204 | -203 | -203 |
| Erwerbstätige Inländer | 45 801 | 45 877 | 45 853 | 45 973 |
| Arbeitslose | 2 609 | 2 787 | 2 948 | 2 885 |
| Arbeitslosenquote BA ^a | 5,7 | 6,0 | 6,3 | 6,1 |
| Erwerbslose ^b | 1 335 | 1 516 | 1 571 | 1 498 |
| Erwerbslosenquote ^c | 2,8 | 3,2 | 3,3 | 3,2 |

^a Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit), ^b Definition der ILO, ^c Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

Tab. 2.12

Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

| | durchschnittliche Arbeitszeit | Verdienst je Arbeitnehmer | Verdienst je Stunde | Lohndrift (Arbeitnehmer) | Tariflohn (Monat) |
|------|----------------------------------|------------------------------|------------------------|-----------------------------|----------------------|
| 2023 | -0,1 | 6,4 | 6,6 | 2,9 | 3,6 |
| 2024 | -0,1 | 5,4 | 5,6 | 0,8 | 4,7 |
| 2025 | 0,2 | 3,0 | 2,9 | 0,5 | 2,5 |
| 2026 | 0,7 | 3,0 | 2,2 | 0,4 | 2,6 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

2.15 Lohnentwicklung merklich gedämpft

Bei der Entwicklung der Tarifverdienste hat zuletzt eine spürbar gemächlichere Dynamik eingesetzt, nachdem diese im Jahr 2024 mit 4,7% noch sehr kräftig gestiegen waren. Dies liegt zuvorderst am Wegfall der Inflationsausgleichsprämien. Des Weiteren wirkt sich insbesondere der sehr moderate Abschluss in der Metall- und Elektroindustrie aus dem vergangenen Herbst dämpfend auf die Tariflohnentwicklung im Jahr 2025 aus. Im Volkswagen-Haustarifvertrag, der sich üblicherweise an den Abschlüssen der Metall- und Elektroindustrie orientiert, wurde die vorgesehene Lohnerhöhung im Sinne der Beschäftigungssicherung sogar vorübergehend ausgesetzt. Auch die jüngsten Abschlüsse im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen sowie im Kfz-Handwerk fielen deutlich schwächer aus als noch in den Vorjahren, die durch die stark erhöhte Inflation geprägt waren. Diese Grundtendenz dürfte sich auch in den im Herbst anstehenden Verhandlungen in der Zeitarbeitsbranche und im öffentlichen Dienst der Länder fortsetzen. Insgesamt ist mit einem Anstieg der Tarifverdienste um 2,5% im laufenden und um 2,6% im kommenden Jahr zu rechnen (vgl. Tab. 2.12).

Der Zuwachs der monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer belief sich im Jahr 2024 auf 5,4% und wird im laufenden Jahr ebenfalls aufgrund des Wegfalls der Inflationsausgleichsprämien deutlich geringer ausfallen. Im ersten Quartal lagen die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer noch 3,9% über dem Niveau des Vorjahresquartals. In Einklang mit der schwächeren Tariflohnentwicklung und einem angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage geringeren Umfang an Erfolgsprämien und anderer freiwilliger Lohnkomponenten dürfte die allgemeine Lohndynamik zunächst weiter abkühlen, ehe sie im kommenden Jahr im Zuge der wirtschaftlichen Belebung wieder etwas anziehen dürfte. Hinzu kommt, dass der gesetzliche Mindestlohn zum Ja-

nuar 2026 deutlich angehoben werden dürfte.⁶ Zusammen genommen dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer sowohl im Jahr 2025 als auch im Jahr 2026 um 3,0% steigen.

2.16 Energiepreise dämpfen, Kerninflation verhart

Die Inflationsrate ist in den vergangenen Monaten weiter gesunken und erreichte im Mai 2,1%, nach 2,6% im Dezember 2024. Maßgeblich hierfür waren rückläufige Energiepreise, die im Mai 4,6% niedriger waren als im Vorjahr. Vor allem Kraftstoffe und Heizöl verbilligten sich spürbar, da der Rohölpreis seit Anfang dieses Jahres von 80 Euro auf etwa 60 Euro pro Barrel gefallen ist. Dazu dürfte zum einen die Abschwächung der Weltkonjunktur als Folge der US-Zollankündigungen sowie eine überraschende Ausweitung der Rohölförderung durch die OPEC-Staaten beigetragen haben (Deutsche Bundesbank 2025). Zum anderen wertete der Euro seit Jahresbeginn spürbar um 8% gegenüber dem US-Dollar auf, was die in US-Dollar notierten Rohölkäufe zusätzlich verbilligte. Auch die Verbraucherpreise für Strom sind seit Jahresbeginn weiter gefallen, die für Gas bewegten sich eher seitwärts.

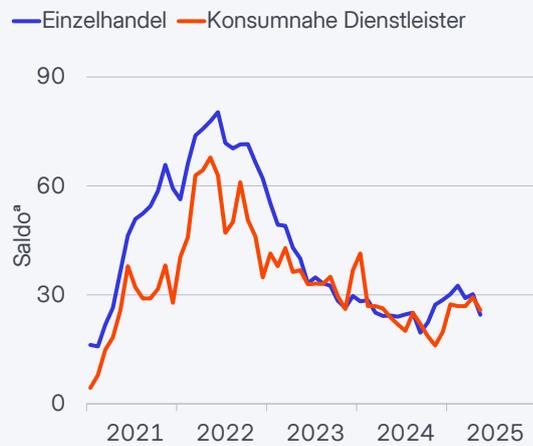
Die Kerninflationsrate (Gesamtinflation ohne Energie) gab zwischen Dezember 2024 und Mai 2025 nur leicht von 3,1% auf 2,8% nach. Maßgeblich für den überdurchschnittlich hohen Preisauftrieb waren die Dienstleistungen, deren Preisanstieg im Mai bei 3,4% lag. Im April verteuerten sich insbesondere die Personenbeförderungen im Luftverkehr, deren Preise um knapp 20% höher als im Vorjahr lagen. Dies

⁶ In der Vergangenheit orientierte sich die Mindestlohnkommission an der zurückliegenden Entwicklung des Tariflohnindex des Statistischen Bundesamts ohne Sonderzahlungen. Dieser wird zwischen Juli 2023 und Juni 2025 voraussichtlich um etwas über 9% gestiegen sein. Da die Mindestlohnkommission im Koalitionsvertrag zu kräftigen Mindestlohnanstiegen ermuntert wurde, wird in dieser Prognose unterstellt, dass der Mindestlohn zum 01.01.2026 direkt um diese Rate auf 14 Euro erhöht wird – und der Anstieg nicht wie sonst üblich auf mehrere Schritte aufgeteilt wird. Dem liegt auch die Annahme zugrunde, dass die Mindestlohnkommission weiterhin unabhängig den Pfad der weiteren Entwicklung des Mindestlohns vorgeben kann und die im Koalitionsvertrag genannte Zielgröße von 15 Euro je Zeitzunde erst zu einem späteren Zeitpunkt erreicht wird.

Abb. 2.23

Preiserwartungen der Unternehmen

Saisonbereinigter Verlauf



^a Der prozentuale Anteil der Unternehmen, die ihre Preise senken wollen, abgezogen von dem prozentualen Anteil der Unternehmen, die ihre Preise erhöhen wollen.

Quelle: ifo Konjunkturumfragen.

© ifo Institut

dürfte auf einen Ferieneffekt zurückzuführen sein, da Ostern in diesem Jahr im April und damit später als im Vorjahr lag. Daher sind die Preise für Flugtickets und Pauschalreisen im Vergleich zum April des Vorjahres kräftig gestiegen. Im Mai dürfte sich allerdings eine Gegenbewegung gezeigt haben, da Pfingsten in diesem Jahr – bedingt durch das späte Osterfest – erst im Juni und nicht wie üblich im Mai stattfindet.⁷ Zur hohen Inflation bei den Dienstleistungen trugen zudem die Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Preiserhöhungen beim Deutschland-Ticket, bei der Briefbeförderung und bei den Kraftfahrzeugversicherungen bei. Die Inflation bei den Nahrungsmitteln bewegte sich in den vergangenen Monaten in etwa mit der Kerninflation, während die Preise für sonstige gewerbliche Waren (ohne Energie) mit einem Anstieg von nur 1,8% im Vorjahresvergleich dämpfend wirkten.

Im Prognosezeitraum dürfte der Preisdruck bei den Dienstleistungen nur wenig nachlassen. Darauf deuten die Preiserwartungen der konsumnahen Dienstleister hin, die im Mai zwar gefallen sind, aber im Vergleich zu ihrem langfristigen Mittelwert noch erhöht bleiben (vgl. Abb. 2.23). Vor allem schwächt sich die Dynamik bei den Löhnen allmählich ab, die aufgrund der hohen Arbeitsintensivität der Dienstleistungen eine wichtige Rolle bei der Preisbildung spielen. Im

Januar 2026 wird zudem die Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie von 19 auf 7% gesenkt, was für sich genommen die Preise der von der Umsatzsteuersenkung betroffenen Gaststättendienstleistungen im kommenden Jahr um 3,3% reduzieren wird (vgl. Box „Zu den Auswirkungen der Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie“). Preistreibend dürfte bei den Dienstleistungen allerdings die stärkere Konjunkturerholung wirken, die unter anderem auf das Fiskalpaket zurückzuführen ist und es den Unternehmen ermöglicht, ihre Gewinnmargen wieder stärker auszuweiten. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum und der hohen Dynamik bei den Baukosten dürften zudem die Wohnungsmieten weiter stark steigen. Bei den gewerblichen Waren (ohne Energie) dürfte der Preisdruck im Prognosezeitraum hingegen gering bleiben. Darauf deutet sowohl die Entwicklung der Nahrungsmittelrohstoffpreise als auch der Erzeugerpreise hin.

Die Energiepreise dürften die Inflationsrate im Prognosezeitraum weiter senken. Ausweislich der Terminmarktnotierungen sollte der Rohölpreis in den kommenden Monaten seinen Rückgang fortsetzen, was die Kraftstoff- und Heizölpreise im Prognosezeitraum weiter dämpfen dürfte. Hingegen dürfte von den Verbraucherpreisen für Strom und Gas in diesem Jahr ein leichter Aufwärtsdruck auf die Inflationsrate ausgehen, der sich im nächsten Jahr jedoch wieder abschwächen dürfte. Darauf deuten die Terminmarktnotierungen hin, nach denen die Beschaffungspreise für Strom und Gas bei 89,2 bzw. 38,6 Euro/MWh im Jahr 2025 und bei 87,0 bzw. 33,5 Euro/MWh im Jahr 2026 liegen und somit etwas höher ausfallen dürften als im Jahr 2024 (vgl. Tab. 2.6). Inflationstreibend wirkt zudem die zum Jahreswechsel 2025/2026 geplante Erhöhung des CO₂-Preises für Brennstoffe auf 55 bis 65 Euro pro Tonne. Inflationstäpfend wirken hingegen sowohl die Senkung der Stromsteuer für Haushalte auf das EU-Mindestmaß von 0,1 Cent pro Kilowattstunde als auch die unterstellte Absenkung der Netzentgelte um 3 Cent, die annahmegemäß ab Juli 2025 in Kraft treten. Für sich genommen dämpfen diese Maßnahmen aus dem Fiskalpaket der neuen Bundesregierung die Energiekomponente der Inflationsrate um 1,7 bzw. 1,8 Prozentpunkte in diesem und im kommenden Jahr. Insgesamt dürften die Energiepreise im Jahr 2025 um 3,8% und im Jahr 2026 um 0,9% im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen.

Alles in allem werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr wohl um 2,1% und im kommenden Jahr um 2,0% steigen (vgl. Abb. 2.24). Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 wurde damit die Prognose für die Inflationsrate im laufenden Jahr um 0,2 Prozentpunkte nach unten korrigiert und an der Prognose für das kommende Jahr festgehalten. Maßgeblich für die Korrektur waren die

⁷ Zum Zeitpunkt der Berichterstellung lagen noch keine detaillierten Angaben zur Entwicklung der Verbraucherpreise im Mai vor.

Zu den Auswirkungen der Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie

Die Bundesregierung plant, die Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie am 1. Januar 2026 dauerhaft von 19% auf 7% zu senken. Dadurch verringert sich die Abgabenlast und damit die Kosten für gastronomische Betriebe. Ob und in welchem Umfang dieser steuerbedingte Preisvorteil an die Konsumenten weitergegeben wird, ist jedoch unklar. Zwar sollte bei gleichbleibendem Nettopreis die reduzierte Steuer zu einem niedrigeren Endpreis führen, doch dieser Effekt tritt nur dann ein, wenn die Betriebe die Steuerersparnis auch tatsächlich an ihre Gäste weitergeben. Eine solche Weitergabe ist entscheidend, um die Nachfrage nach Restaurantbesuchen zu stimulieren.

Empirische Studien kommen zu dem Ergebnis, dass das Ausmaß der Weitergabe von Umsatzsteueränderungen auf die Verbraucherpreise von der Art der Steuersenkung, vom betrachteten Sektor und von der Unternehmensstruktur abhängt. So ist zu erwarten, dass die Reaktion auf eine Steueränderung asymmetrisch ausfällt und Senkungen in der Regel weniger stark weitergegeben werden als gleich große Anhebungen (Benzarti et al. 2020; Kuran 1983). Zudem zeigt sich der Preiseffekt insgesamt recht zeitnah; spätere Preisänderungen fallen in der Regel eher gering aus (Benedek et al. 2020 und die dort zitierte Literatur). Das Ausmaß der Weitergabe einer Umsatzsteuersenkung auf die Verbraucherpreise variiert erheblich in Abhängigkeit vom jeweiligen Sektor. Während beispielsweise bei Friseurdienstleistungen, dem Autoverkauf und der Wohnungsreparatur zwischen 50 und 75% der Steuersenkung an die Verbraucher weitergegeben werden (Carbonnier 2007; Kosonen 2015), fällt die Weitergabe in der Gastronomie im Schnitt deutlich geringer aus. Unternehmensstruktur und Betriebsgröße scheinen hier eine entscheidende Rolle zu spielen. In wettbewerbsintensiven Märkten werden Umsatzsteueränderungen tendenziell häufiger und in größerem Umfang an die Konsumenten weitergegeben (Copenhagen Economics 2007). Entsprechend sind Preisänderungen infolge einer Umsatzsteuerreform bei großen Restaurants und Restaurantketten in der Regel ausgeprägter als bei kleineren und unabhängigen Betrieben (Kosonen und Skans 2018; Copenhagen Economics 2007).

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass ein Drittel der Umsatzsteuersenkung für Speisen in der Gastronomie an die Verbraucher weiter-

gegeben wird. Dies entspricht in etwa dem Durchschnittswert aus empirischen Studien, die ähnliche Reformen untersuchten und die Weitergabe in einer Bandbreite von 0 bis 60% der Steuersenkung schätzten (Benzarti und Carloni 2019; Manente und Zanette 2010; Kosonen und Nordström Skans 2018; Benedek et al. 2020). Damit dürfte die Umsatzsteuersenkung für sich genommen die Preise für betroffene Gaststättendienstleistungen im kommenden Jahr um 3,3% senken. Ausgehend von einem Gewicht der betroffenen Kategorien im Warenkorb des Verbraucherpreisindex in Höhe von 2,5%, dürfte die Gesamtinflationsrate im Jahr 2026 um knapp 0,1 Prozentpunkte niedriger ausfallen als im kontrafaktischen Szenario ohne Steuersenkung.¹

Der überwiegende Teil der steuerlichen Entlastung dürfte in die Gewinne der Unternehmen fließen. Entsprechend gering fällt der Impuls auf die Konsumnachfrage aus. Unter Berücksichtigung der obigen Schätzungen des Preiseffekts für Gaststättendienstleistungen sowie der sich aus der Literatur ergebenden niedrigen Preiselastizitäten (Falkenhall et al. 2020; Benzarti und Carloni 2017; Harju und Kosonen 2014; Manente und Zanette 2010), dürfte der Umsatzzuwachs bei den Gaststättenbetrieben gering ausfallen. Etwaige Effekte zeigen sich meist unmittelbar nach Inkrafttreten der Reform und sind als einmalige Niveauverschiebung der entsprechenden Umsatz- und Gewinnsummen zu interpretieren. Insgesamt dürfte die Umsatzsteuersenkung damit kaum einen Einfluss auf die Gesamtausgaben der privaten Haushalte haben, zumal die Ausgaben für Gastronomieleistungen nur ein geringes Gewicht am Gesamtkonsum aufweisen.

¹ Die nicht von der Umsatzsteuersenkung betroffenen Kategorien der „Gaststättendienstleistungen“ im Verbraucherpreisindex sind die Kategorien „Zum Mitnehmen“, „Mahlzeit oder Imbiss zum Lieferservice“, „Verzehr eines alkoholischen Getränks“ und „Verzehr eines alkoholfreien Getränks“.

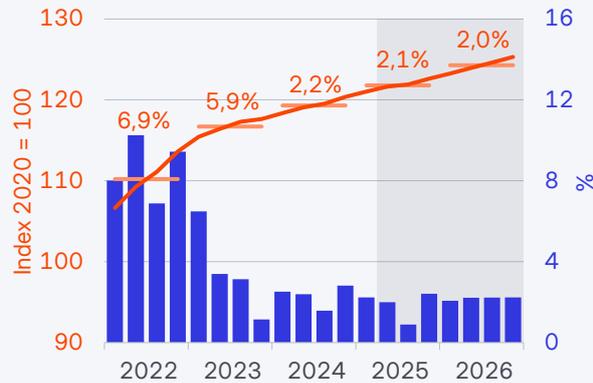
Abb. 2.24

Verbraucherpreise

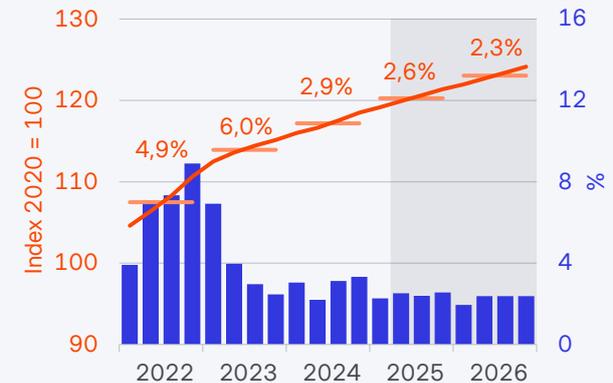
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf

■ Preisänderung^a — Jahresdurchschnitt^b — Index

A. Verbraucherpreise insgesamt



B. Verbraucherpreise ohne Energie



^a Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.

^b Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2025: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

Energiepreise, die die Inflation stärker als noch im Frühjahr dämpfen. Neben den niedrigeren Rohölpreisen ist hierfür auch die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte verantwortlich, die für sich genommen die Inflationsrate in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 0,15 Prozentpunkte verringern. Die Kerninflationsrate dürfte im Jahr 2025 bei 2,6% liegen und im kommenden Jahr auf 2,3% sinken. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025 wurde die Prognose für dieses Jahr um 0,1 und für das kommende Jahr um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Maßgeblich hierfür ist die stärkere Konjunkturerholung, die unter anderem auf das Fiskalpaket zurückzuführen ist. Allerdings dürfte die Absenkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie dem Preisanstieg im kommenden Jahr etwas entgegenwirken.

2.17 Fiskalmaßnahmen vergrößern Haushaltsdefizite

Die Fiskalmaßnahmen der neuen Bundesregierung werden die Entwicklung der staatlichen Einnahmen und insbesondere der Ausgaben in den nächsten Jahren erheblich beeinflussen. Zwar sind im laufenden Jahr noch keine einschneidenden Veränderungen zu erwarten, aber bereits im Jahr 2026 werden sich die Staatsausgaben deutlich dynamischer als die Staatseinnahmen entwickeln, was höhere Finanzierungsdefizite nach sich zieht.

Die staatlichen Einnahmen dürften im Jahr 2025 wie bereits im Vorjahr mit 5,5% kräftig wachsen. Das liegt vor allem am Auslaufen der Inflationsausgleichsprämien, die sowohl die Lohnsteuereinnahmen als auch die Nettosozialbeiträge im Vergleich zum Vorjahr steigen lassen. Aufgrund der anhaltend hohen Lohnzuwächse sind bei der Lohnsteuer jedoch weiterhin hohe Wachstumsraten zu beobachten, im Gegensatz zu den Einnahmen aus den Unternehmensteuern, die aufgrund der stagnierenden Konjunktur im laufenden Jahr wohl sogar sinken dürften. Im nächsten Jahr dürfte der Anstieg der Steuereinnahmen trotz dynamischerer Konjunktur aufgrund der geplanten Steuererleichterungen aus dem Koalitionsvertrag deutlich geringer ausfallen. Insbesondere die Möglichkeiten zur degressiven Abschreibung, die Stromsteuersenkung und die Senkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie tragen dazu bei. Die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen steigen im laufenden Jahr massiv, nicht nur aufgrund des Wegfalls der Inflationsausgleichsprämien, sondern vor allem wegen der Anstiege der Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Das Wachstum dürfte auch im Jahr 2026 weiterhin hoch sein, da hier mit einem weiteren Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenversicherungen zu rechnen ist. Die Verkäufe des Staates sind im vergangenen Jahr aufgrund der Ausweitung der Lkw-Maut kräftig gestiegen und werden im Jahr 2025 nur moderat ausgeweitet werden, während bei den Vermögenseinkommen aufgrund des sinkenden Zinsniveaus wieder mit einem leichten Minus

zu rechnen ist. Insgesamt nehmen die Staatseinnahmen in diesem Jahr um 5,5% und im Jahr 2026 um 3,2% zu. Damit steigt die Quote der Staatseinnahmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 auf 48,0% und damit auf den höchsten Wert im wiedervereinigten Deutschland (vgl. Tab. 2.13). Im Jahr 2026 geht sie dann leicht zurück auf 47,7%.

Bei verschiedenen Ausgabeposten des Staates werden vor allem im Jahr 2026 die Finanzmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und den höheren Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben das Wachstum antreiben. Dies dürfte sich unter anderem bei den Vorleistungen zeigen, bei denen beispielsweise Beschaffungen aus dem militärischen Bereich verbucht werden. Im Jahr 2025 ist allerdings zunächst

Tab. 2.13

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren^a
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts

| | Staatseinnahmen | | | Staatsausgaben | | Finanzierungssaldo | Bruttoschuldenstand |
|------|-----------------|---------|----------------------------------|----------------|---------------------------|--------------------|---------------------|
| | insgesamt | Steuern | darunter: Nettosozialbeiträge | insgesamt | darunter: Zinsausgaben | | |
| 2000 | 46,3 | 23,4 | 18,0 | 48,1 | 3,2 | -1,7 | 59,2 |
| 2001 | 44,5 | 21,7 | 17,7 | 47,7 | 3,0 | -3,1 | 58,1 |
| 2002 | 44,2 | 21,3 | 17,7 | 48,2 | 3,0 | -4,1 | 59,8 |
| 2003 | 44,7 | 21,4 | 17,9 | 48,5 | 2,9 | -3,8 | 63,3 |
| 2004 | 43,6 | 20,8 | 17,5 | 47,0 | 2,8 | -3,4 | 65,0 |
| 2005 | 43,5 | 21,1 | 17,3 | 46,9 | 2,7 | -3,4 | 67,1 |
| 2006 | 43,6 | 21,8 | 16,7 | 45,3 | 2,7 | -1,8 | 66,4 |
| 2007 | 43,7 | 22,7 | 15,9 | 43,5 | 2,7 | 0,2 | 63,7 |
| 2008 | 44,2 | 23,1 | 15,9 | 44,4 | 2,7 | -0,3 | 65,2 |
| 2009 | 45,1 | 22,8 | 16,7 | 48,3 | 2,6 | -3,2 | 72,3 |
| 2010 | 43,7 | 21,7 | 16,3 | 48,1 | 2,4 | -4,4 | 81,0 |
| 2011 | 44,4 | 22,4 | 16,1 | 45,3 | 2,5 | -0,8 | 78,5 |
| 2012 | 45,0 | 22,9 | 16,2 | 45,1 | 2,3 | -0,1 | 79,8 |
| 2013 | 45,3 | 23,2 | 16,2 | 45,2 | 1,8 | 0,1 | 77,4 |
| 2014 | 45,2 | 23,2 | 16,2 | 44,5 | 1,6 | 0,7 | 74,5 |
| 2015 | 45,4 | 23,4 | 16,2 | 44,5 | 1,4 | 0,9 | 71,2 |
| 2016 | 45,9 | 23,7 | 16,4 | 44,7 | 1,2 | 1,1 | 68,3 |
| 2017 | 45,9 | 23,8 | 16,5 | 44,6 | 1,0 | 1,3 | 64,0 |
| 2018 | 46,6 | 24,1 | 16,7 | 44,7 | 0,9 | 1,9 | 60,8 |
| 2019 | 46,9 | 24,1 | 16,9 | 45,6 | 0,8 | 1,3 | 58,7 |
| 2020 | 46,7 | 23,2 | 17,6 | 51,1 | 0,6 | -4,4 | 68,0 |
| 2021 | 47,5 | 24,4 | 17,2 | 50,7 | 0,6 | -3,2 | 68,1 |
| 2022 | 46,9 | 24,3 | 16,9 | 49,0 | 0,7 | -2,1 | 65,0 |
| 2023 | 45,9 | 23,0 | 17,0 | 48,4 | 0,9 | -2,5 | 62,9 |
| 2024 | 47,0 | 23,1 | 17,6 | 49,7 | 1,1 | -2,7 | 62,5 |
| 2025 | 48,0 | 23,4 | 18,4 | 50,3 | 1,1 | -2,3 | 62,8 |
| 2026 | 47,7 | 22,9 | 18,6 | 51,2 | 1,1 | -3,4 | 64,0 |

^a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

eine deutliche Abschwächung der Dynamik zu erwarten, was vor allem an den niedrigen Ausgaben im ersten Quartal des Jahres im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung liegt. Die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte dürfte eher weniger betroffen sein, auch wenn eine Ausweitung der Beschäftigung, vor allem im Bereich Verteidigung und Sicherheit, nicht abwegig erscheint. Entscheidend für den relativ hohen Zuwachs im Jahr 2025 sind jedoch die regulären Tarifierhöhungen zu Beginn des Jahres für die Beschäftigten der Länder. Die Zinsausgaben verlieren im Prognosezeitraum aufgrund der Stabilisierung des Zinsniveaus zunächst an Dynamik, dürften jedoch danach aufgrund der gelockerten Schuldenregeln mit höheren Raten wachsen.

Die staatlichen Subventionen werden im laufenden Jahr voraussichtlich leicht sinken, was an den Sparmaßnahmen im Bereich des KTF liegt, die die Ampel-Koalition im Zuge des Verfassungsgerichtsurteils auf den Weg brachte. Insgesamt bleibt das Subventionsniveau aber aufgrund von Subventionen an Produzenten erneuerbarer Energien hoch. Zudem werden bereits im laufenden Jahr die Netzentgelte annahmegemäß über Zuschüsse gesenkt. Im Jahr 2026 dürften die Subventionen wieder kräftiger steigen, auch durch weitere nicht-investive Zuschüsse aus dem KTF. Für die Vermögenstransfers ergibt sich ein ähnliches Muster, wobei die Dynamik nochmal deutlich stärker ausfallen wird als bei den Subventionen. Mittel für Investitionszuschüsse, z.B. für energetische Sanierungen, dürften mit höherem Tempo abfließen als für direkte öffentliche Investitionen, zumal hier die Infrastrukturen zur Auszahlung über den KTF bereits etabliert sind. Durch die Aufstockung um 100 Mrd. Euro über das Sondervermögen Infrastruktur stehen die entsprechenden Mittel zur Verfügung.

Primäres Ziel der neuen Finanzverfassung ist es, zusätzliche öffentliche Investitionen zu ermöglichen sowie die Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. In dieser Prognose wird angenommen, dass im laufenden Jahr aufgrund des normalerweise langen Vorlaufs von öffentlichen Infrastrukturprojekten noch nicht umfangreiche Mittel für Bauinvestitionen abfließen werden. Die staatlichen Ausrüstungsinvestitionen hingegen werden bereits im laufenden Jahr durch das bestehende Sondervermögen Bundeswehr stärker als der langjährige Durchschnitt wachsen, erfahren durch die Ausnahmeregelungen für die Verteidigungsausgaben jedoch ebenfalls einen zusätzlichen Impuls.

Keinen direkten Einfluss hat der neue Finanzrahmen auf die monetären Sozialleistungen, die aber weiterhin kräftige Anstiege verzeichnen, wenn auch in geringerem Ausmaß

als in den vergangenen zwei Jahren. Zum gedämpften Anstieg trägt die etwas geringere Rentenanpassung und die Nullrunde beim Bürgergeld im Jahr 2025 bei. Andererseits schlägt der kontinuierliche Anstieg der Erwerbslosenzahl stärker zu Buche als in den Vorjahren. Im nächsten Jahr dürfte sich mit sinkender Arbeitslosigkeit auch die Wachstumsrate der monetären Sozialleistungen wieder verringern. Auch die sozialen Sachleistungen dürften eher nicht durch die neuen Verschuldungsspielräume betroffen sein, belasten den Staatshaushalt aber immer mehr. Im vergangenen Jahr stiegen Ausgaben für Jugend-, Eingliederungs- und Sozialhilfe, teilweise bedingt durch Leistungsausweitungen, sehr stark. Aufgrund des demografischen Wandels wird der Ausgabendruck vor allem im Bereich Gesundheit und Pflege allerdings hoch sein und weiterhin zu einem dynamischen Wachstum beitragen.

Insgesamt wird das Finanzierungsdefizit entsprechend der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik von 2,7% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2024 auf 2,3% im laufenden Jahr zurückgehen. Im Jahr 2026 werden dann sowohl die neue Finanzverfassung als auch die konkreten Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag für ein deutlich höheres Defizit in Höhe von 3,4% des Bruttoinlandsprodukts sorgen. Der Bruttoschuldenstand erhöht sich entsprechend von 62,5% im Jahr 2024 auf 64% des Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr, bleibt damit aber immer noch unter den Werten der Corona-Pandemie (68%). Mittel- und langfristig dürfte der Schuldenstand bei entsprechender Ausreizung der grundgesetzlichen Änderungen durchgehend wachsen.

3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird im in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte und überarbeitete Methode geschätzt und bis zum Jahr 2029 fortgeschrieben (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2024). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der die gesamtwirtschaftliche Leistung anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Input werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Die Potenzialschätzung des ifo Instituts basiert analog zur Gemeinschaftsdiagnose auf kalenderbereinigten Werten. Die Fortschreibungsmethode und die zugrundeliegenden Annahmen sowie Parameter wurden an die jüngste Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2025 angeglichen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2025).

Die Bevölkerungs- und Migrationsannahmen wurden im Vergleich zum Frühjahr etwas überarbeitet. So wurde die Fluchtmigration aus Asylherkunftsländern (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien; ohne Ukraine) entsprechend der aktuellen Entwicklung angepasst. Als Grundlage für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung dient weiterhin die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts in der Variante W2-G2-L2, die moderate Annahmen zu den

Abb. 3.1

Produktionslücke
In Relation zum Produktionspotenzial



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 3.1

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

| | Erwerbstätige (Inland) | Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) | Arbeitszeit je Erwerbstätigen | Bruttoinlandsprodukt | | | | |
|--|------------------------|------------------------------------|-------------------------------|---|-------------------|-------------------------|-----------------------|-----------|
| | | | | Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte | | | in jeweiligen Preisen | Deflator |
| | | | | Insgesamt | je Erwerbstätigen | je Erwerbstätigenstunde | | |
| | | | | Mio. | Stunden | Mrd. Euro | Euro | Mrd. Euro |
| 2019 | 45,291 | 41,145 | 1 372,0 | 3 596,9 | 79 418 | 58 | 3 534,9 | 98,3 |
| 2024 | 46,081 | 42,307 | 1 331,5 | 3 606,9 | 78 274 | 59 | 4 305,3 | 119,4 |
| 2029 | 45,824 | 42,202 | 1 325,5 | 3 708,1 | 80 921 | 61 | 4 923,8 | 132,8 |
| Veränderung insgesamt in % | | | | | | | | |
| 2024/2019 | 1,7 | 2,8 | -3,0 | 0,3 | -1,4 | 1,6 | 21,8 | 21,5 |
| 2029/2024 | -0,6 | -0,2 | -0,4 | 2,8 | 3,4 | 3,8 | 14,4 | 11,2 |
| Jahresdurchschnittliche Veränderung in % | | | | | | | | |
| 2024/2019 | 0,3 | 0,6 | -0,6 | 0,1 | -0,3 | 0,3 | 4,0 | 4,0 |
| 2029/2024 | -0,1 | 0,0 | -0,1 | 0,6 | 0,7 | 0,8 | 2,7 | 2,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2029/2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

drei Eckparametern Wanderung, Geburtenrate und Lebenserwartung setzt. Abweichend von der Bevölkerungsvoraberechnung wird die Fluchtmigration infolge des Kriegs in der Ukraine explizit als Sondereffekt modelliert und nur die übrige Wanderung analog zur Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2025 schrittweise auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurückgeführt (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2025). Die Zuwanderung aus der Ukraine wird für die Jahre 2022 bis 2026 auf insgesamt etwas mehr als 1 260 000 Personen veranschlagt. Ab dem Jahr 2027 ist die Zuwanderung aus der Ukraine auf null gesetzt. Diese Annahme impliziert, dass sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Die Partizipationsquote der Ukrainer beträgt im Projektionszeitraum durchschnittlich etwa 71 %. Die Geschwindigkeit der Integration ukrainischer Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt wurde nicht angepasst. So sinkt ihre Erwerbslosenquote von 60% im Jahr 2023 auf 12% im Jahr 2029. Unter diesen Annahmen dürften im Jahr 2025 kumuliert in etwa 290 000 Ukrainer eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Diese Zahl erhöht sich dann bis zum Jahr 2029 auf etwa 500 000 Personen.

Für das Jahr 2025 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,4% geschätzt. Der Potenzialzuwachs verringert sich kontinuierlich und erreicht am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2029 eine Rate von 0,3%. Die Wachstumsbeiträge der Totalen Faktorproduktivität und

des Kapitalstocks dürften im gesamten Projektionszeitraum positiv und in annähernd ähnlicher Größenordnung ausfallen. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens fiel im Jahr 2024 noch leicht positiv aus, dürfte das Potenzialwachstum aber im gesamten Projektionszeitraum kontinuierlich bremsen. Während die Erwerbsbevölkerung im Jahr 2024 aufgrund der Flüchtlingsmigration noch positive Beiträge leistet, dürfte sich dies dann im Jahr 2025 umkehren, wenn die demografisch bedingten Rückgänge das Gesamtbild dominieren und der Sondereffekt aus der Fluchtmigration langsam ausläuft. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit sowie die Partizipationsquote werden negative Beiträge leisten, was das Potenzial zusätzlich belastet.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke nahm seit 2014 kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2017 mit 2,1% des Produktionspotenzials ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1). Mit der Abkühlung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Überauslastung dann im Jahr 2019 auf 2,0% zurückgegangen. In den beiden Coronajahren 2020 und 2021 geriet die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Unterauslastung von 3,3% und 0,4%. Die Erholung im Jahr 2022 führte zur einer leichten Überauslastung, bei der die Produktionslücke nach aktueller Schätzung auf 0,3% stieg. Aufgrund der deutlichen Produktionsrückgänge in den energieintensiven Bereichen und der schwachen Entwicklung des privaten Konsums hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 wieder abgekühlt und die Pro-

Tab. 3.2

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

| Jahr | Bruttoinlandsprodukt | Konsumausgaben | | Bruttoinvestitionen | | | Außenbeitrag |
|--|----------------------|-------------------|---------|---------------------|---------------------------|--------------------|--------------|
| | | Private Haushalte | Staat | Insgesamt | Bruttoanlageinvestitionen | Vorratsveränderung | |
| Mrd. Euro | | | | | | | |
| 2019 | 3 534,9 | 1 865,1 | 717,5 | 752,9 | 748,2 | 4,7 | 199,3 |
| 2024 | 4 305,3 | 2 270,4 | 960,2 | 905,7 | 898,5 | 7,2 | 169,0 |
| 2029 | 4 923,8 | 2 594,0 | 1 138,3 | 1 072,8 | 1 018,7 | 54,1 | 118,7 |
| Anteile am BIP in % | | | | | | | |
| 2019 | 100,0 | 52,8 | 20,3 | 21,3 | 21,2 | 0,1 | 5,6 |
| 2024 | 100,0 | 52,7 | 22,3 | 21,0 | 20,9 | 0,2 | 3,9 |
| 2029 | 100,0 | 52,7 | 23,1 | 21,8 | 20,7 | 1,1 | 2,4 |
| Veränderung insgesamt in % | | | | | | | |
| 2024/2019 | 21,8 | 21,7 | 33,8 | 20,3 | 20,1 | - | - |
| 2029/2024 | 14,4 | 14,3 | 18,5 | 18,4 | 13,4 | - | - |
| Jahresdurchschnittliche Veränderung in % | | | | | | | |
| 2024/2019 | 4,0 | 4,0 | 6,0 | 3,8 | 3,7 | - | - |
| 2029/2024 | 2,7 | 2,7 | 3,5 | 3,4 | 2,5 | - | - |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2029/2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

duktionslücke fiel auf $-0,4\%$. Infolge der abermals schwachen Entwicklung im vergangenen Jahr dürfte sich die Produktionslücke weiter geöffnet und bei $-1,0\%$ gelegen haben. Im laufenden Jahr deutet alles darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft nur mit der Potenzialrate expandieren dürfte, so dass sich die Lücke im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Aufgrund der erwarteten realen Effekte aus den von der neuen Bundesregierung verabschiedeten Fiskalmaßnahmen dürfte die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr recht kräftig expandieren und sich die Lücke auf $-0,2\%$ verkleinern. Für den längeren Projektionszeitraum wird an der üblichen Konvention festgehalten, dass die Produktionslücke geschlossen ist und sich damit die Finanzpolitik neutral verhält.

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt dürfte im Durchschnitt der Jahre 2024 bis 2029 mit $0,6\%$ deutlich stärker expandieren als im Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2024 (vgl. Tab. 3.1). Mit Blick auf die Verwendungskomponenten dürfte vor allem die Staatsaktivität deutlich geringer ausgeweitet werden. Dies liegt jedoch maßgeblich daran, dass in der Mittelfristprojektion eine neutrale Ausrichtung der Finanzpolitik unterstellt wurde und dass die Staatsausgaben im Zeitraum von 2019 bis 2024 von diversen Sondermaßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronakrise, der Energiekrise und der Folgen des Kriegs in der Ukraine geprägt war (vgl. Tab 3.2). Auch dürften die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen im Projektionszeitraum schwächer zulegen als in den Jahren 2019 bis 2024.

4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Die Ausrichtung der Finanzpolitik im Prognosezeitraum kann zusätzlich zur Betrachtung konkreter finanzpolitischer Maßnahmen (vgl. Abschnitt „Fiskalmaßnahmen sorgen für spürbar expansiven Impuls“) auch mit der Veränderung struktureller Finanzierungssalden beurteilt werden. Strukturelle Salden ergeben sich durch die Bereinigung der staatlichen Finanzierungssalden um konjunkturelle Einflüsse, die anhand der Produktionslücke und einer Budgetsemielastizität geschätzt werden, sowie größere Einmaleffekte, wie bspw. Gerichtsurteile. Darüber hinaus wird zwischen strukturellem Finanzierungssaldo und strukturellem Primärsaldo unterschieden, bei dem zusätzlich die staatlichen Zinsausgaben abgezogen werden. Die Veränderung des strukturellen Primärsaldos wird schließlich als finanzpolitischer Impuls interpretiert.

Im Jahr 2025 wird der strukturelle Primärsaldo zwar mit knapp $-0,7\%$ des Produktionspotenzials negativ, aber im Vergleich zum Jahr 2024 um knapp 0,4 Prozentpunkte höher ausfallen (vgl. Tab. 4.1). In Übereinstimmung mit der Ableitung des fiskalischen Impulses nach der Maßnahmenmethode zeigt auch die Veränderung des Primärsaldos eine restriktive Ausrichtung der Finanzpolitik an, wenn auch in etwas größerem Umfang. Ein potenzieller Grund dafür könnte sein, dass die geringeren Ausgaben infolge der vorläufigen Haushaltsführung im ersten Quartal des Jahres 2025 weder als konkrete Maßnahmen aufgeführt noch durch die Konjunkturbereinigung berücksichtigt werden. Im Jahr 2026 schwenkt die Finanzpolitik nach der Saldenmethode analog zur Maßnahmenmethode auf einen stark expansiven Kurs ein. Das strukturelle Primärdefizit beträgt dann $2,2\%$, sinkt somit um $1,5$ Prozentpunkte, was einen noch expansiveren Kurs als die diskreten finanzpolitischen Maßnahmen bedeuten würde.

Die strukturellen Finanzierungsdefizite fallen mit $1,7\%$ des Produktionspotenzials im Jahr 2025 und $3,3\%$ im Jahr 2026 aufgrund des Hinzurechnens der Zinsausgaben deutlich höher aus. Durch die neue Finanzverfassung können solche hohen Defizite dennoch weiterhin konform mit den nationalen Fiskalregeln sein, da viele zusätzliche Ausgaben nicht mehr unter die Regelungen der deutschen Schuldenbremse fallen. Allerdings könnten sie in Konflikt mit den EU-Fiskalregeln geraten (Büttner 2025), die neben den Maastricht-Kriterien (Bruttoschuldenstandsquote unter 60% des Bruttoinlandsprodukts, Finanzierungsdefizit unter 3% des Bruttoinlandsprodukts) nur ein strukturelles Defizit von höchstens $0,5\%$ des Produktionspotenzials zulassen. Die EU-Kommission, die erst im vergangenen Jahr die EU-Fiskalregeln grundsätzlich reformierte, gewährte zwar jüngst ebenfalls Ausnahmen bei bestimmten Verteidigungsausgaben und es steht im Raum, dass bei entsprechenden Reformbemühungen und Investitionen die Regeln flexibilisiert werden. Allerdings ist noch unsicher, ob dies ausreicht, dass Deutschland unter der neuen Finanzverfassung auch die europäischen Fiskalregeln einhalten wird (SVR 2025). In dieser Prognose wird angenommen, dass der unterstellte Pfad der abfließenden Mittel auch mit den europäischen Fiskalregeln konform sein wird. •

Abgeschlossen am Freitag, 6. Juni 2025

Tab. 4.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staats
in Mrd. Euro

| | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 |
|---|-------|--------|--------|--------|--------|
| Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo ^a | -84,9 | -103,8 | -115,6 | -101,5 | -156,9 |
| Konjunkturkomponente ^{a,b} | 6,8 | -7,8 | -22,4 | -23,0 | -4,9 |
| Struktureller Finanzierungssaldo ^a | -83,2 | -96,0 | -93,2 | -78,5 | -152,0 |
| Struktureller Primärsaldo ^a | -55,3 | -59,4 | -47,2 | -29,5 | -101,8 |
| Struktureller Finanzierungssaldo ^c | -2,3 | -2,3 | -2,1 | -1,7 | -3,3 |
| Struktureller Primärsaldo ^c | -1,6 | -1,4 | -1,1 | -0,7 | -2,2 |

^a in Mrd. Euro. ^b Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. ^c in % des nominalen Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2025 bis 2026: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2025

5. Referenzen

Benedek, D., R. de Mooij, M. Keen und P. Wingender (2020), "Varieties of VAT Pass-Through", *International Tax and Public Finance* 27(4), 890–930.

Benzarti, Y. und D. Carloni (2019), "Who Really Benefits from Consumption Tax Cuts? Evidence from a Large VAT Reform in France", *American Economic Journal: Economic Policy* 11(1), 38–63.

Benzarti, Y., D. Carloni, J. Harju und T. Kosonen (2020), "What Goes Up May Not Come Down: Asymmetric Incidence of Value Added Taxes", *Journal of Political Economy* 128(12), 4438–4474.

Bundesministerium der Verteidigung (2024a), „Parlament stimmt Milliardeninvestitionen für Verteidigung zu“, Pressemitteilung, 20. Dezember.

Bundesministerium der Verteidigung (2024b), 19. Bericht des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten – Teil 1, Berlin.

Büttner, T. (2025), „Gelockerte Schuldenbremse: Einhaltung der EU-Fiskalregeln wird wieder zur Herausforderung“, *Wirtschaftsdienst* 105(4), 282–287.

Carbonnier, C. (2007), "Who Pays Sales Taxes? Evidence from French VAT Reforms, 1987-1999", *Journal of Public Economics* 91(5-6), 1219–1229.

Copenhagen Economics (2007), *Study on Reduced VAT Applied to Goods and Services in the Member States of the Euro-Pean Union*, Kopenhagen.

Deutsche Bundesbank (2025), *Monatsbericht – Mai 2025*, 77. Jahrgang, Nr.5.

Falkenhall, B., J. Månsson und S. Tano (2020), "Impact of VAT Reform on Swedish Restaurants: A Synthetic Control Group Approach", *The Scandinavian Journal of Economics* 122(2), 824–850.

Harju, J. und T. Kosonen (2014), "The Inefficiency of Reduced VAT Rates: Evidence from the Restaurant Industry", Working Paper, Government Institute for Economic Research.

Harju, J., T. Kosonen und O. Nordström Skans (2018), "Firm Types, Price-Setting Strategies, and Consumption-Tax Incidence", *Journal of Public Economics* 165, 48–72.

Kosonen, T. (2015), "More and Cheaper Haircuts After VAT Cut? On the Efficiency and Incidence of Service Sector Consumption Taxes", *Journal of Public Economics* 131, 87–100.

KfW Research (2025), „Schwache Konjunktur lässt Fachkräftemangel weiter sinken“, KfW-ifo-Fachkräftebarometer Juni 2025.

Kuran, T. (1983), "Asymmetric Price Rigidity and Inflationary Bias", *American Economic Review* 73(3), 373–382.

Lehmann, R. und T. Wollmershäuser (2018), „Zur Berechnung eines nach Importanteilen korrigierten Wachstumsbeitrages der Verwendungskomponenten des deutschen Bruttoinlandsprodukts“, *ifo Schnelldienst* 71(5), 27–29.

Lehmann, R., St. Linz und T. Wollmershäuser (2025), „Strukturwandel im Verarbeitenden Gewerbe: Hybride Produkte und Produktionsprozesse verändern industrielle Geschäftsmodelle“, *ifo Schnelldienst digital* 6(5).

Menkhoff, M. und A. Peichl (2025), „Geplante Unternehmensteuerreformen: Eine modellbasierte Simulation der Auswirkungen auf Investitionen und Steuereinnahmen“, *ifo Schnelldienst* 78(8), im Erscheinen.

Manente, M. und M. Zanette (2010), "Macroeconomic Effects of VAT Reduction in the Italian Hotels & Restaurants Industry", *Economic Systems Research*, Taylor & Francis Journals, 22(4), 407–425.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2020), *Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie*, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2020, Kiel.

Ochsner, C. und C. Zuber (2025), "Output, Prices and Public Debt under the New German Fiscal Consensus", German Council of Economic Experts Working Paper 01/2025.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – SVR (2025), *Frühjahrgutachten 2025*, Wiesbaden.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, F. Fourné, M. Menkhoff, S. Möhrle, R. Šauer, S. Schiman, K. Wohlrabe, M. Wolters und L. Zarges (2022), „ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland“, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni 2022.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Fell, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A.-C. Rathje, R. Šauer, M. Schasching, M. Scheiblecker und L. Zarges (2023), „ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahm noch“, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni 2023.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, M. Schasching, S. Schiman-Vukan, T. Wibault, G. Wolf und L. Zarges (2024), „ifo Konjunkturprognose Winter 2024: Deutsche Wirtschaft am Scheideweg“, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Dezember 2024.

Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, M. Schasching, T. Wibault, G. Wolf und L. Zarges (2025), „ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2025: Deutsche Wirtschaft steckt fest“, *ifo Schnelldienst digital* 6(4).

Ziebarth, N. und S. Pichler (2024), „Einordnung des deutlichen Anstiegs der krankheitsbedingten Fehlzeiten seit 2022“, ZEW Policy Brief Nr. 18.

6. Tabellenanhang

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

| | Gegenstand der Nachweisung | 2024 | | | | |
|----------------|---|-------------------------|--|---------|--|-------------|
| | | Gesamte Volkswirtschaft | Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften | Staat | Private Haushalte und private Org. o. E. | Übrige Welt |
| | | S 1 | S 11/S12 | S 13 | S 14/S 15 | S 2 |
| 1 | = Bruttowertschöpfung | 3 899,6 | 2 620,0 | 469,2 | 810,4 | - |
| 2 | - Abschreibungen | 886,8 | 487,1 | 119,4 | 280,2 | - |
| 3 | = Nettowertschöpfung 1) | 3 012,8 | 2 132,9 | 349,7 | 530,2 | - 169,0 |
| 4 | - Geleistete Arbeitnehmerentgelte | 2 350,2 | 1 704,1 | 358,3 | 287,8 | 20,0 |
| 5 | - Geleistete sonstige Produktionsabgaben | 41,5 | 30,6 | 0,3 | 10,6 | - |
| 6 | + Empfangene sonstige Subventionen | 64,0 | 61,7 | 0,2 | 2,2 | - |
| 7 | = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen | 685,2 | 460,0 | - 8,7 | 233,9 | - 188,9 |
| 8 | + Empfangene Arbeitnehmerentgelte | 2 355,9 | - | - | 2 355,9 | 14,2 |
| 9 | - Geleistete Subventionen | 54,4 | - | 54,4 | - | 9,8 |
| 10 | + Empfangene Produktions- und Importabgaben | 441,8 | - | 441,8 | - | 5,6 |
| 11 | - Geleistete Vermögenseinkommen | 1 100,6 | 1 007,6 | 46,1 | 46,9 | 431,7 |
| 12 | + Empfangene Vermögenseinkommen | 1 248,2 | 742,5 | 34,3 | 471,4 | 284,1 |
| 13 | = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) | 3 576,1 | 194,9 | 366,9 | 3 014,3 | - 326,5 |
| 14 | - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern | 539,0 | 128,2 | - | 410,8 | 14,8 |
| 15 | + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern | 553,1 | - | 553,1 | - | 0,7 |
| 16 | - Geleistete Nettosozialbeiträge 2) | 910,9 | - | - | 910,9 | 3,7 |
| 17 | + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) | 909,6 | 153,0 | 755,7 | 0,8 | 5,0 |
| 18 | - Geleistete monetäre Sozialleistungen | 787,8 | 84,7 | 702,3 | 0,8 | 0,8 |
| 19 | + Empfangene monetäre Sozialleistungen | 777,7 | - | - | 777,7 | 10,9 |
| 20 | - Geleistete sonstige laufende Transfers | 464,4 | 271,2 | 90,4 | 102,7 | 98,1 |
| 21 | + Empfangene sonstige laufende Transfers | 402,7 | 237,2 | 31,4 | 134,1 | 159,8 |
| 22 | = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) | 3 517,1 | 101,0 | 914,4 | 2 501,7 | - 267,5 |
| 23 | - Konsumausgaben | 3 230,6 | - | 960,2 | 2 270,4 | - |
| 24 | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | - | - 57,7 | - | 57,7 | - |
| 25 | = Sparen | 286,4 | 43,3 | - 45,9 | 289,0 | - 267,5 |
| 26 | - Geleistete Vermögenstransfers | 113,6 | 13,2 | 84,4 | 16,1 | 8,4 |
| 27 | + Empfangene Vermögenstransfers | 91,2 | 50,7 | 20,6 | 19,9 | 30,8 |
| 28 | - Bruttoinvestitionen | 905,7 | 503,0 | 125,7 | 277,1 | - |
| 29 | + Abschreibungen | 886,8 | 487,1 | 119,4 | 280,2 | - |
| 30 | - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern | 16,4 | 16,6 | - 0,2 | - 0,0 | - 16,4 |
| 31 | = Finanzierungssaldo | 228,7 | 48,3 | - 115,6 | 296,0 | - 228,7 |
| Nachrichtlich: | | | | | | |
| 34 | Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) | 3 517,1 | 101,0 | 914,4 | 2 501,7 | - 267,5 |
| 35 | - Geleistete soziale Sachtransfers | 594,9 | - | 594,9 | - | - |
| 36 | + Empfangene soziale Sachtransfers | 594,9 | - | - | 594,9 | - |
| 37 | = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) | 3 517,1 | 101,0 | 319,5 | 3 096,6 | - 267,5 |
| 38 | - Konsum 3) | 3 230,6 | - | 365,4 | 2 865,3 | - |
| 39 | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | - | - 57,7 | - | 57,7 | - |
| 40 | = Sparen | 286,4 | 43,3 | - 45,9 | 289,0 | - 267,5 |

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzgl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

| | Gegenstand der Nachweisung | 2025 | | | | |
|----|---|-------------------------|--|---------|--|-------------|
| | | Gesamte Volkswirtschaft | Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften | Staat | Private Haushalte und private Org. o. E. | Übrige Welt |
| | | S 1 | S 11/S12 | S 13 | S 14/S 15 | S 2 |
| 1 | = Bruttowertschöpfung | 4 019,5 | 2 703,1 | 489,1 | 827,2 | - |
| 2 | - Abschreibungen | 917,3 | 504,4 | 123,7 | 289,1 | - |
| 3 | = Nettowertschöpfung 1) | 3 102,2 | 2 198,7 | 365,4 | 538,1 | - 125,2 |
| 4 | - Geleistete Arbeitnehmerentgelte | 2 443,2 | 1 769,7 | 373,7 | 299,7 | 20,7 |
| 5 | - Geleistete sonstige Produktionsabgaben | 45,5 | 33,4 | 0,3 | 11,9 | - |
| 6 | + Empfangene sonstige Subventionen | 62,9 | 60,5 | 0,2 | 2,2 | - |
| 7 | = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen | 676,4 | 456,1 | - 8,4 | 228,7 | - 145,9 |
| 8 | + Empfangene Arbeitnehmerentgelte | 2 448,3 | - | - | 2 448,3 | 15,5 |
| 9 | - Geleistete Subventionen | 53,8 | - | 53,8 | - | 9,2 |
| 10 | + Empfangene Produktions- und Importabgaben | 463,2 | - | 463,2 | - | 6,3 |
| 11 | - Geleistete Vermögenseinkommen | 1 075,9 | 980,8 | 49,0 | 46,0 | 419,9 |
| 12 | + Empfangene Vermögenseinkommen | 1 240,5 | 730,8 | 33,2 | 476,5 | 255,3 |
| 13 | = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) | 3 698,9 | 206,1 | 385,3 | 3 107,5 | - 298,0 |
| 14 | - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern | 559,2 | 130,0 | - | 429,2 | 15,5 |
| 15 | + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern | 573,9 | - | 573,9 | - | 0,8 |
| 16 | - Geleistete Nettosozialbeiträge 2) | 991,1 | - | - | 991,1 | 4,0 |
| 17 | + Empfangene Nettosozialbeiträge 2) | 989,8 | 171,3 | 817,8 | 0,8 | 5,3 |
| 18 | - Geleistete monetäre Sozialleistungen | 833,4 | 86,7 | 745,8 | 0,8 | 0,8 |
| 19 | + Empfangene monetäre Sozialleistungen | 822,9 | - | - | 822,9 | 11,3 |
| 20 | - Geleistete sonstige laufende Transfers | 459,1 | 274,8 | 94,3 | 90,0 | 104,8 |
| 21 | + Empfangene sonstige laufende Transfers | 415,3 | 245,1 | 31,2 | 138,9 | 148,6 |
| 22 | = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) | 3 658,1 | 130,9 | 968,1 | 2 559,1 | - 257,2 |
| 23 | - Konsumausgaben | 3 353,4 | - | 1 008,0 | 2 345,4 | - |
| 24 | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | - | - 57,7 | - | 57,7 | - |
| 25 | = Sparen | 304,7 | 73,2 | - 39,9 | 271,4 | - 257,2 |
| 26 | - Geleistete Vermögenstransfers | 106,9 | 13,7 | 76,7 | 16,5 | 8,6 |
| 27 | + Empfangene Vermögenstransfers | 97,5 | 53,5 | 23,6 | 20,4 | 18,0 |
| 28 | - Bruttoinvestitionen | 964,8 | 545,7 | 132,7 | 286,4 | - |
| 29 | + Abschreibungen | 917,3 | 504,4 | 123,7 | 289,1 | - |
| 30 | - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern | 18,0 | 18,0 | - 0,3 | 0,2 | - 18,0 |
| 31 | = Finanzierungssaldo | 229,8 | 53,7 | - 101,5 | 277,7 | - 229,8 |
| | Nachrichtlich: | | | | | |
| 34 | Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) | 3 658,1 | 130,9 | 968,1 | 2 559,1 | - 257,2 |
| 35 | - Geleistete soziale Sachtransfers | 635,0 | - | 635,0 | - | - |
| 36 | + Empfangene soziale Sachtransfers | 635,0 | - | - | 635,0 | - |
| 37 | = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) | 3 658,1 | 130,9 | 333,1 | 3 194,1 | - 257,2 |
| 38 | - Konsum 3) | 3 353,4 | - | 373,0 | 2 980,4 | - |
| 39 | + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | - | - 57,7 | - | 57,7 | - |
| 40 | = Sparen | 304,7 | 73,2 | - 39,9 | 271,4 | - 257,2 |

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

| | Gegenstand der Nachweisung | 2026 | | | | |
|------|---|-------------------------|--|---------|--|-------------|
| | | Gesamte Volkswirtschaft | Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften | Staat | Private Haushalte und private Org. o. E. | Übrige Welt |
| | | S 1 | S 11/S12 | S 13 | S 14/S 15 | S 2 |
| 1 = | Bruttowertschöpfung | 4 178,7 | 2 824,6 | 503,0 | 851,1 | - |
| 2 - | Abschreibungen | 950,9 | 524,3 | 128,2 | 298,4 | - |
| 3 = | Nettowertschöpfung 1) | 3 227,8 | 2 300,3 | 374,7 | 552,7 | - 111,1 |
| 4 - | Geleistete Arbeitnehmerentgelte | 2 530,0 | 1 836,1 | 383,6 | 310,3 | 21,4 |
| 5 - | Geleistete sonstige Produktionsabgaben | 47,4 | 34,9 | 0,3 | 12,3 | - |
| 6 + | Empfangene sonstige Subventionen | 66,5 | 64,0 | 0,2 | 2,2 | - |
| 7 = | Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen | 716,8 | 493,4 | - 8,9 | 232,4 | - 132,6 |
| 8 + | Empfangene Arbeitnehmerentgelte | 2 534,8 | - | - | 2 534,8 | 16,6 |
| 9 - | Geleistete Subventionen | 57,3 | - | 57,3 | - | 9,2 |
| 10 + | Empfangene Produktions- und Importabgaben | 469,4 | - | 469,4 | - | 6,3 |
| 11 - | Geleistete Vermögenseinkommen | 1 075,8 | 979,6 | 50,2 | 46,0 | 427,4 |
| 12 + | Empfangene Vermögenseinkommen | 1 247,5 | 738,2 | 33,2 | 476,1 | 255,8 |
| 13 = | Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen) | 3 835,5 | 252,0 | 386,2 | 3 197,3 | - 290,6 |
| 14 - | Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern | 571,6 | 135,4 | - | 436,3 | 15,7 |
| 15 + | Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern | 586,5 | - | 586,5 | - | 0,8 |
| 16 - | Geleistete Nettosozialbeiträge 2) | 1 038,5 | - | - | 1 038,5 | 4,3 |
| 17 + | Empfangene Nettosozialbeiträge 2) | 1 037,2 | 178,1 | 858,3 | 0,8 | 5,6 |
| 18 - | Geleistete monetäre Sozialleistungen | 866,3 | 88,5 | 777,0 | 0,8 | 0,8 |
| 19 + | Empfangene monetäre Sozialleistungen | 855,8 | - | - | 855,8 | 11,3 |
| 20 - | Geleistete sonstige laufende Transfers | 471,0 | 280,3 | 106,1 | 84,6 | 109,0 |
| 21 + | Empfangene sonstige laufende Transfers | 424,8 | 250,0 | 31,3 | 143,5 | 155,2 |
| 22 = | Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) | 3 792,4 | 175,9 | 979,2 | 2 637,3 | - 247,5 |
| 23 - | Konsumausgaben | 3 466,6 | - | 1 052,5 | 2 414,1 | - |
| 24 + | Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | - | - 58,1 | - | 58,1 | - |
| 25 = | Sparen | 325,8 | 117,8 | - 73,4 | 281,3 | - 247,5 |
| 26 - | Geleistete Vermögenstransfers | 119,0 | 14,0 | 88,1 | 16,9 | 8,7 |
| 27 + | Empfangene Vermögenstransfers | 107,3 | 64,4 | 22,1 | 20,8 | 20,4 |
| 28 - | Bruttoinvestitionen | 1 029,1 | 583,1 | 146,1 | 300,0 | - |
| 29 + | Abschreibungen | 950,9 | 524,3 | 128,2 | 298,4 | - |
| 30 - | Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern | 19,5 | 19,6 | - 0,3 | 0,2 | - 19,5 |
| 31 = | Finanzierungssaldo | 216,4 | 89,9 | - 156,9 | 283,5 | - 216,4 |
| | Nachrichtlich: | | | | | |
| 34 | Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept) | 3 792,4 | 175,9 | 979,2 | 2 637,3 | - 247,5 |
| 35 - | Geleistete soziale Sachtransfers | 668,5 | - | 668,5 | - | - |
| 36 + | Empfangene soziale Sachtransfers | 668,5 | - | - | 668,5 | - |
| 37 = | Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept) | 3 792,4 | 175,9 | 310,6 | 3 305,8 | - 247,5 |
| 38 - | Konsum 3) | 3 466,6 | - | 384,0 | 3 082,6 | - |
| 39 + | Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche | - | - 58,1 | - | 58,1 | - |
| 40 = | Sparen | 325,8 | 117,8 | - 73,4 | 281,3 | - 247,5 |

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

| | 2024 (1) | 2025 (2) | 2026 (2) | 2024 (1) | | 2025 (2) | | 2026 (2) | |
|---|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | | | | 1.Hj | 2.Hj | 1.Hj | 2.Hj | 1.Hj | 2.Hj |
| 1. Entstehung des Inlandsprodukts | | | | | | | | | |
| Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Zahl der Erwerbstätigen | 0,2 | -0,1 | 0,3 | 0,3 | 0,0 | -0,1 | 0,0 | 0,2 | 0,3 |
| Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3) | -0,3 | 0,1 | 0,6 | -1,0 | 0,4 | 0,1 | 0,1 | 0,2 | 1,0 |
| Arbeitsvolumen | -0,1 | 0,0 | 0,9 | -0,7 | 0,4 | 0,0 | 0,1 | 0,4 | 1,3 |
| Produktivität 4) | -0,1 | 0,2 | 0,6 | 0,4 | -0,6 | -0,1 | 0,6 | 0,6 | 0,7 |
| Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt | -0,2 | 0,3 | 1,5 | -0,3 | -0,1 | -0,2 | 0,7 | 0,9 | 2,0 |
| 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen | | | | | | | | | |
| a) Mrd. EUR | | | | | | | | | |
| Konsumausgaben | 3 230,6 | 3 353,4 | 3 466,6 | 1 574,2 | 1 656,4 | 1 636,3 | 1 717,1 | 1 686,3 | 1 780,4 |
| Private Konsumausgaben 5) | 2 270,4 | 2 345,4 | 2 414,1 | 1 108,5 | 1 161,8 | 1 145,4 | 1 200,1 | 1 174,1 | 1 240,0 |
| Konsumausgaben des Staates | 960,2 | 1 008,0 | 1 052,5 | 465,7 | 494,6 | 490,9 | 517,0 | 512,1 | 540,4 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 898,5 | 927,9 | 978,8 | 439,4 | 459,1 | 449,1 | 478,8 | 467,6 | 511,3 |
| Bauten | 464,8 | 479,9 | 504,2 | 229,9 | 234,9 | 235,2 | 244,7 | 244,3 | 259,9 |
| Ausrüstungen | 265,3 | 268,6 | 284,4 | 128,6 | 136,7 | 127,8 | 140,9 | 132,3 | 152,2 |
| Sonstige Anlagen | 168,4 | 179,3 | 190,2 | 80,9 | 87,5 | 86,1 | 93,2 | 91,0 | 99,2 |
| Vorratsveränderungen 6) | 7,2 | 36,9 | 50,3 | 0,1 | 7,1 | 23,9 | 13,0 | 34,5 | 15,8 |
| Inländische Verwendung | 4 136,3 | 4 318,2 | 4 495,8 | 2 013,6 | 2 122,7 | 2 109,3 | 2 208,9 | 2 188,4 | 2 307,4 |
| Außenbeitrag | 169,0 | 125,2 | 111,1 | 112,0 | 57,0 | 76,2 | 49,0 | 65,5 | 45,7 |
| Nachrichtlich: in Relation zum BIP % | 3,9 | 2,8 | 2,4 | 5,3 | 2,6 | 3,5 | 2,2 | 2,9 | 1,9 |
| Exporte | 1 799,6 | 1 821,5 | 1 846,7 | 910,7 | 888,9 | 906,2 | 915,3 | 912,3 | 934,3 |
| Importe | 1 630,6 | 1 696,2 | 1 735,5 | 798,7 | 831,9 | 830,0 | 866,2 | 846,9 | 888,7 |
| Bruttoinlandsprodukt | 4 305,3 | 4 443,4 | 4 606,9 | 2 125,6 | 2 179,6 | 2 185,5 | 2 257,9 | 2 253,8 | 2 353,1 |
| b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Konsumausgaben | 3,9 | 3,8 | 3,4 | 4,1 | 3,7 | 3,9 | 3,7 | 3,1 | 3,7 |
| Private Konsumausgaben 5) | 2,9 | 3,3 | 2,9 | 3,0 | 2,9 | 3,3 | 3,3 | 2,5 | 3,3 |
| Konsumausgaben des Staates | 6,1 | 5,0 | 4,4 | 6,6 | 5,6 | 5,4 | 4,5 | 4,3 | 4,5 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -0,2 | 3,3 | 5,5 | -0,5 | 0,2 | 2,2 | 4,3 | 4,1 | 6,8 |
| Bauten | -0,3 | 3,3 | 5,1 | -1,5 | 0,9 | 2,3 | 4,2 | 3,8 | 6,2 |
| Ausrüstungen | -3,8 | 1,3 | 5,9 | -3,1 | -4,4 | -0,6 | 3,0 | 3,5 | 8,0 |
| Sonstige Anlagen | 6,6 | 6,5 | 6,1 | 7,0 | 6,2 | 6,4 | 6,5 | 5,7 | 6,4 |
| Inländische Verwendung | 2,9 | 4,4 | 4,1 | 2,0 | 3,8 | 4,8 | 4,1 | 3,7 | 4,5 |
| Exporte | -0,9 | 1,2 | 1,4 | -0,6 | -1,3 | -0,5 | 3,0 | 0,7 | 2,1 |
| Importe | -1,1 | 4,0 | 2,3 | -3,9 | 1,8 | 3,9 | 4,1 | 2,0 | 2,6 |
| Bruttoinlandsprodukt | 2,9 | 3,2 | 3,7 | 3,3 | 2,5 | 2,8 | 3,6 | 3,1 | 4,2 |
| 3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020) | | | | | | | | | |
| a) Mrd. EUR | | | | | | | | | |
| Konsumausgaben | 2 705,4 | 2 735,9 | 2 766,3 | 1 330,2 | 1 375,2 | 1 346,7 | 1 389,2 | 1 359,4 | 1 406,9 |
| Private Konsumausgaben 5) | 1 885,3 | 1 902,7 | 1 917,5 | 926,8 | 958,5 | 934,5 | 968,2 | 940,5 | 977,0 |
| Konsumausgaben des Staates | 820,7 | 833,9 | 849,7 | 403,7 | 417,0 | 412,6 | 421,3 | 419,3 | 430,4 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 711,4 | 715,8 | 736,8 | 349,1 | 362,3 | 347,6 | 368,2 | 353,7 | 383,1 |
| Bauten | 335,2 | 336,8 | 344,8 | 166,7 | 168,5 | 165,8 | 171,0 | 168,2 | 176,6 |
| Ausrüstungen | 226,3 | 223,9 | 232,0 | 109,7 | 116,6 | 106,7 | 117,2 | 108,2 | 123,8 |
| Sonstige Anlagen | 153,1 | 158,6 | 164,1 | 73,8 | 79,3 | 76,4 | 82,3 | 78,8 | 85,3 |
| Inländische Verwendung | 3 452,7 | 3 486,5 | 3 542,0 | 1 693,3 | 1 759,4 | 1 717,4 | 1 769,1 | 1 737,9 | 1 804,0 |
| Exporte | 1 499,0 | 1 491,7 | 1 503,9 | 761,7 | 737,3 | 743,3 | 748,5 | 744,3 | 759,6 |
| Importe | 1 342,4 | 1 359,3 | 1 373,4 | 660,5 | 681,8 | 668,2 | 691,1 | 672,9 | 700,5 |
| Bruttoinlandsprodukt | 3 606,9 | 3 616,4 | 3 670,1 | 1 794,0 | 1 813,1 | 1 791,3 | 1 825,2 | 1 808,2 | 1 861,9 |
| b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Konsumausgaben | 1,1 | 1,1 | 1,1 | 0,8 | 1,3 | 1,2 | 1,0 | 0,9 | 1,3 |
| Private Konsumausgaben 5) | 0,2 | 0,9 | 0,8 | 0,1 | 0,3 | 0,8 | 1,0 | 0,6 | 0,9 |
| Konsumausgaben des Staates | 3,2 | 1,6 | 1,9 | 2,5 | 3,9 | 2,2 | 1,0 | 1,6 | 2,1 |
| Bruttoanlageinvestitionen | -2,7 | 0,6 | 2,9 | -2,9 | -2,5 | -0,4 | 1,6 | 1,7 | 4,1 |
| Bauten | -3,2 | 0,5 | 2,4 | -4,2 | -2,2 | -0,5 | 1,5 | 1,4 | 3,3 |
| Ausrüstungen | -5,4 | -1,1 | 3,6 | -4,9 | -6,0 | -2,8 | 0,5 | 1,4 | 5,6 |
| Sonstige Anlagen | 3,9 | 3,6 | 3,5 | 4,6 | 3,2 | 3,5 | 3,8 | 3,1 | 3,7 |
| Inländische Verwendung | 0,3 | 1,0 | 1,6 | -0,9 | 1,5 | 1,4 | 0,6 | 1,2 | 2,0 |
| Exporte | -1,8 | -0,5 | 0,8 | -1,0 | -2,7 | -2,4 | 1,5 | 0,1 | 1,5 |
| Importe | -0,7 | 1,3 | 1,0 | -2,5 | 1,0 | 1,2 | 1,4 | 0,7 | 1,4 |
| Bruttoinlandsprodukt | -0,2 | 0,3 | 1,5 | -0,3 | -0,1 | -0,2 | 0,7 | 0,9 | 2,0 |

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

| | 2024 (1) | 2025 (2) | 2026 (2) | 2024 (1) | | 2025 (2) | | 2026 (2) | |
|---|----------|----------|----------|----------|---------|----------|---------|----------|---------|
| | | | | 1.Hj | 2.Hj | 1.Hj | 2.Hj | 1.Hj | 2.Hj |
| 4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100) | | | | | | | | | |
| Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Konsumausgaben | 2,8 | 2,6 | 2,2 | 3,3 | 2,3 | 2,7 | 2,6 | 2,1 | 2,4 |
| Private Konsumausgaben 5) | 2,7 | 2,4 | 2,1 | 3,0 | 2,5 | 2,5 | 2,3 | 1,9 | 2,4 |
| Konsumausgaben des Staates | 2,8 | 3,3 | 2,5 | 3,9 | 1,7 | 3,2 | 3,5 | 2,7 | 2,3 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 2,6 | 2,6 | 2,5 | 2,4 | 2,7 | 2,7 | 2,6 | 2,3 | 2,6 |
| Bauten | 3,0 | 2,8 | 2,6 | 2,8 | 3,3 | 2,8 | 2,6 | 2,4 | 2,8 |
| Ausrüstungen | 1,8 | 2,4 | 2,2 | 1,9 | 1,6 | 2,2 | 2,5 | 2,1 | 2,3 |
| Sonstige Anlagen | 2,6 | 2,7 | 2,5 | 2,3 | 2,9 | 2,9 | 2,6 | 2,5 | 2,5 |
| Inländische Verwendung | 2,7 | 3,4 | 2,5 | 3,0 | 2,3 | 3,3 | 3,5 | 2,5 | 2,4 |
| Exporte | 0,9 | 1,7 | 0,6 | 0,4 | 1,4 | 2,0 | 1,4 | 0,5 | 0,6 |
| Importe | -0,4 | 2,7 | 1,3 | -1,5 | 0,7 | 2,7 | 2,7 | 1,3 | 1,2 |
| Bruttoinlandsprodukt | 3,1 | 2,9 | 2,2 | 3,6 | 2,6 | 3,0 | 2,9 | 2,2 | 2,2 |
| 5. Einkommensentstehung und -verteilung | | | | | | | | | |
| a) Mrd. EUR | | | | | | | | | |
| Primäreinkommen der privaten Haushalte | 3 014,3 | 3 107,5 | 3 197,3 | 1 473,7 | 1 540,6 | 1 525,0 | 1 582,6 | 1 557,0 | 1 640,3 |
| Sozialbeiträge der Arbeitgeber | 402,6 | 434,0 | 454,1 | 194,6 | 208,1 | 210,4 | 223,6 | 219,6 | 234,4 |
| Bruttolöhne und -gehälter | 1 953,3 | 2 014,3 | 2 080,8 | 934,0 | 1 019,3 | 969,9 | 1 044,5 | 997,5 | 1 083,3 |
| Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte | 658,4 | 659,2 | 662,5 | 345,2 | 313,2 | 344,7 | 314,5 | 339,9 | 322,6 |
| Primäreinkommen der übrigen Sektoren | 561,8 | 591,4 | 638,1 | 269,1 | 292,6 | 274,6 | 316,7 | 297,3 | 340,8 |
| Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen) | 3 576,1 | 3 698,9 | 3 835,5 | 1 742,8 | 1 833,3 | 1 799,6 | 1 899,3 | 1 854,3 | 1 981,2 |
| Abschreibungen | 886,8 | 917,3 | 950,9 | 440,8 | 445,9 | 455,5 | 461,7 | 471,4 | 479,5 |
| Bruttonationaleinkommen | 4 462,8 | 4 616,2 | 4 786,4 | 2 183,7 | 2 279,2 | 2 255,2 | 2 361,0 | 2 325,7 | 2 460,7 |
| nachrichtlich: | | | | | | | | | |
| Volkseinkommen | 3 188,7 | 3 289,4 | 3 423,3 | 1 552,1 | 1 636,6 | 1 597,6 | 1 691,8 | 1 651,6 | 1 771,8 |
| Arbeitnehmerentgelte | 2 355,9 | 2 448,3 | 2 534,8 | 1 128,5 | 1 227,4 | 1 180,2 | 1 268,1 | 1 217,1 | 1 317,7 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | 832,8 | 841,1 | 888,5 | 423,6 | 409,2 | 417,4 | 423,7 | 434,5 | 454,0 |
| b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Primäreinkommen der privaten Haushalte | 4,1 | 3,1 | 2,9 | 4,3 | 3,9 | 3,5 | 2,7 | 2,1 | 3,7 |
| Sozialbeiträge der Arbeitgeber | 5,1 | 7,8 | 4,6 | 5,4 | 4,8 | 8,1 | 7,5 | 4,4 | 4,8 |
| Bruttolöhne und -gehälter | 5,8 | 3,1 | 3,3 | 6,5 | 5,2 | 3,8 | 2,5 | 2,8 | 3,7 |
| Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten | 5,4 | 3,0 | 2,9 | 5,9 | 5,0 | 3,8 | 2,3 | 2,6 | 3,3 |
| Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten | 5,7 | 1,4 | 2,8 | 6,5 | 4,9 | 2,1 | 0,7 | 2,4 | 3,2 |
| Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte | -1,3 | 0,1 | 0,5 | -1,7 | -0,9 | -0,1 | 0,4 | -1,4 | 2,6 |
| Primäreinkommen der übrigen Sektoren | -3,1 | 5,3 | 7,9 | -2,7 | -3,5 | 2,0 | 8,2 | 8,3 | 7,6 |
| Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen) | 2,9 | 3,4 | 3,7 | 3,1 | 2,6 | 3,3 | 3,6 | 3,0 | 4,3 |
| Abschreibungen | 3,6 | 3,4 | 3,7 | 3,5 | 3,6 | 3,3 | 3,5 | 3,5 | 3,8 |
| Bruttonationaleinkommen | 3,0 | 3,4 | 3,7 | 3,2 | 2,8 | 3,3 | 3,6 | 3,1 | 4,2 |
| nachrichtlich: | | | | | | | | | |
| Volkseinkommen | 1,8 | 3,2 | 4,1 | 2,2 | 1,4 | 2,9 | 3,4 | 3,4 | 4,7 |
| Arbeitnehmerentgelte | 5,7 | 3,9 | 3,5 | 6,3 | 5,2 | 4,6 | 3,3 | 3,1 | 3,9 |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | -7,8 | 1,0 | 5,6 | -7,4 | -8,3 | -1,5 | 3,5 | 4,1 | 7,2 |
| 6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E. | | | | | | | | | |
| a) Mrd. EUR | | | | | | | | | |
| Masseneinkommen | 1 971,8 | 2 029,5 | 2 101,1 | 948,1 | 1 023,7 | 981,1 | 1 048,4 | 1 015,8 | 1 085,3 |
| Nettolöhne und -gehälter | 1 364,1 | 1 384,1 | 1 427,9 | 647,2 | 716,9 | 661,1 | 723,0 | 679,0 | 748,9 |
| Monetäre Sozialleistungen | 777,7 | 822,9 | 855,8 | 384,4 | 393,2 | 408,7 | 414,2 | 427,7 | 428,1 |
| abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern | 170,0 | 177,5 | 182,7 | 83,5 | 86,5 | 88,7 | 88,9 | 91,0 | 91,7 |
| Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte | 658,4 | 659,2 | 662,5 | 345,2 | 313,2 | 344,7 | 314,5 | 339,9 | 322,6 |
| Sonstige Transfers (Saldo) | -128,5 | -129,6 | -126,2 | -58,8 | -69,8 | -60,7 | -68,8 | -57,8 | -68,4 |
| Verfügbares Einkommen | 2501,7 | 2559,1 | 2637,3 | 1234,5 | 1267,2 | 1265,1 | 1294,0 | 1297,8 | 1339,5 |
| Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche | 57,7 | 57,7 | 58,1 | 28,0 | 29,7 | 27,9 | 29,8 | 28,1 | 30,0 |
| Private Konsumausgaben 5) | 2 270,4 | 2 345,4 | 2 414,1 | 1 108,5 | 1 161,8 | 1 145,4 | 1 200,1 | 1 174,1 | 1 240,0 |
| Sparen | 289,0 | 271,4 | 281,3 | 154,0 | 135,0 | 147,6 | 123,7 | 151,8 | 129,5 |
| Sparquote 7) | 11,3 | 10,4 | 10,4 | 12,2 | 10,4 | 11,4 | 9,3 | 11,5 | 9,5 |
| b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Masseneinkommen | 6,1 | 2,9 | 3,5 | 6,8 | 5,5 | 3,5 | 2,4 | 3,5 | 3,5 |
| Nettolöhne und -gehälter | 6,0 | 1,5 | 3,2 | 7,0 | 5,2 | 2,2 | 0,9 | 2,7 | 3,6 |
| Monetäre Sozialleistungen | 6,4 | 5,8 | 4,0 | 6,7 | 6,2 | 6,3 | 5,3 | 4,7 | 3,4 |
| abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern | 6,8 | 4,5 | 2,9 | 7,8 | 5,8 | 6,2 | 2,7 | 2,6 | 3,2 |
| Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte | -1,3 | 0,1 | 0,5 | -1,7 | -0,9 | -0,1 | 0,4 | -1,4 | 2,6 |
| Verfügbares Einkommen | 4,0 | 2,3 | 3,1 | 4,3 | 3,8 | 2,5 | 2,1 | 2,6 | 3,5 |
| Private Konsumausgaben 5) | 2,9 | 3,3 | 2,9 | 3,0 | 2,9 | 3,3 | 3,3 | 2,5 | 3,3 |
| Sparen | 12,6 | -6,1 | 3,7 | 13,1 | 12,0 | -4,2 | -8,3 | 2,9 | 4,7 |

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

| | 2024 (1) | 2025 (2) | 2026 (2) | 2024 (1) | | 2025 (2) | | 2026 (2) | |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | | | | 1.Hj | 2.Hj | 1.Hj | 2.Hj | 1.Hj | 2.Hj |
| 7. Einnahmen und Ausgaben des Staates | | | | | | | | | |
| a) Mrd. EUR | | | | | | | | | |
| Einnahmen | | | | | | | | | |
| Steuern | 994,9 | 1 037,2 | 1 055,9 | 485,7 | 509,2 | 509,3 | 527,8 | 515,5 | 540,5 |
| Nettosozialbeiträge | 755,7 | 817,8 | 858,3 | 365,5 | 390,3 | 398,8 | 418,9 | 416,9 | 441,4 |
| Vermögenseinkünfte | 34,3 | 33,2 | 33,2 | 17,9 | 16,3 | 17,3 | 15,9 | 17,2 | 16,1 |
| Sonstige Übertragungen | 31,4 | 31,2 | 31,3 | 13,9 | 17,6 | 13,8 | 17,4 | 13,8 | 17,5 |
| Vermögensübertragungen | 20,6 | 23,6 | 22,1 | 9,3 | 11,3 | 13,1 | 10,6 | 9,0 | 13,2 |
| Verkäufe | 185,1 | 189,4 | 198,8 | 84,9 | 100,2 | 88,4 | 101,0 | 93,1 | 105,6 |
| Sonstige Subventionen | 0,2 | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| Einnahmen insgesamt | 2 022,2 | 2 132,7 | 2 199,9 | 977,3 | 1 044,9 | 1 040,8 | 1 091,8 | 1 065,5 | 1 134,4 |
| Ausgaben | | | | | | | | | |
| Vorleistungen | 284,2 | 288,2 | 306,1 | 128,7 | 155,5 | 132,2 | 156,0 | 140,7 | 165,4 |
| Arbeitnehmerentgelte | 358,3 | 373,7 | 383,6 | 173,2 | 185,1 | 180,7 | 193,0 | 185,5 | 198,1 |
| Sonstige Produktionsabgaben | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 0,1 | 0,2 | 0,1 | 0,2 | 0,1 | 0,2 |
| Vermögenseinkünfte (Zinsen) | 46,1 | 49,0 | 50,2 | 23,0 | 23,1 | 25,2 | 23,8 | 26,0 | 24,2 |
| Subventionen | 54,4 | 53,8 | 57,3 | 25,2 | 29,2 | 24,4 | 29,3 | 26,2 | 31,1 |
| Monetäre Sozialleistungen | 702,3 | 745,8 | 777,0 | 346,9 | 355,4 | 370,2 | 375,6 | 388,4 | 388,6 |
| Soziale Sachleistungen | 392,0 | 420,0 | 442,2 | 193,2 | 198,9 | 208,5 | 211,5 | 219,2 | 223,1 |
| Sonstige Transfers | 90,4 | 94,3 | 106,1 | 43,6 | 46,8 | 45,4 | 48,9 | 51,4 | 54,7 |
| Vermögenstransfers | 84,4 | 76,7 | 88,1 | 37,2 | 47,2 | 29,6 | 47,1 | 35,1 | 53,0 |
| Bruttoinvestitionen | 125,7 | 132,7 | 146,1 | 55,2 | 70,4 | 58,2 | 74,5 | 64,8 | 81,3 |
| Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern | -0,2 | -0,3 | -0,3 | -0,1 | -0,1 | -0,2 | -0,1 | -0,2 | -0,1 |
| Ausgaben insgesamt | 2 137,8 | 2 234,2 | 2 356,8 | 1 026,1 | 1 111,7 | 1 074,5 | 1 159,7 | 1 137,1 | 1 219,7 |
| Finanzierungssaldo | -115,6 | -101,5 | -156,9 | -48,9 | -66,8 | -33,7 | -67,8 | -71,6 | -85,4 |
| b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr | | | | | | | | | |
| Einnahmen | | | | | | | | | |
| Steuern | 3,5 | 4,3 | 1,8 | 2,9 | 4,1 | 4,9 | 3,7 | 1,2 | 2,4 |
| Nettosozialbeiträge | 6,5 | 8,2 | 5,0 | 6,8 | 6,1 | 9,1 | 7,3 | 4,5 | 5,4 |
| Vermögenseinkünfte | 9,2 | -3,1 | 0,1 | 12,4 | 5,9 | -3,7 | -2,5 | -0,6 | 0,9 |
| Sonstige Übertragungen | -5,9 | -0,7 | 0,2 | -5,4 | -6,3 | -0,6 | -0,8 | -0,3 | 0,6 |
| Vermögensübertragungen | 6,0 | 14,8 | -6,4 | 8,9 | 3,7 | 40,5 | -6,4 | -31,4 | 24,4 |
| Verkäufe | 11,8 | 2,3 | 4,9 | 8,4 | 14,9 | 4,1 | 0,8 | 5,3 | 4,6 |
| Sonstige Subventionen | | | | | | | | | |
| Einnahmen insgesamt | 5,3 | 5,5 | 3,2 | 4,9 | 5,6 | 6,5 | 4,5 | 2,4 | 3,9 |
| Ausgaben | | | | | | | | | |
| Vorleistungen | 7,7 | 1,4 | 6,2 | 5,8 | 9,3 | 2,7 | 0,3 | 6,4 | 6,0 |
| Arbeitnehmerentgelt | 6,1 | 4,3 | 2,7 | 7,7 | 4,7 | 4,4 | 4,3 | 2,6 | 2,7 |
| Sonstige Produktionsabgaben | | | | | | | | | |
| Vermögenseinkünfte (Zinsen) | 26,0 | 6,4 | 2,5 | 33,5 | 19,3 | 9,8 | 3,0 | 3,0 | 2,0 |
| Subventionen | -35,6 | -1,3 | 6,6 | -40,4 | -30,8 | -3,0 | 0,2 | 7,1 | 6,1 |
| Monetäre Sozialleistungen | 6,9 | 6,2 | 4,2 | 7,2 | 6,6 | 6,7 | 5,7 | 4,9 | 3,5 |
| Soziale Sachleistungen | 8,3 | 7,1 | 5,3 | 8,0 | 8,5 | 8,0 | 6,4 | 5,1 | 5,5 |
| Sonstige Transfers | -1,5 | 4,3 | 12,5 | -1,1 | -1,9 | 4,0 | 4,5 | 13,2 | 11,8 |
| Vermögenstransfers | 13,3 | -9,1 | 14,9 | 25,2 | 5,4 | -20,4 | -0,3 | 18,5 | 12,7 |
| Bruttoinvestitionen | 7,3 | 5,6 | 10,1 | 9,3 | 5,8 | 5,5 | 5,7 | 11,3 | 9,2 |
| Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern | | | | | | | | | |
| Ausgaben insgesamt | 5,6 | 4,5 | 5,5 | 5,9 | 5,3 | 4,7 | 4,3 | 5,8 | 5,2 |
| nachrichtlich: | | | | | | | | | |
| Finanzierungssaldo in % des BIP | -2,7 | -2,3 | -3,4 | -2,3 | -3,1 | -1,5 | -3,0 | -3,2 | -3,6 |

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
 3) Geleistete Arbeitsstunden.
 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).